

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Post“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Post“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pf. monatlich, 2. — Vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobrief. 2. — Vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, ausserhalb Deutschlands. — Bezugs-Verhältnisse nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Deutsche Buchhandlung, sowie die Buchhandlungen in allen Teilen des Reichs; in Wiesbaden: die Deutsche Buchhandlung und in den benachbarten Städten und im Rheingebiet die betreffenden Tagblatt-Verleger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Kleidermarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in deutscher Sprache; 20 Pf. für Anzeigen in deutscher Sprache, welche für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1.000 Pf. für lokale Anzeigen; 2.000 Pf. für auswärtige Anzeigen. — Tages-, halbe, viertel und viertel Seiten, durchlaufend, nach beiderseitiger Verständigung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Kategorie: Für die Morgen-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Wilmersstr. 66, Fernspr.: Amt H 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorhergeordneten Tagen und Wochentagen wird keine Gewähr übernommen.

Freitag, 27. März 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 145. • 62. Jahrgang.

Die Enthüllungen des Grafen Witte.

Der frühere russische Finanzminister und spätere Ministerpräsident Graf Witte hat durch die „Nowoje Wremja“ in mehrfachen Artikeln mitteilen lassen, daß er seinerzeit für ein russisch-deutsches französisches Bündnis gearbeitet habe, und er hat seine Überzeugung ausgedrückt, daß, wenn er länger im Amte geblieben wäre, dies Bündnis auch hätte zustandekommen können. Die Mitteilungen der „Nowoje Wremja“ stießen zuerst auf Unglauben, man wollte sich nicht an den Gedanken gewöhnen, daß Graf Witte gerade dieses, die stärkste Deutschfeindschaft propagierende Blatt dazu ausersehen haben könnte, das Sprachrohr dieser Enthüllungen zu sein. Wir erfahren indessen aus Berliner politischen Kreisen, daß die Berufung der „Nowoje Wremja“ auf den Grafen Witte, den sie freilich als Inspirator nicht nennt, aber doch hinlänglich deutlich bezeichnet hat, als widersinnig keineswegs angesehen zu werden brauche. Man kann selbstverständlich nicht wissen, ob Graf Witte in der Tat hinter den Angaben des reaktionären Blattes steht, aber in der Sache selber wird kein Hindernis gefunden, einen Zusammenhang zwischen ihm und dieser Zeitung in der vorliegenden Angelegenheit anzunehmen. Da man in Berlin naturgemäß wissen muß, ob die Ausgrabungen des russischen Staatsmanns einen tatsächlichen Wert haben, so bedeutet also die Anerkennung der möglichen Glaubwürdigkeit der „Nowoje Wremja“ nicht wenig. Würde es sich bei den Enthüllungen um Behauptungen handeln, für die das Moment der Kontrolle durch die deutsche Reichsregierung und ihre Ämterstelle fehlt, so wäre ein bedenkliches Schwindelmanöver ohne weiteres aufgedeckt. Vermutlich also gibt es Sandhasen zur Kontrolle, und darum verdienen die Angaben des Petersburger Organs doch wohl Beachtung. Wir werden indessen darauf aufmerksam gemacht, daß die Auszüge, die sich deutsche Blätter von der Rewa haben melden lassen, nur einen Teil dessen bringen, was die „Nowoje Wremja“ wirklich geschrieben hat. Der eminent deutschfeindliche Charakter des Blattes kommt in dem, was es aus Eigenem zu der Darstellung des Grafen Witte hinzufügt, wieder einmal zum stärksten Ausdruck. Namentlich der erste bezügliche Artikel (über den zweiten liegen erst kurze telegraphische Berichte vor) wirft die Mitteilungen des Grafen Witte und die Kommentare des Blattes so durcheinander, und zwar offenbar absichtlich und wohlüberlegt, daß die Sache einen ganz anderen Anschein gewinnt. Vielleicht haben einige Andeutungen aus dem Munde des früheren Ministerpräsidenten dem Blatte doch die Möglichkeit zu seinen krassen Hinzufügungen geboten, vielleicht auch kommen diese Hinzufügungen ausschließlich auf die Rechnung der „Nowoje Wremja“. Genaueres darüber läßt sich im Augenblick nicht feststellen. Manches freilich, was in der „Nowoje Wremja“ noch zu lesen war, kann unmöglich auf das Konto des Grafen Witte gesetzt werden. So legt das Blatt u. a. die Mitteilungen Wittes dahin aus, daß eine der Grundbedingungen für das

beabsichtigte Bündnis die Rückgabe Eljasz-Lothringens an Frankreich hätte sein müssen, wofür wir durch die Einverleibung der deutschen Provinzen Österreichs zu entschädigen gewesen wären. Wenn Graf Witte derartig absurde Vorschläge zu machen sich erlaubt hätte, würde man ihn in Berlin selbstverständlich gar nicht erst angehört haben. Es ist aber auch an sich ganz undenkbar, daß Graf Witte diesen Unsinn nicht etwa ausgesprochen, sondern auch nur im verschwiegenen Bufen erwogen haben könnte. Dazu ist er viel zu klug und zu einsichtig. Die von uns gleich bei der Wiedergabe der ersten Drahtnachricht über die Veröffentlichung ausgesprochene Vermutung, daß die „Nowoje Wremja“ mit den merkwürdigen Enthüllungen einen Keil zwischen uns und Österreich-Ungarn treiben möchte, bekommt durch die an Wahnsinn grenzenden Kommentare, von denen wir hier eine kleine Probe gegeben haben, immerhin eine nicht ganz phantastische Grundlage, aber ob so oder so, Graf Witte selbst hat jedenfalls zu einem Vertreter jenes Blattes von seinen Vorschlägen gesprochen, die ein Bündnis der genannten drei Mächte zum Ziele haben sollten.

Wir wollen uns nicht beim Nachweise der äußerst triftigen Gründe aufhalten, aus denen der Wittesche Gedanke fehlerhaft lag. Für den Augenblick ist es wichtiger, zu fragen, weshalb der russische Staatsmann diese Darstellung in die Welt gehen läßt. Zweierlei ist vorstellbar: er kann seinem Lande einen Dienst erweisen wollen, indem er bei uns die Ansicht erweckt, daß innerhalb der russischen „Gesellschaft“ doch immer noch Tendenzen am Werke sind, die nicht bloß auf ein gutes Verhältnis zu uns, sondern auf eine endgültige Beseitigung der europäischen Kriegsgefahr abzielen, wie sie hauptsächlich durch die andauernde deutsch-französische Spannung immer wieder wachgehalten wird. Es kann aber auch sein, daß Graf Witte für sich selber arbeitet, indem er den gegenwärtig an der Macht befindlichen Männern das Rezept verdirbt und die öffentliche Meinung im Ausland sofort darauf hinweist, daß es noch andere Möglichkeiten als einen Krieg mit den Zentralmächten gibt, um dem Jarenreiche die angeblich fehlende größere Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Daß die Divergenz des Grafen Witte von Gorenzky und Sjasonow als Störung ihrer Kreise empfunden wird, dafür spricht im übrigen die neueste offiziöse Rundgebung der russischen Regierung, die, wie mitgeteilt, in mehreren Petersburger Blättern erklären läßt, daß die auswärtige Politik des Reichs nach wie vor auf dem Bündnis mit Frankreich und auf dem Einvernehmen mit England beruhe. Damit wird man namentlich in Paris zufrieden sein können. Man wird sich dort allerdings überhaupt nicht beruhigt gefühlt haben. Was auch immer die Absichten des Grafen Witte sein mögen, so passen seine Enthüllungen zu der wirklichen Sachlage in Europa so wenig, daß sie, rein für sich betrachtet und ohne Rücksichtnahme auf persönliche Bestrebungen, eine historisch vollkommen abgeschlossene Episode schildern, von der zu den heutigen Verhältnissen kein noch so bescheidener Brückenrest, geschweige denn eine tragfähige Bahn hinüberführt.

Politische Übersicht.

Zur Lage der Offizieraltypensionäre

wird uns weiter geschrieben:

Der Klageruf „des fehlenden Dankes des Vaterlandes“ für die alten pensionierten Offiziere — die Alttypensionäre — hat die Aufmerksamkeit und die Teilnahme in einem jedem erweckt, der die Verhältnisse genauer kennt und sich an der Hand der komplizierten Gesetzgebung ein selbstständiges Urteil zu bilden vermag. Hierzu gehört zunächst die Kenntnis des Militär-Pensionsgesetzes vom 27. Juni 1871, welches noch heute trotz aller ideinbarer Verbesserungen die Grundlage für die Pensionshöhe der Alttypensionäre insofern bildet, als das pensionsfähige Dienstverdienst der damaligen Zeit noch heute bei diesen unverändert beibehalten worden ist. An einem Beispiel wird dies am klarsten werden, indem wir, aus der Mitte heraus, einen Hauptmann 1. Klasse mit 25 Dienstjahren nehmen. Dieser erhielt, angenommen 1881 verabschiedet, bei einem pensionsfähigen Dienstverdienst von — noch heute bestehend — 5030 M. bei 10jähriger Dienstzeit — 20/100, bei 25jähriger Dienstzeit — 25/100 = 2201 M., welchen Betrag alle die beziehen, welche nicht an einem Kriege teilgenommen haben. (Bei Bedürftigkeit kann dieser Betrag auf 2400 M. erhöht werden. § 7 Gesetz v. 31. Mai 1906.) Die Kriegszubaliden dagegen bezogen unter denselben Voraussetzungen, erst seit dem Jahre 1894 eine Aufbesserung durch 25/100 = 2515 M. Erst durch Gesetz vom 31. Mai 1906 erhielten sämtliche Kriegsteilnehmer die Vergünstigung von 25/100, vorliegend eine Pension von 2937 M., indes heute ein Offizier ohne Krieg (mit einem erhöhten pensionsfähigen Dienstverdienst von 5627 M.) eine Pension von jährlich 3285 M. bezieht, mithin mehr als der Kriegs-Alttypensionär 348 M. jährlich, und 1084 M. jährlich mehr als der Pensionär ohne Krieg (mit 5030 M. pensionsfähigem Dienstverdienst).

Sierzu kam nun 1906 noch eine Härte ohne Gleichen: Der Abgeordnete Erbsberger lebte es durch, daß die Verfümmelungszulage von 1080 M. auf 900 M. herabgesetzt wurde und so gleiches es, daß bereits seit 1901 bestehende, auf Lebenszeit bewilligte derartige Zulagen am 31. Mai 1906 um 180 M. gekürzt wurden.

Sierdurch also wurde der bewilligte Mehrbetrag an Pension von 422 M. auf 242 M. wieder herabgesetzt. Dieses nur nebenbei, um zu beweisen, wie bestehende gesetzliche Zulagen auch wieder genommen werden können. Die Gerechtigkeit muß verlangen, daß das pensionsfähige Dienstverdienst als Grundlage der Pension für die Alttypensionäre mit dem Gesetz vom 31. Mai 1906 gleichgestellt wird.

Ein alter Offizier mit ganzer Gesetzeskenntnis.

Russisch-Rumänisches.

O Berlin, 25. März.

Über vermeintliche ungewöhnliche Freundschaftsbeweise Rußlands an Rumänien gehen seit einigen Tagen Nachrichten um, die nicht übersehen werden dürfen, die vielmehr sorgfältig zu verfolgen ein erheb-

Der Briefträger.

Von Betty Weber (Luxemburg).

Zu meinen besten Freunden gehörte immer mein Briefträger. Ich bin überzeugt: Wer sich mit seinem Briefträger nicht zu stellen weiß, hat einen schlechten Charakter.

Wenn die Briefträger noch keinen Schutzbrief haben, so empfehle ich ihnen den Erzengel Gabriel. Er brachte die folgenreichste Botschaft, die die Geschichte kennt, die Botschaft, von der eine neue Weltordnung begann, die ganze Christenheit ruht auf seinen Schultern.

Allerdings besteht ein Unterschied zwischen dem Erzengel Gabriel und einem schlechten Briefträger. Dieser hat 3.000 Flügel, und das ist schade. Wenn den Briefträgern einmal Flügel wachsen, wird ihre Arbeit zum Genuß werden. Vier brauchen sie ja deshalb noch nicht zu legen.

Ich denke mit Rührung an den ersten Briefträger, der in meinen Kindererinnerungen herumgeht. Er hatte einen blauen Kittel an, einen schweren Krückstock mit Eisenspitze und einer Peise im Griff, und große Plattfüße. Wenn er bei uns durchging, war sein Briefstock noch dick geschwollen und schwer. Abends war der Sack leer und leicht. Anders zuweilen der Briefträger. Besonders, wenn auf den Dörfern seines Bestimmungsortes Kitzes war.

Er schloß würdevoll den Briefkasten auf, der an der Frontmauer der Schule hing, nahm die Briefschaften heraus, die zufällig drin waren — meist war ja der Kasten leer — und drückte ein kleines Stempelchen, das unbedingt am Deckel befestigt war, auf seinen Kontrollbogen. Eine hohe Gunst

war es, wenn wir uns den Stempel auf den Daumen drücken durften, und wer solche Gunst erfahren hatte, gab beim etwaigen Händewaschen sorgfältig acht, daß er diese Spur ständiger Fürsorge und Almacht nicht vorzeitig vernichtete.

Einmal hatte der alte Briefträger mir ein Bilderbuch versprochen. Er vergaß es. Ich erinnerte ihn von Zeit zu Zeit daran. Er fuhr sich dann immer in komischem Erschrecken hinter die Ohren und sagte: Ein andermal.

Er ist gestorben, ohne sein Versprechen gehalten zu haben, aber nie war mir ein Bilderbuch so lieb, wie dieses, das ich nie bekommen hatte.

So ist die Hoffnung auch immer schöner, als die Erfüllung. Der Briefträger ist schließlich das Sinnbild der Hoffnung. Der Geldbriefträger aber ist die Sehnsucht.

Später, als ich anfang, heimliche Briefe von einem heimlichen Schatz zu bekommen, war mir der Briefträger ein treuer Herzensvertrauter und Postillon d'amour. Er hütete die Briefe her und hin eifertig vor den Augen aller Unberufenen.

Sind Sie nie durch dämmernden Wald einem Briefträger entgegengegangen, der vielleicht einen heimlichen Liebesbrief für Sie im Sack hatte? Denn können Sie nicht wissen, mit welcher Rührung ich an meinen alten Briefträger denke.

Der umgekehrte Briefträger heißt Letterbox. Die Letterbox, das Briefschloß, ist sozusagen auch ein passiver Briefträger. Aber sie ist ohne Peise, denn sie geht nicht durch den Wald, sie kann niemals einen blauen Kittel haben, niemals einen Krückstock mit Peise im Griff, niemals Plattfüße und niemals heimliche Liebesbriefe im Sack.

Aus Kunst und Leben.

* Das Schillertheater des Zaren. Aus Petersburg wird berichtet: Bereits in den nächsten Monaten wird in der russischen Hauptstadt mit dem Bau eines neuen kaiserlichen Theaters begonnen, das ausschließlich der russischen Jugend dienen wird und nur Schülervorstellungen veranstaltet. Der Vorkämpfer dieses schönen Planes war General Rojewski, der Generalsekretär des Zaren, dessen Vorschläge und Anregungen vom Kaiser mit Eifer aufgenommen und unterstützt werden. Der Hauptgrund für das Entstehen des neuen Theaters ist die Tatsache, daß die kaiserlichen Bühnen nur sehr selten inlande sind, Vorstellungen für die Schulkinder zu veranstalten. Der Zar aber will, daß seine Bühnen der künstlerischen Erziehung der Jugend zugute kommen, und hat angeordnet, daß der Neubau des kaiserlichen Schillertheaters mit aller Beschleunigung durchgeführt werde. Bereits in zwei Jahren wird das neue Haus seine Pforten öffnen und Petersburg damit die erste Stadt sein, die ein großes, nur der Jugend bestimmtes Theater besitzt.

* Ein Denkmal des englisch-amerikanischen Friedens. Zur Erinnerung an die hundertjährige Dauer des Friedens, der zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten besteht, haben eine Anzahl englischer Damen amerikanischer Geburt beschlossen, ein Denkmal in Washington zu errichten. Das eigenartige Monument, das auf dem Capitol in Washington seine Aufstellung finden soll, wird eine Statue William Pitts sein. Die Kommission, an deren Spitze Lady Paget steht, hat die Ausführung des Entwurfs dem Bildhauer R. Denon Wood übertragen, nachdem sein Entwurf den meisten Beifall gefunden hatte.

liches deutsches und namentlich österreichisches Interesse ist. Das „Tagblatt“ erhielt kürzlich eine Meldung aus einer europäischen Hauptstadt (ausdrücklich wurde verschwiegen, daß es nicht Wien sei), wonach vor einigen Monaten die russische Regierung den Rumänen in Bessarabien anscheinend gewisse Konzessionen gemacht hat, bei denen es sich um gottesdienstliche Sprachen handelte. Daran anknüpfend warf der Gewährsmann des genannten Blattes, den man nach unseren Erkundigungen ernst zu nehmen hat, die Frage auf, ob man jetzt weitergehen wolle, und ob der Zar am Hochzeitsfeste seiner Tochter an Rumänien etwas von dem Besitz oder von den Rechten zurückgeben wolle, die Rußland 1878 den Rumänen von Blawna nahm. Diese Mitteilungen des „Berliner Tageblatt“ haben begreiflicherweise in Rufarest besonders Interesse erregt. Die dortigen Blätter sind zum Teil skeptisch, äußern aber doch weitgehende Hoffnungen, und ein Blatt erklärt bereits, die Zeit sei gekommen, wo Rumänien sein Augenmerk stärker auf Siebenbürgen richten müsse. In Wien werde man noch zu erfahren bekommen, was die fünf Armeekorps Rumäniens in einem zukünftigen Kriege zu bedeuten hätten. Diese Vorgänge nun, die sehr merkwürdige Andeutungen eines russischen Geschehens und die erregte Aufnahme der Ankündigung durch die öffentliche Meinung Rumäniens, stellen einen Sachverhalt dar, von dem wir wiederholt sagen möchten, daß es sich empfehlen wird, ihn dem öffentlichen Bewußtsein eindringlich nahezubringen. Zunächst haben wir einigen Anlaß zu der Vermutung, daß die mitgeteilten Angaben, gleichgültig wieviel realen Untergrund sie haben mögen, zum mindesten der Wiederhall von beachtenswerten und nicht gerade aus untergeordneten Gebieten stammenden Gerüchten sind. Warum auch sollte es nicht möglich sein, daß die russische Politik, um Rumänien vollends an sich zu fesseln, ein Opfer bringt, das für Rußland selbst so groß nicht wäre, während es in Rufarest mit begreiflichem Jubel und mit durchaus berechtigter Dankbarkeit aufgenommen werden würde? Indessen man weiß ja nicht, ob das angekündigte Geschenk gemacht werden soll. Je weniger man es weiß, desto weniger auch hat man Grund, den Rumänen durch stillschweigendes Hineingehen über diese sonderbare Geschichte die Hoffnung zu dämpfen, mit der sie auf die weitere Entwicklung der Sache blicken. Erfüllt sich ihre Erwartung, dann allerdings müßten die Zentralmächte und zunächst Österreich-Ungarn die Folgen tragen. Erfüllt sie sich nicht, dann wäre der Rückschlag der rumänischen Volksstimmung zuungunsten Rußlands unausbleiblich. Also wollen wir zusehen, wie sich diese Sache weiter entwickeln wird.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Berliner hofische Gesandte Graf v. Bernheim wird in nächster Zeit von seinem Posten scheiden.

S. Der Nachfolger des Kardinals Kopp. Zur Frage der Besetzung des Breslauer Bischofsstuhles wird uns von unserem römischen Korrespondenten geschrieben: Augenblicklich hat sowohl der Bischof von Fulda wie der von Hildesheim im Vatikan die gleichen Chancen, Kopp's Nachfolger in Breslau zu werden. Der Bischof von Fulda ist in Rom bereits einer Prüfung unterzogen worden. Folgt ihm der Bischof von Hildesheim nicht nach Rom, dann ist anzunehmen, daß der erstere die Prüfung bestanden hat und gewählt wird. Im großen und ganzen wird er dann die Richtlinien seines Vorgängers Kopp einzuhalten haben. Das ist der Zweck seiner Kommission gewesen.

LC. Die Steuerkommissionen der Konservativen ist durch die Abfuhr, die beim Etat der Verwaltung der direkten Steuern in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses vorgenommen wurden, in das hellste Licht gerückt. Aus einer vergleichenden Übersicht über die Ergebnisse der Einkommensteuerveranlagung in den Kreisen, deren Steuergerichte seit einigen Jahren von einem besonderen Veranlagungskommissar geleitet werden, ergibt sich nun, wie nützlich und vorteilhaft für die Staatsfinanzen die Bestellung eines solchen vom Landrat unabhängigen Steuerbeamten gewesen ist. Sowohl die Anzahl der Steuerpflichtigen ist in den Jahren der Anwesenheit eines Veranlagungskommissars fast höher gestiegen als vordem; vor allem ist auch eine sehr beträchtliche Steigerung des Einkommensteuereinkommens vor sich gegangen. Während beispielsweise in Westermünde vor der Bestellung des Kommissars die Einkommensteuereinnahme um 0,5 Prozent zurückgegangen war, stieg sie nachher beträchtlich, und zwar von 1911 bis 1912 um 18,8 Prozent, von 1912 bis 1913 um 12,1 Prozent. In Danziger Höhe war früher eine Steigerung um 10,1 Prozent vorhanden, nach der Einsetzung des Kommissars aber eine solche von 12,1 Prozent und 17,6 Prozent für die vorgenannten Jahre. In Kachen-Land waren die entsprechenden Ziffern 1,5 Prozent, hernach aber 18,7 Prozent und 14 Prozent; in Hagen-Land 2 Prozent, dann aber (für 1912 bis 1913) 24,5 Prozent; in Köslin 5,5 Prozent, im eben genannten Jahre aber 26,8 Prozent; in Lennep 6 Prozent, nach der Einsetzung des Kommissars jedoch 21,6 Prozent. Diese Beispiele liegen sich noch vermehren. Die hier erwähnten Fälle zeigen aber bereits zur Genüge, wie wichtig und notwendig die Einsetzung eines völlig unabhängigen Beamten zur Ermittlung der wahren Einkommensverhältnisse ist; wenn die Konservativen jetzt eine Reihe von Steuerkommissionen, die die Regierung neuangefordert hatte, abgelehnt haben, so haben sie damit im allerengsten Interesse gewisser Schichten der Bevölkerung, aber sicherlich nicht im wohlverstandenen Staatsinteresse gehandelt. Dies zu konstatieren, ist von erheblicher Wichtigkeit. Das jetzige Vorgehen der Konservativen charakterisiert die ganze Stellung, die sie zu dem Staatsgedanken und zur Befriedigung der notwendigen Staatsausgaben einnehmen.

* Familienbeihilfen für städtische Arbeiter in Breslau. In der Sitzung des Stadtschulusses zu Breslau am Dienstag teilte der Magistrat die näheren Vorschriften zu Familienbeihilfen an die städtischen Arbeiter mit. Danach forderbte der Magistrat nunmehr 180 000 M. Die Familienbeihilfe ist nach den neuen Vorschriften für alle städtischen Arbeiter mit drei oder mehr Kindern bestimmt. Sie beträgt monatlich bei

drei Kindern 8 M., bei vier Kindern 11 M., bei fünf Kindern 12,50 M., bei sechs Kindern 13,50 M., bei sieben Kindern 14 M., für jedes weitere Kind 2 M. mehr. Ein Rechtsanspruch auf die Familienbeihilfen wird nicht zugesichert. Für die geplante Beihilfe kommen insgesamt 1142 Arbeiter mit rund 4430 Kindern in Betracht.

* Die Feuerbestattung. Eine Statistik der Feuerbestattungen veröffentlicht die „Zeitschrift für Feuerbestattung“. Danach sind ihrer 67 678 bisher im „großdeutschen Kulturgebiet“ vorgenommen worden. Im Februar d. J. waren es in den 48 Kreismatern Deutschlands und der deutschen Schweiz (davon 40 in Deutschland) insgesamt 1066. An der Spitze steht Leipzig mit 101, dann folgen Berlin mit 96, Bremen mit 64, Dresden und Gotha mit je 56, Jülich mit 54 und Chemnitz mit 51; Hamburg weist 44 Feuerbestattungen auf, München und Jülich je 36, Stuttgart 33 und Gera 30. Von den 135 Feuerbestattungen, die in den 8 Kreismatern Preußens vorgenommen wurden, waren 107 einheimische, 28 kamen aus anderen preussischen Orten.

* Werber für die Fremdenlegion. In den letzten Tagen wurde in Lauban (Schlesien) eine große Anzahl Militärpflichtiger, die sich dort zur Stellung einfinden, von Werbemännern der Fremdenlegion, die mit reichlichen Geldmitteln versehen waren, zum Eintritt in die Fremdenlegion angeworben. Die Werber bewirteten ihre Opfer reichlich und ließen sie dann, wenn der Alkohol seine Wirkung zeigte, den Vertrag unterschreiben. Einer der Angeworbenen namens Jädel, welcher ebenfalls einen solchen Vertrag unterschrieben hatte, war schon auf der Reise nach Frankreich in Baugen eingetroffen. Dort gelang es ihm, seinen in Baugen wohnenden Bruder zu verständigen, der sofort die Polizei benachrichtigte. Diese nahm den Werber fest, während Jädel durch die Militärbehörde nach Glogau zur Stellung befördert wurde.

* Die Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, an deren Spitze Regierungspräsident v. Schwerin und Professor Sering stehen, wird auf den 24. April eine Konferenz nach Berlin zusammenberufen. Die Tagesordnung weist folgende Referate auf: 1. Das Gesetz über die Gibeikommission und die Interessen der inneren Kolonisation. 2. Das Vorkaufsrecht des Staates zugunsten der Ansiedelungspolitik und andere Fragen aus dem Grundteilungsgebot. 3. Die Belastung der Besiedelungsunternehmungen durch Steuern und öffentlich-rechtliche Leistungen (insbesondere Schulkosten) und sonstige Hindernisse bei der praktischen Durchführung der Siedlungsstätigkeit. 4. Die im Landtag zur Förderung der inneren Kolonisation gestellten Anträge.

— Zum Schutz der Gastwirtschaften. In der Gewerbeordnungsnovelle für Gastwirtschaften und Singpielunternehmungen sind Bestimmungen zum Kellnerinnenschutz angebahnt. Die „Soziale Praxis“ bedauert, daß die Novelle die Gewerkschaftspflicht nicht dazu benutzte, um den Gastwirtschaften einen allgemeinen Schutz zu fördern. Auch beim männlichen Gasthausangestellten führe die mangelnde bare Entlohnung, das Angewiesensein auf Trinkgelder zu schweren sozialen Missetaten. Das Trinkgeldwesen erschwere zugleich die Durchführung der Verordnung über den Arbeitstag der Angestellten, da diese an der Umgebung der Bestimmungen wirtschaftlich interessiert seien.

* Für den diesjährigen sozialdemokratischen Parteitag, der im September in Würzburg stattfindet, sind, einem Beschluß von Parteiausschuß und Parteivorstand zufolge, die Themen: Militärstaat und Demokratie und Wirtschaftspolitik und Koalitionsrecht auf die Tagesordnung gesetzt worden.

— Allerhand Gründe. Der (soz.) Fabrikarbeiterverband hat den Gründen nachgeforscht, die für den Austritt aus den Gewerkschaften hauptsächlich maßgebend sind. Auf 1210 „kreuzliche“ Mitglieder ist die Untersuchung erstreckt worden. Von ihnen sind 316 „uneigentliche Kreuzlose“, d. h. ihr Austritt erfolgte aus Gründen, die der Fabrikarbeiterverband „unter Berücksichtigung der Verhältnisse anerkennen mußte“. Und von den „eigentlichen Kreuzlosen“ wurden, abgesehen von 274, die einfach ihre Beiträge nicht mehr bezahlten, folgende, zum Teil recht interessante Gründe angegeben:

38 Mitglieder, weil ihnen die Unterstützung zu gering ist,	135
weil es für sie angeblich keinen Zweck hat,	28
weil in ihrem Betrieb doch nichts zu machen ist,	76
haben kein Geld für den Beitrag übrig,	22
haben zu viel Kinder, da langt es nicht,	32
bezahlen nicht, weil sie lange arbeitslos waren,	26
weil der Beitrag zu hoch ist,	9
wollen sich das Geld sparen,	34
weil der Unternehmer es nicht leidet,	12
müßten zu den Geldern übertreten,	10
weil andere auch austreten,	11
weil doch nicht alle dabei sind,	11
weil die Lohnbewegung wenig Erfolg hatte,	9
wegen Uneinigkeit mit den Kollegen,	18
weil die Frau immer schimpft,	13
wollen die Beamten nicht fett machen,	18
wegen Erhebung eines Loskaufschlags,	52
verzogen, neue Wohnung unbekannt,	18
kaufen sich lieber Schnaps (notorische Trinker),	20
wegen Verbandschädigung ausgeschlossen,	6
wegen ehreloser Handlung ausgeschlossen,	23
aus sonstigen Gründen.	

Rechtspflege und Verwaltung.

Die Errichtung des Landeswasseramtes. Die königliche Verordnung über Errichtung des Landeswasseramtes ist erlassen worden. Danach soll das Amt nicht am 1. April, wie ursprünglich vorgesehen war, sondern am 1. Mai d. J. ins Leben treten. Als Präsident des neuen Amtes ist der Geh. Oberregierungsrat Engelhardt, Vortragender Rat im Landwirtschaftsministerium, der an der Ausarbeitung des preussischen Wassergesetzes wesentlich beteiligt war, in Aussicht genommen. Die ständigen Mitglieder des Landeswasseramtes, die die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt besitzen müssen, werden auf Lebenszeit, ebenso wie der Präsident, im Hauptamt berufen, während die Laienmitglieder, die in Wasserangelegenheiten erfahren sein müssen, auf die Dauer von 6 Jahren zu ernennen sind. Diese haben ihr Amt als unentgeltliches Ehrenamt zu verwahren.

Einrichtungen in Preußen. Im Jahre 1912 sind nach der „Deutschen Juristenzeitung“ 17 Personen hingerichtet worden im Jahre 1911, 22 im Jahre 1910, 19 im Jahre 1909, 10 im Jahre 1908, 15 im Jahre 1907, 13 im Jahre 1906, 7 im Jahre 1905, 21 im Jahre 1904 und 16 im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Unter den Hingerichteten befanden sich 15 (im Jahre 1911 17) männliche und 2 (2) weibliche Personen.

Heer und Flotte.

npo. Die Verpflegung der Wandvertruppen durch Feldküchen. Die Fahrbarkeit und die Kochtechnik der Feldküchen haben sich einer offiziellen Korrespondenz zufolge durchaus bewährt. Die Feldküchenverpflegung wird von der Truppe durchweg gelobt und erhöht die Leistungsfähigkeit der Truppe. Die Verpflegung der Feldküchen im Kaisermandat 1914 wird, wie in früheren Jahren, mit schweren Zugpferden erfolgen, die von Unternehmern usw. zu ermierten sind. Omnibusse könnten vielleicht in Betracht kommen, wenn sie den Bedingungen entsprechen; sie sind jedoch oft nicht genügend an den dauernden Zug gewöhnt.

25 Jahre Marine-Telegraphenschule. Die Marine-Telegraphenschule in Zeebe, die der Inspektion der Küstenartillerie und des Minenwesens untersteht, begibt am 1. April die Feier ihres 25jährigen Bestehens. Zu dieser Feier sind alle ehemaligen Angehörigen der Marine-Telegraphenschule eingeladen, indem Kasernenquartiere usw. zur Verfügung gestellt werden. Die Marine-Telegraphenschule leitet zurzeit Korvettenkapitän Goebel.

Post und Eisenbahn.

Zur Erleichterung des Besuches der Schlachtfelder von 1864 hat der Eisenbahnminister bestimmt, daß die Veteranen aus dem Feldzuge 1864, die diese Schlachtfelder aufsuchen wollen, während der Monate April bis Oktober alle Züge auf Militärfahrkarten in der 3. Klasse benutzen können. Für die Benutzung der 2. Wagenklasse ist der doppelte Preis einer Militärfahrkarte zu entrichten. Schnellzugzuschlag wird nicht erhoben. Die Karten werden gegen eine Bescheinigung des Bezirkskommandos ausgetauscht, durch die bestätigt wird, daß der Reisende Teilnehmer des Feldzuges 1864 gewesen ist.

Ausland.

Italien.

Ein neuer französischer Kardinal? Paris, 26. März. Dem „Geflüster“ wird aus Rom gemeldet, daß der Papst bei dem nächsten Konfistorium einen neuen französischen Kardinal ernennen werde, obgleich die überlieferungsmäßige Zahl der französischen Kardinäle gegenwärtig voll sei.

Eine drohende Lohnbewegung der neapolitanischen Eisenbahnarbeiter. Rom, 25. März. Die neapolitanischen Eisenbahnarbeiter haben Forderungen aufgestellt, deren Erfüllung dem Staat eine jährliche Mehrzahl von 50 Millionen Mark auferlegen würde. Sollte die Regierung diese Forderungen nicht bewilligen, so haben die Arbeiter beschlossen, am 15. April in den Streik einzutreten.

Rußland.

Die Penzer Arbeiterniederwerfungen vor der Duma. Petersburg, 26. März. In der Reichsduma erklärte Handelsminister Timaşew auf die Interpellation über geschwebende Handelsverträge von Antisepersonen bei den Ereignissen auf den Bena-Goldfeldern im Jahre 1912, die Regierung erkenne vollkommen die schweren Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter an. Diese Bedingungen hätten die Hauptveranlassung zu den Arbeiterunruhen gegeben. Gegenwärtig seien viele der früheren Missetaten abgestellt. Wegen des Schicksals, welches die Opfer erlitten hat, ist gegen den Polizeioffizier Tschischikow ein Gerichtsverfahren eingeleitet worden. Das Urteil wird Aufklärung geben, ob es möglich war, der Katastrophe vorzubeugen. (Anhalten der Beifall rechts, Pfiffe und Pfeifen links.) Die Reichsduma beschloß darauf einstimmig, sofort zur Debatte über die Regierungserklärung überzugehen. Nach den Neben dreier sozialistischer Abgeordneter, welche die Regierung scharf angriffen, wurde die Verhandlung vertagt.

Balkanstaaten.

Eine Stimme für General Samow. Sofia, 25. März. In einem Morgenblatt veröffentlichte der Nationaldichter Wajow Appelle an das bulgarische Volk, in denen er ausführt, es sei grausam, heute den Generalfiskus der bulgarischen Armee, Samow, der Bulgarien mit Ruhm bedeckte, vor ein Staatsgericht zu stellen, wo jedes andere Volk ihm beigestimmt zuschauen würde. Er erhebe die Hand, um für Samow um Vergebung zu bitten. Ein Mann, zu dem die ganze Armeer mit Vertrauen aufblühe, dürfe nicht aus Kleinlicher Parteisucht angeklagt werden.

Türkei.

Hadri bei begnadigt. Konstantinopel, 26. März. Der frühere Deputierte Hadri bei, der Mitte Februar wegen Teilnahme an der Verschwörung gegen Mahmud Schawket zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt wurde, ist jetzt begnadigt worden. Diese Begnadigung bedeutet ein Zugeständnis an die Niederlande, in deren hiesiger Gesandtschaft Hadri seinerzeit widerrechtlich verhaftet wurde.

Vereinigte Staaten.

Eine neue Urheberrechtsgesetz. New York, 26. März. Der Kongreß nahm eine Bill an, die den Urheberrechtsschutz etwas zu verschärfen scheint, indem sie vorschreibt, daß ein Exemplar des geschützten Werkes in der Kongressbibliothek zu hinterlegen sei. Wenn dies nicht geschieht, kann keine Urheberrechtsklage angestrengt werden.

Der Streit in Dewey. New York, 25. März. Der Streit in der Fabrikstadt Dewey bei Buffalo ist sehr ernster Art. Die Arbeiter sind mit Gewehren bewaffnet. Ein Regiment Milizinfanterie hält die Werkstätten besetzt. Es fanden viele Zusammenstöße mit dem Militär statt, das energisch vorgeht.

Mexiko.

Die Verluste der Aufständischen. New York, 26. März. Ein amtliches Telegramm aus Mexiko besagt, daß die Aufständischen am Mittwochfrüh bei Torreón geschlagen worden seien und 2000 Mann an Gefangenen und Vermundeten verloren hätten. Die übrigen zogen sich nordwärts zurück und wurden von den Bundesstruppen verfolgt.

Luftfahrt.

Eine internationale Flugwoche in Petersburg. Petersburg, 25. März. Mitte Mai wird hier eine internationale Flugwoche veranstaltet, an der sich auch mehrere deutsche Piloten beteiligen werden. Für die Veranstaltung sind große Preise ausgeschrieben.

Zeitungsschau.

Protestantismus und Feuerbestattung. Die evangelischen Landeskirchen werden mit dem Fortschreiten der Bewegung für Feuerbestattung — an die 1000 Einäscherungen haben im Februar in den deutschen Feuerbestattungsanlagen stattgefunden — immer entgegenkommender. So veröffentlicht das Märzheft der in Leipzig erscheinenden Zeitschrift für Feuerbestattung einen Aufsatz des bekannten Pastors A. Just (Wiesbaden), betitelt „Protestantismus und Feuerbestattung“. Der Aufsatz schließt nach der Wiedergabe von Äußerungen Prof. Harnack's, Dr. Bahnsens und anderen folgendermaßen:

„Diese Zeugnisse beweisen, daß auch in der evangelischen Kirche weithin volles Verständnis für die Feuerbestattung und ihre Freunde vorhanden ist. Diese Tatsache kommt auch zum Ausdruck durch die in den letzten Jahren veränderte Stellung der organisierten Kirche gegenüber der Leichenbestattung. Deutschland hat freilich keine einheitliche evangelische Kirche; sie zerfällt in einzelne Landeskirchen, die in ihren Angelegenheiten selbständig sind. So ist natürlich auch in der Frage der Stellung der Kirche zur Feuerbestattung keine einheitliche Regelung eingetreten. Aber die meisten Kirchen haben sich dem Verbot der preussischen Landeskirche angeschlossen, die am 16. November 1911 in einem Erlass des evangelischen Oberkirchenrats zu Berlin das Verbot der kirchlichen Amtsträger, der Geistlichen, bei Leichen, die zur Feuerbestattung bestimmt sind, aerogiert hat. Danach dürfen die Geistlichen an solchen Särgen, auch in den Särgen der Krematorien, antworten und den Leidtragenden Trost aus Gottes Wort sagen, wobei freilich in Rücksicht auf die immer noch vorhandenen Gegner der Feuerbestattung auch unter den Geistlichen ein Zwang zu einer solchen Beteiligung nicht ausgesprochen wird. Aber es ist doch durch diese Verfügung mit der Feuerbestattung eine als gleichberechtigt mit der Erdbestattung anerkannt; auch aus kirchlichen Friedhöfen wird sich sehr bald die Anlage von Urnenbainen ermöglichen lassen. Die Bahn für die Freunde der Feuerbestattung ist frei. Es wird von der Zukunft und den Führern der Bewegung abhängen, daß die rechten Ziele in schonender und ruhiger Entwicklung gesichert und wenn nötig noch weiter vorgeschoben werden. Die evangelische Kirche ist nicht mehr als ein Feind der Feuerbestattung zu bezeichnen.“

Der Zentrumsabgeordnete Erzberger hat ein Büchlein „Politik und Völkerleben“ veröffentlicht, das infolgedessen interessant ist, als es zum erstenmal ein offenes Bekenntnis zur Parlamentsregierung aus dem Schoße des Zentrums bringt. Erzberger schreibt da u. a.:

„Auch im Deutschen Reiche wird der politische Kampf der nächsten Jahrzehnte sich um die Macht des Parlamentes drehen. Das parlamentarische Regime wird trotz aller Bedenken und Schattenseiten doch die Zukunft für sich haben; es ist die ganz naturgemäße Konsequenz der allgemeinen Schulspflicht, Steuerpflicht, Wahlpflicht (letztere moralisch genommen). Es hat gegenüber den anderen Formen des Einflusses der Volksoberleitung keine unüberwundenen Vorzüge. Jede Partei ist sich auch in der Opposition bewußt, daß sie jeden Tag zur Regierung berufen werden kann; darum wird sie in Versprechungen und in der Agitation weit zurückhaltender sein als da, wo diese Verantwortlichkeit fehlt. Die Monarchie selbst bleibt weit mehr aus dem politischen Tageskampf, da sich alle Angriffe auf das Ministerium richten, das den politischen Parteien eintrifft. Welche Garantie hat heute eine Partei, wenn über sie und ihre Tätigkeit beim Tränen der Staatsmacht berichtet wird? Zwischen Volksoberleitung und Monarchie schiebt sich da ein Fremdkörper, der in manchen Fällen das Vertrauen beider zerstört hat. Dem es aber durch seine Machtmittel der Beeinflussung der Öffentlichkeit gelinzt, sich im Amt zu halten — selbst zum Nachteil der Krone. Die Zahl der politischen, staatsmännischen und diplomatischen Talente, die sich im Lande des Parlamentarismus entwickelt, ist weit größer als im Lande der Monarchie. Es läßt sich gar nicht leugnen, daß wir im Deutschen Reiche trotz aller gegenteiligen Behauptungen und auf dem Wege zum parlamentarischen Regime befinden (Ministerium Hertling in Wismar, Küstner von Bülow Stengel, Dernburg, Bernuth u. a.). Wie lange die Übergangsperiode noch dauert, kann man nicht sagen; aber das parlamentarische Regime ist nur die Folge aller öffentlichen Einrichtungen.“

(Wie jetzt hatte sich das Zentrum gegen das parlamentarische Regime teils ablehnend, teils zweideutig verhalten. Es ist nun Sache der Partei, zu erklären, ob der Abgeordnete Erzberger die wahre Meinung des Zentrums zum Ausdruck gebracht hat.)

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Historische Straßennamen.

Sehr guttunend schreibt der „A. St. A.“ über die Mithachtung, die den historischen Straßennamen leider allzu oft zuteil wird:

„Es besteht zurzeit die fast ausschließliche Gewohnheit, entweder den Namen irgend eines berühmten Mannes, sei es ein Feldherr, ein Mann der Feder, ein Staatsmann, ein Konfliktler, der mit der Straße oder gar mit der ganzen Stadt nichts zu tun hat, oder aber, was noch schlimmer ist, irgend einen nichtstunenden Vornamen: Heinrichstraße, Wilhelmstraße usw., etwas Farbloses zu wählen. Hätte man die alten Herbrüder nachgeschlagen oder den Volksmund befragt, so hätte man für viele dieser Straßen ursprüngliche, eigenartige Namen gefunden, die mit der Stadt schon seit langem verwachsen sind. Es ist geradezu Pflicht, diese Namen als historische Urkunden oder geschichtliche Denkmäler zu erhalten. Und wo sie nicht gegeben sind, da soll man jede Gelegenheit zur Umbenennung benutzen, und eine solche Gelegenheit bietet sich hier vorwiegend von selbst. Ohne die Angelegenheit noch weiter zu begründen, seien den maßgebenden Stellen folgende Vorschläge zur Beachtung empfohlen: Jede alte Bezeichnung von Straßen, Plätzen, Häusern und Stadtteilen ist zu schützen. Bei der Benennung neuer Straßen sind in erster Linie die alten Namen, Orts- und Straßennamen zu berücksichtigen. Alle Straßennamen dürfen niemals durch die Namen verdienstvoller oder berühmter Personen verdrängt werden. Alle Namen, die erst in neuerer Zeit verdrängt wurden, sollen tunlichst wieder zu Ehren gebracht werden. Und endlich bei allen Umbenennungen und Umbenennungen sollen stets heimische, geschichtliche und sprachkundige Personen als Sachverständige zu Rate gezogen werden.“

Wer denkt, wenn er das liest, nicht an Wiesbaden? An die allerdings viele Jahre zurückliegende Umtaufe des „Heidenbergs“ in Adlerstraße, an die ganz unmotivierte

Verdrängung der „Hochstraße“ durch die Hochstättenstraße (was übrigens ganz miserabel klingt) und an die erst vor einem knappen Jahr erfolgte Veseitigung der „Rehbergergasse“ durch die Wagemannstraße? Und was die Verdrängung von alten Plätzen, Orts- und Straßennamen bei der Benennung neuer Straßen angeht, so vermehrt man hier schon völlig jeden historischen Sinn. Es ist schon schlimm, daß man ganze Stadtteile mit den Namen berühmter Männer der Kunst und Wissenschaft und des Schwertes angefüllt hat, obwohl keiner dieser Männer in näherer Beziehung zu Wiesbaden stand, das ärgste aber ist, daß man sogar Straßen auf die Namen der kaiserlichen Prinzen taufte, die — das sei bei aller Hochachtung vor den Söhnen des deutschen Kaisers und Königs von Preußen gesagt — vorberhand doch wohl noch auf Verdienste warten. Dann: neben die Augusta-Wilhelm-Straße eine August-Wilhelm-Straße zu setzen, trug gewiß ebenso wenig zur Vermeidung von Mißverständnissen bei wie die Nebeneinanderstellung der Augusta-Straße und der Auguste-Viktoria-Straße.

Die alt-nassauischen Scharfschützen.

Heute, am 27. März, sind 99 Jahre verflossen, da Friedrich August, Herzog zu Nassau, und Friedrich Wilhelm, Fürst zu Nassau, durch Edikt die Schaffung von Scharfschützenkompanien im ganzen Bereich des Herzogtums Nassau anordneten. Bei jedem Bataillon, wo eine solche noch nicht bestand, sollte sie zur Durchführung der allgemeinen Landesbewaffnung baldigst gebildet werden. Die neu aufgestellten Scharfschützenkompanien setzten sich zusammen aus den Beurlaubten des Jägerkorps, den Freiwilligen der Miliz (Landsturm) Kompanien und aus den „nicht zugewählten“ jungen Leuten der Reservekompanien, sofern diese sich bereit erklärten, im Ernstfall mit dem Jägerkorps ins Feld zu ziehen. Den Scharfschützenkompanien, die mit den Reserve- und Beurlaubtenkompanien den Landsturm des Herzogtums bildeten, war zur Pflicht gemacht, sich an jedem Sonntag im Scharfschießen zu üben. Jeder Milizkompanie, also auch derjenigen der Scharfschützen, wurde „zu mehrerer Aufmunterung“ gestattet, daß sie „zwei Trommeln auf Kosten der einschlagenden Gemeindefassen anschaffen, und zwar Trommelschläger aus ihrer Mitte unterrichten lassen“. Zugleich wurde allen Landhauptleuten die Erlaubnis erteilt, die „Epauletten der Unterleutenants von der Landwehr“ zu tragen. Die früher von den Milizkompanien getragene Armbinde kam in Wegfall, und dafür erhielten „Offiziere und Mannschaft im Dienst einen grünen Zweig auf der Kopfbedeckung“. Bei der alljährlich stattfindenden Hauptmusterung der Landsturm-Bataillone, auf der auch die neu eingetretenen Mannschaften verpflichtet wurden, hatte die Scharfschützenkompanie den zweiten Platz inne. Dieselbe Rangordnung galt für alle Musterungen und Zusammenkünfte des Bataillons. Bei öffentlichen „Ehrenaufzügen“ aber gehörte der Scharfschützenkompanie überall der Ehrenplatz. Generalkommandant des Landsturms war der Erbprinz, welcher im Laufe des Jahres über sämtliche Bataillone „Reischauf“ hielt. Er schlug die Landobristen und Landhauptleute, deren unterhabende Mannschaft sich durch Ausrüstung und gute Haltung ausgezeichnete, für besondere Auszeichnungen vor.

— Landwirtschaftliches Institut zu Hof Weisberg. Am Samstag, den 21. d. M., fand in der Aula der hiesigen Gewerbeschule die Schlußprüfung der landwirtschaftlichen Winterschule zu Hof Weisberg (Anstalt der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden) statt. Erschienen waren hierzu neben Eltern und Angehörigen der Schüler zahlreiche Gäste, u. a. die Herren Regierungspräsident v. Weizsäcker, Stadtrat Kraft als Vorsitzender des Kuratoriums, Landwirtschaftsinspektor Reiser als Vertreter der Landwirtschaftskammer, Geh. Reg.-Rat Dr. Freylenz. Gleich wie im Vorjahr, war das Ergebnis der Prüfung, die sich auf die Fächer landwirtschaftliche Chemie, Acker- und Pflanzenbaulehre, Obst- und Gemüsebau, landwirtschaftliches Rechnen und landwirtschaftliche Baukunde erstreckte, ein sehr befriedigendes. Es war dies die zweite Prüfung, seitdem die Anstalt — im Gegensatz zu den anderen Winterschulen der Landwirtschaftskammer — in eine solche mit getrenntem zweijährigen Unterricht umgewandelt worden ist. Diese Einrichtung, die eine bedeutend gründlichere Durcharbeitung des Lehrstoffes ermöglicht, scheint sich also auch hier durchaus zu bewähren. Nach Schluß der Prüfung richteten die Herren Stadtrat Kraft namens des Kuratoriums, Landwirtschaftsinspektor Reiser im Auftrag der Landwirtschaftskammer, sowie Landwirtschaftslehrer Aurandt in Vertretung des erkrankten Direktors der Anstalt herzliche Abschiedsworte an die Schüler, besonders an diejenigen der Oberklasse, die nun für immer den Weisberg verlassen.

— Ein neues Kino, nicht eines gewöhnlicher Art, sondern ein solches, welches in seiner ganzen Einrichtung dem Kurviertel, in welchem es eingerichtet wird, würdig ist, wird geplant. Seine Stätte wird das Kino finden in dem neben der Hauptpost gelegenen Oppenheimerschen Hause, Rheinstr. 21, welches in seinem vorderen Teil umgebaut wird und nach hinten einen umfangreichen Anbau erhält. Das Innere soll auf das eleganteste ausgestaltet werden: theaternähig, mit modernen Logen und in einem Umfang, daß 400 Personen Unterkunft finden können. Die Baugenehmigung ist von der Polizei bereits erteilt, und es schweben auch schon Verhandlungen mit einem Pächter.

— Hilfe für arme obelige Kinder. In der Erkenntnis, daß dem Menschen mit dem Absterben der Geburt das Leben sehr schwer ist, wenn er nicht den Beschützer damit verbunden hat, der Zentral-Hilfsverein der deutschen Adelsangehörigen hat seine Fürsorge für die Kinder armer Adliger ausgedehnt. Es werden 130 Kindern mittelgroßer Adliger Erziehungsbefehlungen gewährt, unter ihnen Schülern, Adletten und jungen Mädchen. Wenn die Mädchen vor die Berufswahl gestellt werden, dann finden sie hier Rat und nicht selten die Vermittlung einer Stelle. Allen Hilfsbedürftigen wird Rat erteilt und mit Tat beigegeben, aber es fehlt noch vielfach an der Mithilfe von Menschen, die bereit sind, die Schicksale aufzufassen, um ihnen beizustehen. Der Verein hat seinen Sitz Derslingerstraße 2 in Leipzig; Vorsitzender ist Freiherr v. Passlingen.

— Prämierte Hunde. Bei der internationalen Hundeaussstellung in Darmstadt wurden sämtliche von Herrn Wiedrich gezüchteten Fudel prämiert, und zwar erhielten: Apollo, Fudelhut vom Rhein, Besitzer Frau Major Franquet, zwei erste und einen Ehrenpreis; Caro, E. v. H., Besitzer A. Wiedrich, einen ersten Preis, offene Klasse; Toni, E. v. H., Besitzer A. Angler, zwei erste und einen Ehrenpreis; Rex, E. v. H., Besitzer V. Schmidt, zwei Preise, und der Schnurhundpudel Sieger Vello, E. v. H., Besitzer J. Böck, einen ersten Preis. Die genannten Fudel erhielten als Zuchtgruppe des Herrn A. Wiedrich den ersten Preis.

— Ein Raubmord, geschah gestern nachmittag zwischen 12 und 1 Uhr in der Rheinstrasse. Dort beobachtete ein aus der Kirchgasse kommender Radfahrer nicht das Signal eines anderen, und ein kräftiger Zusammenstoß war die unausweichliche Folge. Er mußte die Unachtsamkeit mit dem Verlust seines Stahlroßes büßen, das er völlig unbrauchbar davontrug und konnte noch trotz sein, wenigstens keinen körperlichen Schaden zu erleiden.

— Kleine Notizen. Im Studentischen Volksunterrichtsamt Wiesbaden (Hochschule) wird morgen Samstagabend 8½ Uhr das Thema: „Warum gehen wir ins Theater?“ besprochen. Eintritt 0 Pf. Gäste willkommen. — Der Kaufmännische Verein Mittel-Rheingau aus Gießen hat am Samstag mit 50 Teilnehmern die Seifellerei Henkel u. Cie. und die Zigarettenfabrik Laurens „Le Rheine“ besucht.

— Israelitischer Gottesdienst. Israelitische Kultusgemeinde. (Sonntags: Wiesbaden.) Gottesdienst in der Hauptsynagoge: Freitag: abends 6½ Uhr, Sabbat: morgens 9 Uhr, Jugendentgottesdienst und Predigt nachmittags 4½ Uhr, abends 7.40 Uhr. Gottesdienst im Gemeindefaal: Sonntags: morgens 7 Uhr, abends 6½ Uhr. Die Gemeindefaal ist geöffnet Sonntagvormittag von 11 bis 12 Uhr, Dienstagvormittag von 8 bis 9 Uhr.

— Al. Israelitische Kultusgemeinde. Synagoge Friedhofstraße 88. Freitag: abends 6½ Uhr, Sabbat: morgens 9 Uhr, Vortrag 10½ Uhr, Jugendentgottesdienst nachmittags 3½ Uhr, nachmittags 8 Uhr, abends 7.40 Uhr. Sonntags: morgens 7 Uhr, abends 6½ Uhr.

— Talmud Tora-Verein Wiesbaden. Nerostraße 16. Sabbat-Eingang 8.30, morgens 8.30, Rufus 8.30, Kinder 8.30, Ausgans 7.40. Sonntags: morgens 7. Kinder und Schüler 8.45, Moris 7.40.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* Theater. Frey Steidl, der mit seinem Kommando-Ensemble seit Jahren in den Hochschulen Deutschlands sensationelle Erfolge erzielt, leitet am 1. April zu einem kurzen Gastspiel im Kurtheater wieder in Wiesbaden ein. Diesmal führt das Frey-Steidl-Ensemble „Drauf-Drauf“, die neue Komödie auf, mit der dieses Theater-Ensemble überall außerordentliche Erfolge erzielt hat.

* Vortrag. Direktor Hans Wilhelm wird am Sonntag im Saale der „Kurtheater“ einen seiner Künstler-Abende veranstalten. Diese Abende, mit welchem Direktor Wilhelm letzten Sommer auf seiner Gastspielreise auch hier die besten Erfolge zu verzeichnen hatte, dürften noch in angenehmer Erinnerung sein.

* Wiesbadener Künstler auswärts. Tilde Gaciner, eine geborene Wiesbadenerin, die im vorigen Jahre an der Mainzer Bühne ihr Debut bestand, hat in Memel am Stadttheater recht schöne Erfolge zu verzeichnen. So berichtet das „Memeler Dampfboot“ von der „Gaciner-Künstlerstudie“, in welcher Tilde Gaciner die Titelrolle sang, daß ihr der Courantanteil an dem großen Erfolg des Abends zugesprochen sei. Die junge anmutige Künstlerin bezieht alle Vorbedingungen für eine Carmen eine temperamentvolle Spielweise, geschmeidige, graziose Beweglichkeit und ein gesundes, umwandelndes und gut gefundenes Gesangsorgan. Ihr Auftrittsgefang, die melodische Melodie, die Gesangsweise und die dramatische, packende Stimmführung, all dies waren Momente einer bemerkenswerten künstlerischen Reife. So viel Feuer in Atem und Reife konnte man die junge Künstlerin aus derartigen beglückwünschen. Auch als Samstags in „Cavalleria rusticana“ fand ihre Leistung reichen Beifall. Besonders kam die Schönheit ihres Gesangsorgans in der von der Partie verlangten Höhe auffällig zum Ausdruck, und die bewiesene Spielgewandtheit zeigte, wie viel die eifrig vorantreibende junge Bühnenkünstlerin schon bingelernt habe.

Aus dem Vereinsleben.

Vereinsvorträge.

* Die Ortsgruppe Wiesbaden des Deutschen Völkervereins hat ihren Mitgliedern (kurzt 1913) und Gästen zur Feier ihres einjährigen Bestehens einen Vortrag des Forschungsdreisenden Albert Obligac mit über seine Dienstreise in der französischen Fremdenlegion. Nach ausgedehnten Reisen in Nordafrika trat der Redner vor einigen Jahren freiwillig in die Fremdenlegion ein, um ihre Art genau kennen zu lernen. Er gedachte ein Jahr zu bleiben; als er aber nach einem halben Jahr einem Truppenteil nach Tonkin folgen sollte, in dies moberische Gebiet, von wo nur ein Rebell der Soldaten lebend zurückkehrte, ergriff er die Flucht. Wie die Legion zusammengefaßt ist, wie Truppfucht, Diebstahl und andere Vorkälle darin wüten, wie die Legionäre hauptsächlich als Arbeiter bei Bauten und Straßenanlagen beschäftigt werden, wie die Seele von Offizieren und Ärzten vernachlässigt, fälschlich behandelt und oft mit unmenschlichen Strafen belegt werden, das und anderes kennzeichnende schilderte der Vortragende in einfacher und ergreifender Weise. Ebenso spannend wirkte die Schilderung seiner beiden Fluchtversuche, deren zweiter ihn die Freiheit wiedergab. Der Vortrag wurde mit Beifall der den Saal bis auf den letzten Platz füllenden Zuhörer aufgenommen. Zum Schluß erinnerte der Vortragende, Sanitätsrat Dr. Dorn, die Anwesenden an die Pflicht jedes Deutschen, vor der Fremdenlegion zu warnen, die alljährlich etwa 3000 Deutsche, oft nach leidenschaftlichen und unüberlegtem Entschluß, an sich reißt und nur wenig gesund und kräftig wieder von sich läßt (Obn: Gewahr).

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— Kloppeheim, 20. März. Das Ergebnis der kürzlich stattgefundenen Gemeindevahlen hat zu Nachforschungen Veranlassung gegeben, bei denen man recht eigenartige Manipulationen auf die Spur gekommen ist, die noch ein gerichtliches Nachspiel und die Ungültigkeitserklärung der Wahlen zur Folge haben werden. — Der Gesangsverein „Concordia“, welcher am 4., 5. und 6. Juli sein goldenes Jubiläum, verbunden mit einem nationalen Gesangsfest, feiert, steht zurzeit mit verschiedenen Fabrikanten wegen Neuanschaffung einer Fahne, welche ebenfalls am 6. Juli eingeweiht werden soll, in Verbindung. Die alte Fahne des Vereins befindet sich in einem derartig schlechten Zustand, daß die ursprüngliche Absicht, mit Anschaffung einer neuen Fahne noch einige Jahre zu warten, aufgegeben werden mußte.

— Bredenheim, 24. März. Der hiesige „Männergesangsverein“ nimmt am dem am 10. Mai d. J. in Oahn i. L. stattfindenden Gesangsfest teil. Der Verein singt in der 2. Klasse. Insgesamt beteiligen sich 14 Vereine am Wettstreit, davon sind nur vier Vereine aus nächster Umgebung. Die übrigen kommen aus der Gegend um Kirmar. Als Preise sind keine Geldpreise, sondern Wertgegenstände vorhanden.

Nassauische Nachrichten.

Aus dem Westerwald.

— Dillenburg, 27. März. Der Vorstand des „Westerwald-Klub“ trat im hiesigen städtischen Kurhaus dieser Tage zu einer Sitzung zusammen, an welcher als Gäste Landrat v. Begerich (Dillenburg), Bürgermeister Gierlich (Dillenburg) und Bürgermeister Brenig (Dillenburg), der Stadt der diesjährigen Jahresversammlung am 12. Juli teilnahmen. Die Verhandlungen der etwa 15 Herren leitete der Vorsitzende des „Westerwald-Klub“, Geheimrat Landrat Büchling (Limburg). Anknüpfend an das Protokoll der letzten Vorstandssitzung in Niederlahnstein berichtete Dr. Dönges über Verhandlungen über Sonntagsgeschäften; es wurde beschlossen, die Landtags-

abgeordneten des Verbandesgebietes um Unterstützung dieser Angelegenheit zu ersuchen. Anträge auf Eröffnung von Klagen und Änderung des Kopfes der Vereinszeitschrift wurden abgelehnt. Der Aufsatz an den Kassischen Verlehrsverband bezieht sich auf den Vorstand; er schlägt seine Vorstandsmitglieder Landrat Bücking (Limburg), Stefan Seyn (Niederrhein), Landrat Marschall v. Bieberten (Montabaur), Dr. Dönges (Bielefeld) und Pfarrer Wahl (Breitenau) zum Vorsteher an die Verbandsleitung für die Wahl zum erweiterten Vorstand vor. Aber den Dringlichkeit der Normalleistungen für die Ortsgruppen berichtete Landrat Bücking (Niederrhein). Die Kosten für die neuen Mitgliedsarten der Ortsgruppen und für die Zuführung der Vereinszeitschrift trägt die Klubkasse. Über die Gründung neuer Ortsgruppen berichteten Dr. Dönges und Pfarrer Wahl; es wurden 1914 neue Ortsgruppen in Gernsbach, Gailen und Koblitz eingerichtet. Ferner werden ein Werbe- und ein Preisentscheidungsgericht. In der Angelegenheit der Errichtung eines Denkmal für den Gründer des „Westfälischen“, Fortmeister Rade in Selters, berichtete Landrat Bücking. Man einigte sich auf die Errichtung eines Gedenkaltars mit Bronze. Den durch ein Auswärtigen der Ortsgruppe Bonn geschickten Westfälischen-Brief: „Hilf! Wälder! Alle-moll, erfunden durch den Bauernführer A. Weh (Niederrhein) funktionierte der Vorstand und setzte ihn an geeignete Stelle in seine Vereinszeitschrift. Der „Westfälische“ gabte in 1913 in 67 Unterabteilungen 4000 Mitglieder, in 14 Ortsgruppen 1500 Mitglieder, 25 angeschlossene Städte, 17 rheinische Bürgervereine, 10 Kreisvereine und 800 Einzelmitglieder.

— Limburg, 26. März. Der Protest, der hier auch gegen die zweiten Kirchenvorstandswahlen erhoben worden ist, ist von dem Kirchenbureau als unbegründet zurückgewiesen worden. Gerüchte, dass man 42 Familien aus der Kirche austreten, — Regierungsbaumeister Wille vom Eisenbahnbauamt ist vom 1. April ab zum Vorstand des hiesigen Eisenbahnbauamts ernannt. — Eisenbahngüterverkehr. Blum tritt am 1. April in den Ruhestand. — Sämtliche 17 Abiturienten des hiesigen Gymnasiums haben die Prüfung bestanden. — Die neuen archaischen Anlagen am Muckwäldberg, die Herr Eduard Horn aus New York, ein geborener Limburger, auf seine Kosten durch die Firma Fritz Kirch in Wiesbaden hat ausführen lassen, sollen, so hat unser Verschönerungsverein beschlossen, zum bleibenden Andenken an Herrn Horn „Eduard-Horn-Park“ genannt werden. Heute trifft der letzte Waggon der Eisenbahn ein und man hofft, nach wenigen Wochen die Anlage fertig gestellt zu haben. Dem hiesigen Verschönerungsverein sind auch in diesem Frühjahr wieder namhafte, zum Teil recht hohe Geldbeträge zur Verfügung gestellt worden. Eine Schenkung beträgt 10.000 M. — Auf Veranstaltung des „Lehrervereins am Pfaffenberge“ wird nächsten Sonntag der Dichter Hans Eichelbach in der „Alten Bock“ hier einen Vortrag über seine Werke halten. — Es ist beabsichtigt, den Mensfelder Kopf, von welchem man eine prächtige Ansicht hat, mit einem Ausfichtsturm zu krönen.

— Weisburg, 24. März. Am Samstagabend fand hier selbst die diesjährige Hauptversammlung des Bergmännischen Vereins „Glückauf“ statt. Hier gab Herr Bergmeister einen genauen Überblick über die Betriebsverhältnisse des Bergwerks Weisburg im Jahre 1913. Aus dem Bericht ist zu ersehen, dass von den 1413 verliehenen Eisenbahnerkarten 44 (im Vorjahre 38) im Betrieb waren. Gefördert wurden: 181.421 (188.929) Tonnen Eisenerz und 103.484 (93.888) Tonnen Brauneisenerz, 25.495 laufende Meter Dachziegel, 300 Tonnen Kalksteine sowie 45 Tonnen Blei und 8 Tonnen Kupfererz. Der Wert einer Tonne Eisenerz betrug 9,80 (9,08) M., der Wert einer Tonne Brauneisenerz 7,44 (7,23) M. Die Gesamtzahl der im Bergbau beschäftigten Arbeiter betrug 1258 (1300), von denen 970 (1064) unter Tag und 288 (236) über Tag beschäftigt waren. Der durchschnittliche Lohn betrug im Erzbergbau pro Schicht 2,08 M., im übrigen Bergbau 2,87 M. Unfälle ereigneten sich im Berichtsjahre 127, darunter 7 tödliche. Die Zahl der Unfälle ist in den letzten 5 Jahren ständig zurückgegangen, so ereigneten sich 1909 215, 1910 180, 1911 173, 1912 144 Unfälle.

S. Gadenburg, Anfang März. Die Firma Fiedel u. Schneider in Gadenburg, Inhaberin des Westfälischen Elektricitätswerkes, schreibt uns, dass ihre Verhandlungen über den Verkauf ihres Werkes mit der Koblenzer Straßenbahn-Gesellschaft noch nicht abgeschlossen seien. Unser Berichterstatter bemerkt hierzu: „Dass Verhandlungen stattgefunden, war allgemein bekannt. Es konnte deshalb als wahr angenommen werden, wenn in Gadenburg der Abschluss als geschlossen bezeichnet wurde.“ Besonders bedauert sieht sich die Firma Fiedel u. Schneider durch die Bemerkung, dass der Abschluss des Kaufes eine Stromerhöhung für die Bewohner Gadenburgs bedeute. Unser Berichterstatter bemerkt hierzu: „Bei dieser Behauptung bleibt es auch; denn bei Fiedel und Schneider helfen sich die Preise für Licht auf 50 Pf. für die Kilowattstunde, für Messermiete 60 Pf. pro Monat, die Koblenzer Straßenbahn-Gesellschaft fordert für Licht 40 Pf. für die Kilowattstunde, für Messermiete 50 Pf. pro Monat, auch sind die Strompreise für Kraft- und Heizungszwecke bei der Koblenzer Straßenbahn-Gesellschaft niedriger als bei Fiedel u. Schneider. Nach den mitgeteilten Zahlenangaben, die ich nicht verstehe, weil ich sie nicht nachprüfen konnte, ist die Preisdifferenz sogar bedeutend.“ Was Fiedel u. Schneider in einem neuen Vertrag der Stadt anbieten, ist nicht unsere Sache, wir haben nur mit den bestehenden Verhältnissen zu rechnen.

Aus der Umgebung.

rmk. Darmstadt, 24. März. Mit der Automobilspitze mußte im hiesigen Polizeigefängnis ein wild gewordener Italiener, der am alten Bahnhof beschliffen ist, gebändigt werden. Er war mit einigen Arbeitskollegen, die er belästigte, in Streit geraten und von diesen jämmerlich verhöhnt worden. Er hat sich dabei auch mit einem Taschmesser nahezu den Hals durchschnitten, so daß seine Aufnahme in das Krankenhaus erfolgte. Er wurde dort verbunden, und da er dort schon anfang, wild zu werden, brachte man ihn in dem Krankenauto nach der Polizeiwache. Raum in der Zelle, fing er nun an zu toben, schlug alles zusammen und drohte mit einem Messer jeden, der sich ihm näherte, zu erstechen. Er selbst riß sich alle Verbände ab, so daß die Wunde voller Blut war. Trotzdem schrie und tobte er unerbittlich, so daß man seinen anderen Ausweg suchte, als die Feuerwehre zu Hilfe zu rufen. Mit der Autospritze wurde ein kräftiger Wasserstrahl nach dem Innern der Zelle geschickt; da es jedoch dunkel war und man ihn schwer treffen konnte, war die Wirkung nur gering. Endlich gelang es einem beherzten Polizisten, den Häftling zu packen und ihn zu überwinden, so daß er, an allen Gliedern gefesselt, mit seinen schweren Fingerringen wieder nach dem Krankenhaus gebracht werden konnte. Zwei Schutleute erlitten bei dem Tumult Verletzungen.

Kassel, 23. März. Mit dem Bau des städtischen Schwimmbades soll nach neueren Mitteilungen im Lauf des Sommers begonnen werden. Nachdem die Fluchtlinie festgelegt und auch genehmigt worden ist, hat nunmehr die Baupolizei die Zeichnungen für das städtische Schwimmbad, die im Stadtbauamt angefertigt worden sind, endgültig genehmigt, so daß anzunehmen ist, daß nunmehr auch die Stadtverordneten-Versammlung sich alsbald über die Aufbringung der noch notwendigen Mittel schlüssig machen wird.

Ms. Wiesbaden, 25. März. Der Hofmarschall, der Herr v. Kabinettsekretär v. Lynar, wollte hier, inspizierte die Schächer und ordnete verschiedene Vorkehrungen für den

diesjährigen Sommeraufenthalt der kaiserlichen Familie an. Nach den bisherigen Dispositionen wird die Kaiserin am Ausgange des Monats Juli auf Wilhelmshöhe zu mehrtägigem Aufenthalt eintreffen und der Kaiser erst nach der Nordlandreise, gegen Mitte August, von hier nach der Hofmarschall nach Bad Homburg b. d. S.

Gerichtssaal.

M. Der Zusammenbruch der Bankfirma Blaut, Hef u. Co. Frankfurt a. M., 26. März. Gestern und heute beschäftigte das hiesige Schwurgericht der Zusammenbruch der Bankfirma Blaut, Hef u. Co., über das im Juni 1913 der Konkurs erklärt worden war. Der eine Inhaber, Samuel Hef, hatte sich damals erschossen, der Mitinhaber Adolf Blaut, Schwager des Hef, stand jetzt unter der Anklage der Depotunterschlagung und des Vergehens gegen die Konkursordnung vor den Geschworenen. Hef und Blaut gründeten auf der Zeil im Jahre 1901 das Bankgeschäft; jeder machte eine Einlage von 5000 M., außerdem zahlte die Bankgesellschaft Naaf u. Fromberg und Heinrich Gahn u. Co. als Kommanditisten je 50.000 M. ein. Geplant sollte das solide Bank- und Wechselgeschäft werden, da aber damit nicht viel verdient wurde, verlegte sich die Firma bald auf das Börsenspiel. Nach den Befundungen des Angeklagten ging das Geschäft anfangs nicht schlecht, aber das Jahr 1907 brachte einen Verlust von mehreren hunderttausend Mark. Der Umsatz belief sich 1912 auf über 41 Millionen, zum größten Teil eigene Spekulationen. Die Kommanditisten schieden Ende 1910 aus, da ihr Vertrag nur auf 10 Jahre abgeschlossen war. Ihre Einlagen von zusammen 100.000 M. mußten ihnen zurückbezahlt werden, und das Geschäft mit hinterlegten Geldern und dem Erlös aus Lombardierung von Depots der Bankgesellschaft. Im Jahre 1912 kam das Geschäft durch die Bankwirten in schwere Bedrängnis; es hatte Ende Oktober auf einen Schlag 300.000 Mark zwecks Ergänzung der Sicherheiten zu zahlen, und um diesen Verpflichtungen nachzukommen, wurden wieder Depots der Bankgesellschaft verkauft oder verpfändet. Blaut lebte einfach und entnahm dem Geschäft nur 6000 bis 7000 M. jährlich, während sein Schwager bedeutend mehr verbrauchte zu haben scheint. Der Schwager scheint auch die treibende Kraft bei dem Börsenspiel gewesen zu sein. Bei Prüfung der Masse ergaben sich etwa 80.000 M. Aktiva, wozu noch 120.000 M. Außenstände aus Börsengeschäften kommen, deren Eingang aber sehr zweifelhaft ist. Die Passiven belaufen sich auf 1.051.000 M., so daß für die Gläubiger nur etwa 5 bis 6 Prozent herauskommen werden. Die Geschädigten sind zum Teil kleine Leute, die ihre Ersparnisse der Firma anvertraut hatten, und nun um ihr ganzes Vermögen gekommen sind. Das Gericht verurteilte Blaut zu 2 Jahren Gefängnis; auf die Strafe werden 9 Monate der Untersuchungshaft angerechnet. Es wurde angenommen, daß der Angeklagte 50.000 M. unterschlagen habe.

Sport und Spiel.

* Pferderennen zu Autenil, 26. März. Fritz Bride of Aldare, 3000 Franken. 1. Mme. Cl. Procureurs Henri 4 (S. V. Mareau), 2. Bon jour 2, 3. Truden. 35:10; 16; 12:10. — Fritz Clin-Roc, 4000 Franken. 1. D. Melchior Dourres (Powers), 2. Le Nonjette, 3. Orgain. 37:10; 20; 18:10. — Fritz de Carthes, 10.000 Franken. 1. A. Veli-Picards Mismatum (Pabrement), 2. Sifium, 3. Albanais. 52:10; 32; 15:10. — Fritz de Natour, 5000 Franken. 1. Mme. S. H. Plums Ramrei (Moreau), 2. Ulinam, 3. Vstolphe. 25:10; 13; 14; 20:10. — Fritz de la Repinière, 4000 Franken. 1. Jean Rieuz Beau Ribago 2 (Espinas), 2. Le Quart Seure, 3. Antonello. 18:10; 12; 21:10. — Fritz de Rafos, 4000 Franken. 1. De Rix de Remesters La Roustache (Seab), 2. Libérateur. 24:10.

sr. Das deutsche Derby vereint nach der dritten Einfahrt noch 45 Pferde, da bei dem Neugeldtermin nur neun ausfuhren. Bemerkenswert ist nur das Auscheiden des in England trainierten Gradier Grilparzer und einer der Vertreter Österreich-Ungarns, nämlich Galtig. Konkurrenzbedeutung findet demnach noch 38 deutsche und 9 ausländische Kandidaten.

* Hundesport. Die hiesige Abteilung des „Allgemeinen Dobermannvereins“, welche am 9. d. M. gegründet wurde, hatte bereits einige gute Erfolge zu verzeichnen. Auf der am vergangenen Sonntag in Darmstadt veranstalteten 6. großen internationalen Ausstellung von Hunden aller Rassen, über die wir schon berichteten, war die Abteilung mit fünf erstklassigen Tieren vertreten. Vier von den ausgestellten Tieren wurden mit nur ersten Preisen bedacht. Das Material stammte in erster Linie aus dem hiesigen Dobermannzüchter „vom Dambachtal“, dessen Züchter, Herr Wilhelm Wendle, in den Kreisen der Dobermannliebhaber bekannt ist. Das Resultat war folgendes: Champion-Siegerin „Lotte vom Dambachtal“, Note „vorzüglich“, erster Preis und Ehrenpreis; „Clemi vom Dambachtal“, zweimal Note „vorzüglich“, zwei erste Preise und Ehrenpreis; Champion-Siegerin „Vella vom Dambachtal“, Züchter W. Wendle, jeht im Besitz von Herrn P. Walb (Wiesbaden), zweimal Note „vorzüglich“, zwei erste Preise und Ehrenpreis; „Boba von der Rutenburg“, Besitzer Herr J. Schied hier, zweimal Note „vorzüglich“, zwei erste Preise und Ehrenpreis; „Carlo vom Dambachtal“, Besitzer J. Kölling hier, vierten Preis und Ehrenpreis. Ferner erhielt Herr Wendle den ersten Preis im Betrag von 40 M. für die beste Zuchtgruppe der Polizeihundrasen. — Wie uns weiter mitgeteilt wird, erhielten sämtliche von Wiesbadener Besitzern ausgestellte Hunde das Prädikat „vorzüglich“ und wurden mit ersten Preisen prämiert. Züchter A. Wiedrich (Wiesbaden) erhielt den ersten Zuchtpreis.

o. Viehbrüder Ruderverein 1900. In der Jahresversammlung des Rudervereins konnte der Vorstand mitteilen, daß der Verein gegen das Vorjahr um 7 Mitglieder auf 104 gestiegen ist. Der Kasienbericht weist an Einnahmen 2000,44 M., darunter Mitgliederbeiträge 2217,50 M., Stiftungen 351,23 M., an Ausgaben 2885,83 M. nach. Der Voranschlag für das neue Vereinsjahr 1914/15 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 2370,62 M. Mit Ausnahme der durch Wegzug nötig gewordenen Ersatzwahl eines Vorstandsmitglieds wurde der seit herige Vorstand wiedergewählt. Der regelmäßige Ruderbetrieb wird in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden. Die Zahl der ausübenden Mitglieder ist auf über 50 gestiegen.

* Der französische Bogenschützen-Club hat von dem Bogensportclub Vaser die Summe von 200.000 Franken für eine Tournee in Australien geboten erhalten. Carpentier soll sich dafür verpflichten, drei Kämpfe mit Gegnern, die er sich aussuchen darf, auszufechten. Die Kosten der Reise und des Aufenthalts werden ihm außerdem vergütet.

Neues aus aller Welt.

Unterstützung der überfluteten an der Ostsee, Berlin, 26. März. Das ständige Schiffsvermittlungsbüro übermittelte dem Oberpräsidenten von Ostpreußen, v. Bismarck, für die dortigen, infolge der überflutungsbedingten Katastrophe Leidenden außer den bisher überwiesenen Summen weitere 80.000 M. Familienunterstützung. Berlin, 26. März. Heute nacht hat sich in einem Hause der Berliner Allee in Weissenhof ein Mordmord abgepielt. Der Instrumentenmacher Franke hatte mit einer anderen Frau ein Verhältnis angeknüpft, worüber es mit seiner Ehefrau zum Streit kam. In dessen Verlauf gab die Frau auf ihren Mann sechs Revolverkugeln ab, durch die er schwer verletzt wurde. Darauf suchte sich die Frau mit Kind und zu verhaften, wurde jedoch durch vorbeieilende Hausbewohner hiervon abgehalten.

Ein Dampfer in Gefahr. Bremen, 26. März. Der Dampfer „Sierra Gorda“ meldet drahtlos, daß der amerikanische Dampfer „Raino“ 2 Seemeilen südlich von Ushant auf Grund gesunken sei. Der Dampfer „Sierra Gorda“ ist an die Unfallstelle geeilt.

Schweres Automobilunglück. Gimsborn, 26. März. Auf der Chaussee von Langenlohe gerieten gestern Abend auf einer Fahrt von Hamburg nach Gimsborn die Herren Heinrich Arens aus Gimsborn und der Gastwirt Hermann aus Darmstadt unter ihr bei einem Zusammenstoß mit einem Radfahrer zusammengeknirscht. Beide waren sofort tot.

Geldstrafkammer. Rosen, 26. März. In der Nacht zu gestern brachen Diebe in Rosen bei dem Kaufmann Leitzger ein, brennten einen Geldschrank und raubten 30.000 M. in Bargeld sowie viele Wertgegenstände.

Brand einer alten Kirche. Warschau, 26. März. Gestern entstand in der altchristlichen Kathedrale in Jaroslaw ein Brand, der die ganze Kirche einäscherte. Trotz der größten Anstrengungen gelang es nicht einmal, die kostbaren Gegenstände, wie die goldenen Kelche, Reliquien usw., zu retten. Der Schaden belief sich auf 100.000 Rubel.

Die Baumvollbrände in Bombay. Bombay, 26. März. In der Verödungsphase herrscht große Verwirrung über die wiederholten Brände in Baumvollbränden. Die seit dem großen Brand am Montag neun verschiedene Brände ausgebrochen. Es ist kaum ein Zweifel möglich, daß es sich um Brandstiftung handelt. Zur Verhütung des gewöhnlichen Brandes sind 48 Matrosen des britischen „Swift“ zum Schutz der Baumvollbrände eingesetzt. Heute sind zwei Brände ausgebrochen.

Deutscher Reichstag.

Wahlprüfungen und Duelldebatte.

S. Berlin, 26. März. (Fig. Drahtbericht.) Nachdem in aller Eile heute das Staatsnotgesetz in dritter Lesung und damit endgültig verabschiedet wurde, wandte sich der Reichstag der Prüfung der Wahl des Abgeordneten H. G. Stendal-Osterburg (kons.) zu. Man debattierte zwei Stunden lang darüber, ob ein Erlaß der Eisenbahndirektion Hannover als Wahlbeeinflussung anzusehen sei und die von Amts- und Gemeindevorstehern unterzeichneten konservativen Wahlaufsätze die Ungültigkeitserklärung aller konservativen Stimmen in dem betreffenden Bezirk zur Folge haben müsse. Die Konservativen vertraten nämlich im Gegensatz zur bisherigen Praxis des Reichstags die Meinung, daß nur die allerärmsten Bauern sich durch Unterschriften von Amtsvorstehern, Landräten usw. beeinflussen ließen, daß aber die Stimme eines Amtsrichters oder eines sonstigen Intellektuellen nicht abgezogen werden könne und dürfe. Die Debatte verlief sehr temperamentvoll, zuletzt fast stürmisch. Die Konservativen waren — sei es aus Siegeszuversicht, sei es aus Galgenhumor — in einer ausgesprochenen Jahrmärtsstimmung: Sie lachten, johlten und lärmten, ganz nach dem Muster im Zirkus Busch. Die Ungültigkeitserklärung der Wahl erfolgte schließlich in namentlicher Abstimmung mit 176 gegen 149 Stimmen bei 9 Enthaltungen. Ein Teil der Nationalliberalen stimmte dagegen. Die Nationalliberalen Klebe und Strad stimmten für die Gültigkeit, die nationalliberalen Abgeordneten Böttger, von Gailfer, Schlee und Zimmermann gehörten zu denen, die sich der Abstimmung enthielten. Die Mehrheit setzte sich aus fortschrittlichen Volksparteikern, Sozialdemokraten, der Majorität der Nationalliberalen und Polen zusammen.

Den Rest der Sitzung füllte eine Duelldebatte aus. Es handelte sich um den bekannten Antrag der Duellkommission, der den Zweikampf bei freventlichem Verschulden mit Gefängnis, statt Festung bestrafen, ja sogar den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für zulässig erkennen will. Staatssekretär Visco sagte wohlwollende Prüfung zu. Aus dem Hause erklärten die Redner aller Parteien ihre mehr oder weniger freundliche Zustimmung; von der äußersten Rechten, die keine grundsätzlichen Bedenken hat, bis zur äußersten Linken, wo man allerdings gern noch weiter gegangen wäre. Schließlich wurde der Gesetzentwurf gleich in erster und zweiter Lesung angenommen, und zwar unter dem Beifall des Hauses einstimmig.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“. # Berlin, 26. März. Am Bundesratsitzung: die Staatssekretäre Dr. Visco und Kautzke. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2.17 Uhr. Zunächst werden zur Förderung im Plenum ungeeignete Petitionen debattiert. Es folgt die dritte Lesung des Notetatsgesetzes. Dieses wird ohne Debatte definitiv angenommen. Sodann folgen

Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. v. Vrederslow (kons. [10. Königsberg]) wird einstimmig für gültig erklärt. — Es folgt die Wahl des Abg. H. G. Stendal-Osterburg. Die Kommission beantragt, die Wahl für ungültig, Abg. Graf Westarp (kons.), die Wahl für gültig zu erklären. Abg. Frommer (kons.): Ich habe es immer für eine ehrenvolle Aufgabe gehalten, jemand beizustehen, dem Unrecht geschehen ist. Daß Wahlprüfungen eine Nachfrage der Parteien sind, meine ich nicht. Ich bin immer noch Idealist. (Lachen links; große Lärme.) Redner gibt sodann eine eingehende Schilderung der beiden Wahlgänge, aus denen Kononizot H. G. gegen den nationalliberalen Generalsekretär Fuhrmann mit einer Majorität von 2300 Stimmen als gewählt hervorgegangen ist. Wenn man alle gegen die

Wahl Hösch erhobenen begründeten Proteste in Betracht zieht und hieron die sich ergebende Zahl von Stimmen abzieht, so bleibt für den Gewählten immer noch ein Plus von über 1000 Stimmen. Ich bitte deshalb, den Bescheid der Wahlprüfungs-Kommission umzustößen und die Wahl Höschs für gültig zu erklären.

Abg. Schmidt-Meisen (Soz.): Auch wir betrachten die Wahlprüfungen durchaus objektiv und kommen dabei zu demselben Resultat wie die Wahlprüfungs-Kommission, die Wahl Höschs für ungültig zu erklären.

Abg. Stupp (Zentr.): Die Majorität, mit der Herr Hösch gewählt worden ist, beträgt 3300 Stimmen und da die Proteste nicht als erheblich betrachtet werden können, so haben wir keinen Anlaß, gegen die Gültigkeit zu stimmen.

Abg. Boller (natl.): Die Vorwürfe, die der Wahlprüfungs-Kommission gemacht worden sind, daß sie oberflächlich geprüft und parteilich geurteilt habe, sind nicht stichhaltig. Die Kommission ist sich auch in diesem Falle ihren Grundsätzen treu geblieben und hat nicht anders beschloßen als früher. Ich bitte, es bei dem Kommissionsantrag zu belassen.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Vpt.): Will man sich streng auf den Rechtsstandpunkt stellen, so muß man zur Ungültigkeit der Wahl kommen. Wie die Unterschriften bei den Flugblättern gesammelt worden sind, wissen wir. Freiwillig ist das nicht geschehen. (Zuruf bei den Soz.: Unterschriften gesammelt!) Die Kommission hat mit allen Mitteln eine Verschleppung der Wahlprüfung versucht. Wir stimmen für Ungültigkeit der Wahl.

Präsident Dr. Raempp: Von dem Abgeordneten Grafen Westarp ist namentliche Abstimmung beantragt. Dieser Antrag wird einstimmig unterstützt. Die Abstimmung erfolgt heute im Anschluß an die Diskussion.

Abg. Dr. Arendt (Vpt.): Im Reichstag nahm das Plenum in der Frage der Wahlaufreife mit Amtsbezeichnungen einen anderen Standpunkt ein als heute. (Sehr gut!), wie eine frühere Rede des Abgeordneten v. Payer (Sdrt! Sdrt!) bei der Prüfung der Wahl des Abgeordneten Blumenthal in 1904 beweist. (Heiterkeit.) In diesem Falle war zum mindesten Beweiserhebung nötig. Hier mußte man vom richterlichen und parteipolitischen Standpunkt aus urteilen. (Sehr richtig!) Dieser Fall beweist aber, daß die Einsetzung eines unabhängigen Prüfungsgerichtshofes unbedingt nötig ist.

(Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Vpt.): Ich will das Geschäft nicht mehr länger aufhalten. (Heiterkeit.) — Zurufe rechts: Geschäft! Die Behauptung Dr. Arendts, ich hätte durch die Jurisdiktion der Wahl Haupt eine Verschleppung bezweckt, muß ich zurückweisen.

Damit schließt die Debatte. — Es folgt namentliche Abstimmung über den Antrag des Grafen v. Westarp. Für den Antrag auf Gültigkeitserklärung stimmen von 334 Abgeordneten 149, dagegen 176, 9 enthalten sich der Abstimmung. Die Wahl ist somit ungültig.

Es folgt die erste Lesung des von einer besonderen Kommission beantragten Gesetzentwurfs, betreffend

Rendierung des Strafgesetzbuchs (Zweikampf).

Abg. Werr (Zentr.) empfiehlt als Berichterstatter das Gesetz, welches besagt, daß, wenn Zweikampf freiwillig verurteilt werde, an Stelle der Festungshaft Gefängnis treten soll und eventuell den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte im Gefolge haben soll.

Staatssekretär Lisco: Der Reichslanzler nimmt an dem Gegenstand, der hier zur Beratung steht, das lebhafteste Interesse. Der Entwurf erstreckt eine Änderung der strafrechtlichen Bestimmungen. Während zurzeit die Herausforderung zum Zweikampf und dessen Annahme ausschließlich mit Festungshaft bedroht ist, soll

in Zukunft derjenige, der durch sein Verschulden den Zweikampf herbeigeführt hat, mit Gefängnis bestraft werden. Der Reichslanzler ist bereit, nach Abschluß der heutigen Verhandlungen mit den zuständigen Stellen darüber in Verbindung zu treten.

Abg. Stadthagen (Soz.): Dieser Gesetzentwurf bedeutet zwar einen kleinen Fortschritt. Wir sind aber noch wie vor der Meinung, daß das Duell gesetzlich beseitigt werden muß. Unbedingt muß gegen die Beamten auf Unfähigkeit zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes und gegen Offiziere auf Entlassung erkannt werden.

Abg. Gröber (Zentr.): Seit November 1886 geht dieser Kampf gegen das Duell und wie klein und bescheiden ist das, was wir jetzt erreicht haben. Das Duell muß als das gekennzeichnet werden, was es ist, als ein gemeines Verbrechen, das genau zu behandeln ist wie jedes andere Verbrechen. Auch wir wollen den Kommissionsantrag nicht durch weitergehende Anträge belasten und gefährden. (Bravo!)

Abg. v. Bruchhoff (kons.): Die Duellfrage ist keine Partei-sache. Wenn wir uns trotz unserer Bedenken dem Gesetzentwurf anschließen, so geschieht dies aus der Erwägung heraus, daß es sich darum handelt, diese Materie nunmehr in Fluß zu bringen. Ein Weitergehen ist uns nicht möglich. Den Antrag der Sozialdemokraten lehnen wir deshalb ab.

Abg. van Calker (natl.): Die Bedeutung des Gesetzentwurfs liegt darin, daß zum erstenmal in dieser Materie ein einheitlicher Beschluß der Parteien des Reichstags herbeigeführt worden ist. In unserer Rechtsentwicklung treten die ehrsüchtigen Gesichtspunkte immer mehr in den Vordergrund, und das spricht auch für den vorliegenden Gesetzentwurf. Die Regierung mag möglichst bald mit einer entsprechenden Vorlage an uns herantreten.

Abg. Rieckling (Vpt.): Der Entwurf ist ein gewisser Fortschritt. Nach den Strafgesetzen allein läßt sich der Duell-unfug nicht aus der Welt schaffen. Der Antrag der Sozialdemokratie geht aber zu weit; wir müssen ihn deshalb ablehnen.

Abg. Martin (Vpt.): Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir wegen seiner Maßlosigkeit ab, dem Kommissionsantrag stimmen wir zu, aber nicht in dem Sinne, daß er von heute auf morgen Gesetz wird, da wir gegen einzelne Bestimmungen schwere Bedenken haben. Der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte ist bedenklich, und auf studienrechtliche Bestimmungenmensuren darf der Entwurf auch keine Anwendung finden.

Damit schließt die erste Lesung. — Der Entwurf wird in erster und zweiter Lesung unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags einstimmig angenommen. (Bravo!)

Darauf wird vertagt. — Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr: Konkurrenzauflagegesetz; Petitionen. — Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.

§ Berlin, 26. März.

Am Ministerialrat: Finanzminister Dr. Venzke.

Präsident Graf v. Schwerin-Köslitz eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung der Novelle zum Fürsorgeerziehungsgesetz. — Nach den Ausführungen des Abg. Lieber (natl.) wird das Gesetz unverändert angenommen.

Hierauf wird die zweite Beratung des Etats beim

Etat der direkten Steuern

fortgesetzt.

Berichterstatter Abg. Schmieding (Ztr.) referiert über die Verhandlungen in der Kommission. Er weist darauf hin, daß die Einkommensteuer mit 24 Millionen mehr, die Vermögungssteuer mit 5 Millionen mehr gegenüber dem vorjährigen Etat veranschlagt ist.

In der allgemeinen Besprechung führt Abg. v. Hennigs-Tschlin (kons.) aus: Die Steueranpassung namentlich bezüglich der direkten Steuern ist bei uns in Preußen eine ganz enorme. Es macht sich jetzt das Bestreben geltend nach Einführung von direkten Reichsteuern. Wir wenden uns entschieden dagegen. Die direkten Steuern müssen den Einzelstaaten erhalten bleiben, damit sie in der Lage sind, dringende Aufgabengeldern zu erfüllen. Die Steuergesetze können zurzeit nicht abgebaut werden, wir müssen zunächst die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Jahre abwarten. Wir verlangen eine möglichst genaue und gerechte Steuereinschätzung. Die den Großgrundbesitzern gemachten Vorwürfe, daß sie ihr Einkommen unrichtig angeben, sind unberechtigt. Wir wollen bei der Steuereinschätzung das persönliche Moment nicht ausschalten. Es muß auf die persönlichen Verhältnisse der Steuerzahler Rücksicht genommen werden und dazu ist der staatlich angestellte Kommissar weniger in der Lage als der Kommissar, der das Veranlagungsgeschäft im Nebenamt verwaltet. (Beifall rechts.)

Finanzminister Dr. Venzke: Auf die Steuergesetze können wir solange nicht verzichten, als wir nicht von anderer Seite einen Ersatz dafür erhalten.

Ob wir infolge der Veranlagung zum Wehrbeitrag eine erhebliche Mehreinnahme in Zukunft haben, darüber läßt sich zurzeit nichts Sicheres sagen.

Falls sich die Hoffnung erfüllen sollte, daß sich infolge dieser Veranlagung eine entsprechende Mehreinnahme ergeben soll, so wäre ich bereit, eine Steuernovelle einzubringen, durch welche die Steuergesetze ermäßigt werden. Wir müssen aber zunächst die weitere Entwicklung abwarten. Mit Rücksicht auf die wachsenden Ausgaben — ich erinnere nur an die Schulden und die neue Beamtenbesoldung — kann ich nicht in Aussicht stellen, daß eine Steuernovelle dem Hause in nächster Zeit vorgelegt werden kann. Von den 15 neu gebildeten hauptamtlichen Steuerkommissaren hat die Kommission sechs abgelehnt. Ich behaupte das lebhaft und spreche den dringenden Wunsch aus, daß das Plenum dem Beschlusse der Kommission nicht beitrifft. Der hauptamtliche Kommissar kann die Verhältnisse der Jeniten genau so prüfen wie der Landrat, der das Veranlagungsgeschäft nur nebenamtlich führt. (Sehr richtig links.) Die Staatsverwaltung muß dafür sorgen, daß die Veranlagung gleichmäßig und gerecht durchgeführt wird. Die Vorsitzenden der Veranlagungskommission sollen den Jeniten

bei dem Veranlagungsgeschäft, das geradezu eine Wissenschaft ist,

zur Seite stehen. Sie müssen daher stetig sein und nicht zu oft wechseln. Die Staatsregierung will durchaus nicht alle nebenamtlichen Kommissare abschaffen. Ich bitte das Haus heute nochmals, die sechs gestrichenen Kommissare zu bewilligen.

Abg. Herold (Ztr.): Bei unseren jetzigen Steuerverhältnissen können wir sehr gut auf die Steuergesetze verzichten. Das Kinderprivileg muß wirksamer ausgebaut werden. Wir wünschen, daß die Einkünfte wirksamer werden. Der größere Teil meiner Freunde ist aber der Ansicht, daß die Einkünfte besser von den Landräten, die mehr im praktischen Leben stehen, vorgenommen werden, als von den staatlichen Kommissaren, die oft zu einseitig vorgehen würden.

Generalkommissar Heilmann: Die Resolution der Kommission ist gegenstandslos, da ein Widerspruch zwischen der preussischen und der Reichsgesetzgebung in dieser Richtung nicht besteht.

Abg. v. Karborff (freikons.): Die Ergebnisse der Einkommensteuer zeigen, daß die mittleren und kleinen Einkommen in höherem Maße gestiegen sind als die großen. Das beweist, daß wir mit unserer Wirtschaftspolitik auf dem richtigen Wege sind. Wir beantragen (Antrag v. Hedlich), die Regierung zu ersuchen, sobald sich die Höhe des dauernden Bedarfs an Einnahmen aus den direkten Steuern übersehen läßt, Gesetzentwürfe für deren Neuordnung vorzulegen, durch welche dem Mittelstande und den ärmeren Steuerzahlern die im vorigen Jahre in Aussicht genommenen Vorteile und Erleichterungen zugewendet werden, und eine vollständige und gerechte Veranlagung aller Einkommen und Vermögen sichergestellt wird. Von den von der Kommission abgelehnten sechs Kommissaren werden wir die für Nordhausen und Bromberg bewilligen, die übrigen lehnen wir ab. Ich hoffe, daß die Regierung die Forderung behalten und sich nicht von den Parteien treiben lassen wird. (Lachen und Zurufe links.) Um den preussischen Staat wird es gut bestellt sein, wenn wir eine starke Regierung und einen starken Finanzminister haben. (Beifall bei den Freikons.)

Abg. Dr. v. Campe (natl.): Die letzten Ausführungen des Vorredners waren zum mindesten etwas akrobatisch. Wir können ihm nicht zustimmen, wenn er behauptet, daß an dem Ansehen und der Stärke Preußens nicht das Haus, sondern nur die Regierung teil hat. Aus der fortwährenden Steigerung der Steuergesetze der mittleren und kleineren Einkünfte geht hervor, daß das Evangelium von der Proletarisierung des Volkes nicht den Tatsachen entspricht. Die definitive Regelung der Steuergesetze kann nur erfolgen, wenn wir ganz genau wissen, welche Aufgaben der Staat in Zukunft zu lösen hat. Wir müssen ernstlich an die Reform der direkten Steuern denken.

Wir müssen die hauptamtlichen Steuerkommissare haben, um die steuerlichen Einkommen ganz erfassen zu können. Wir beantragen daher, die gestrichenen 15 Kommissare zu bewilligen. Wir wollen den Landräten keinen Vorwurf machen, wir halten sie aber nicht für geeignet, die Steuerbemessung immer in objektiver Weise vorzunehmen. Das Volk wird zu

den Kommissaren mehr Vertrauen haben. (Beifall bei den Natl.)

Abg. Bachmide (Vpt.): Die Steuergesetze waren als ein Provisorium gedacht, man hatte nicht erwartet, daß sie so lange zu einer Belastung des gesamten Bürgertums würden. Wir verlangen eine gerechte Steueranpassung, es soll nicht möglichst hoch, sondern richtig veranlagt werden. Die Landräte sind für das Veranlagungsgeschäft nicht geeignet, weil sie außer starker Überlastung mit Amtsgeschäften auch noch politische Sorgen haben. Der Staatskommissar kann ebenso gut sich in die Verhältnisse hineinarbeiten wie der Landrat, der seine Stellung häufig nur als einen Übergangsposten zu einer höheren Stelle auffaßt. Sie (nach rechts) wollen immer eine starke Regierung, jetzt, da die Regierung einmal die Führung übernimmt, folgen Sie ihr nicht. (Beifall bei der Vpt. Lachen rechts.)

Abg. Ströbel (Soz.): Die Steuerverhältnisse zeigen kein erprießliches Bild.

Millionen von Menschen haben ein so geringes Einkommen, daß sie gar keine Steuer zu zahlen brauchen und ein menschenunwürdiges Dasein führen.

Wir fordern eine stärkere Heranziehung der großen Einkommen und bitten um Annahme unseres Antrags, wodurch die geringen Einkommen in höherem Maße als bisher von der Steuer befreit werden sollen. Die Steuergesetze sollten bei Einkommen über 6000 M. beibehalten werden. Bei neuen Rüstungen werden wir dafür eintreten, daß nur das Vermögen der Besitzenden herangezogen wird.

Hierauf wird die Sitzung auf Freitag 10 Uhr vertagt. Fortsetzung, außerdem Etat der Seehandlung, kleinere Etats, Petitionen. — Schluß gegen 5 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Der Kaiser in Venedig.

vb. Venedig, 26. März. Der Kaiser hörte gestern den Vortrag des Gesandten v. Treutler und heute vormittag die Vorträge der Chefs des Marine-, des Militär- und des Zivilkabinetts. Heute nachmittag findet beim Kaiser an Bord der „Hohenzollern“ Tee statt, zu dem etwa 60 Einladungen an Damen und Herren der venezianischen Gesellschaft, an die Herren der deutschen Botschaft und die Offiziere der deutschen Schiffe ergingen. Die „Hohenzollern“ und die anderen deutschen Schiffe gehen morgen vormittag nach Miramare in See. — Der Kaiser verließ dem Präsesen Gonfalone den roten Adlerorden zweiter Klasse mit Stern.

Die Aufnahme der deutschen Marineoffiziere und Mannschaften.

vb. Venedig, 26. März. Die deutschen Schiffe werden morgen Venedig verlassen. Sie haben seitens der Behörden, der Gesellschaft und der Bevölkerung eine so warme und entgegenkommende Aufnahme gefunden, wie kaum zuvor, so daß die deutschen Offiziere und Mannschaften den Aufenthalt in angenehmer und dankbarer Erinnerung halten werden. Dem Kommandanten der „Hohenzollern“ wurde schon bei seiner Ankunft am 6. März Kapitän Dubelti zur Verfügung gestellt. Die Festlichkeiten begannen am 7. März mit einem Diner für das Offizierkorps bei dem Admiral Carelli, dem sich ein Besuch des Teatro Rossini anschloß. In der Pause wurden auf Wunsch des Publikums die italienische und die deutsche Nationalhymne gespielt, die es zu begeisterten Rundgebungen veranlaßte. Bei späteren Theaterbesuchen wiederholten sich die Sympathieausgeburten. Es folgten ein Diner bei dem Admiral Carelli zu Ehren des Konteradmirals Souchon, ein Diner bei dem Konf. Radstener, Empfänge bei der Gräfin Papadopulo und der Gräfin Rocenigo sowie bei dem Konf. Radstener, wo die Kapelle der „Hohenzollern“ spielte, und beim Admiral Carelli. Dem Empfang bei dem Admiral Carelli folgte ein Ball. Ferner fand eine Rundfahrt der Offiziere statt, die unter kundiger Führung die interessanten Stätten der venezianischen Industrie besuchten. Infolge des Schiffunglücks im Hafen waren die weiteren ursprünglich geplanten Festlichkeiten abgesagt worden, darunter ein Empfang bei dem Präsesen. Der Präses und der Bürgermeister hatten für die ganze Zeit ihres Aufenthalts den Offizieren und Mannschaften den Besuch der staatlichen und städtischen Sammlungen und die Benutzung der städtischen Dampferlinien kostenlos freigestellt.

Die Usterkriss.

Die Situation in London.

vb. London, 26. März. Im Gegerich zu den ersten Tagen der Woche war die Downingstreet heute vormittag, abgesehen von den Doppelposten der Polizeimannschaften, fast verlassen. Das größere Interesse richtete sich auf die im Kriegsamt stattfindende Besprechung zu der eine Anzahl Generale bereits eingetroffen ist. Eine große Volksmenge hatte sich vor dem Kriegsamt in Erwartung der Besprechung angesammelt. Als der Kriegsminister eintraf, rief ihm einer aus der Menge entgegen: Sie sollten sich schämen. Sechshundert dem Rufe keine Aufmerksamkeit und begab sich in das Ministerium, wo er sein Zimmer aufsuchte.

Konferenzen.

vb. London, 26. März. Die Besprechung der Generale im Kriegsamt, an der auch General French teilnahm, währte 1 1/2 Stunden. In der Zwischenzeit hatte Aquil, der Kriegsminister Seely und Churchill eine Besprechung in der Downing-Street.

Ein angeblicher Brief des Kaisers über seine Stellungnahme zu den Konfessionen.

vb. Berlin, 26. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ zitiert einen langen Artikel der „Hamburger Nachrichten“, der unter der Überschrift „Nichtbrauch eines Privatbriefes“ die Handlungsweise einer Anzahl von Blättern scharf geißelt, die Stellen aus einem angeblichen Briefe Kaiser Wilhelms veröffentlichten, der im Jahre 1901 an die Langrätin von Hessen gerichtet sein und sich im Nachlaß des Kardinals Ropp vorgefunden haben soll. In dem Artikel wird weiter darauf hingewiesen, daß der Kaiser, obwohl er ein treuer Anhänger des evangelischen Bekenntnisses sei, durch viele Handlungen bewiesen habe, daß er auch das katholische Bekenntnis sehr hoch achte. (Man wird sich erinnern, daß die Langrätin von Hessen seinerzeit vom evangelischen zum katholischen Glauben übergetreten ist. Schriftl.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ fügt hinzu, wenn nun das Hamburger Blatt, dessen grundsätzlicher Auffassung über den nichtöffentlichen Charakter des Briefes wie über die Stellung des Kaisers zu

den Konfessionen wir beitreten, eine Aufklärung über das Schriftbild verlangt, so müssen wir bemerken, daß amtlichen Nachforschungen nach seinem Verbleib zu keinem Ergebnis geführt haben. In dem Nachlaß von Kardinal Kopp hat sich ein solcher Brief, wie wir hören, nicht vorgefunden.

Zur Abgabe der Kolonialreise des Kronprinzen.

S. Berlin, 26. März. (Eig. Drahtbericht) Die Abgabe der Kolonialreise des Kronprinzen ist erfolgt, weil die kaiserliche Genehmigung in letzter Stunde versagt wurde. Die Einzelheiten der ganzen Reise waren in Verhandlungen, die zwischen dem Kronprinzen und dem Staatssekretär Dr. Solf stattfanden, festgelegt worden. Man hatte sich darüber geeinigt, die Reisekosten in Höhe von 180 000 M. vom Reichstag zu verlangen. Allerdings war die Möglichkeit ins Auge gefaßt worden, daß der Reichstag Schwierigkeiten machen könne, und in diesem Falle war der Kronprinz bereit, die Kosten aus seiner eigenen Tasche zu bestreiten. Zu einer Vorlage an den Reichstag war aber die kaiserliche Genehmigung notwendig und diese ist vom Kaiser in der Vorwoche, kurz vor seiner Abreise nach Korfu, versagt worden.

Herzog Ernst August zu Braunschweig im Landeszentralgefängnis.

Wolfenbüttel, 26. März. (Eig. Drahtbericht) Herzog Ernst August zu Braunschweig traf gestern in Begleitung des Ministers Wolff in Wolfenbüttel ein, um das Landeszentralgefängnis zu besichtigen. Als er im Gefängnis angekommen war, ließ er 1½ Zentner Wurst an die Gefangenen verteilen und aus einer nahe gelegenen Konditorei Kuchen und Kaffee für die weiblichen Gefangenen holen. Fünf Gefangenen wurde der Rest ihrer Strafe erlassen.

Zur Statthalterfrage.

wb. Karlsruhe, 26. März. Die von dem Berliner Korrespondenten des „Neuen Stuttgarter Tageblattes“ verbreitete Nachricht, der Großherzog von Baden habe dem Kaiser Vorschläge gegen die Ernennung des Staatsministers v. Döllner zum Statthalter der Reichslande mitteilen lassen, beruht nach Informationen an zuverlässiger Stelle vollständig auf Erfindung.

Erziehungs- und Schulgesetz.

wb. Straßburg i. El., 26. März. Die Erste Kammer stimmte heute gleichfalls der Vorlage des Landtags zum 17. November zu und trat dann in die dritte Lesung des Gesetzes ein. Das Mitglied Blumenthal kritisierte einen Entschluß des Oberlehrers, betreffend den Gebrauch der deutschen Sprache in den höheren Schulen, der im Lande Aufsehen und eine gewisse Erregung hervorgerufen habe. Staatssekretär Graf Kipper erwiderte: Der Vorredner hat selbst erklärt, daß er mit dem materiellen Inhalt des Gesetzes im wesentlichen einverstanden sei. Schon das Verordnungsverfahren, die Frage der Examina, zwingt uns, der Praxis der anderen Bundesstaaten zu folgen. Es handelt sich bei diesem Gesetz um ein Interim der Schulverwaltung, und ich kann nur meinem Bedauern darüber Ausdruck geben.

Handelsteil.

Die Kosten des Nahrungsmittelaufwands.

Seit der starken Verteuerung fast sämtlicher Nahrungsmittel, die im Jahre 1911 anschießend an die ungünstigen Ernteverhältnisse in Deutschland einsetzte, hat das Niveau der Lebensmittelpreise keine einschneidende Ermäßigung erfahren. Auch die Senkung der Lebensmittelpreise, die im Februar des laufenden Jahres im Verhältnis zum gleichen Monat des Vorjahres eingetreten ist, reicht immer noch nicht hin, um den Stand der Jahre 1911 und 1912 wiederherzustellen. Die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelstellen auf der Basis einer vierköpfigen Familie berechneten sich auf Grund der Lebensmittelpreisstatistik von ca. 190 deutschen Städten für die nachstehenden Monate durchschnittlich auf Mark:

	1911	1912	1913	1914
Januar	23.50	24.69	26.01	25.57
Februar	23.51	24.83	26.86	25.29
März	23.60	25.18	26.83	—
April	23.80	25.74	26.61	—
Mai	23.72	25.32	26.43	—
Juni	23.97	25.85	26.35	—
August	24.65	26.66	26.93	—
September	24.77	26.63	26.83	—
Oktober	24.88	26.26	26.73	—
November	24.64	26.08	26.58	—
Dezember	24.60	26.03	26.46	—

Dann sind die Haushaltskosten im Berichtsmontat um 0.57 M. gegen den Februar 1913 zurückgegangen; gleichwohl gehen sie noch um 0.46 M. über das Niveau des Jahres 1912 und um 1.68 M. über dasjenige des Jahres 1911 hinaus. Für die nachstehend genannten preussischen Landesteile ergaben sich folgende Indexzahlen in Mark:

	1911	1912	1913	1914
Brandenburg	23.19	24.12	24.87	24.54
Brandenburg	22.58	24.08	25.56	24.96
Sachsen	23.83	24.72	24.57	24.10
Sachsen	24.50	25.88	26.72	26.94
Hannover	23.07	24.55	25.49	25.17
Westfalen	23.04	24.48	26.12	25.69
Hessen-Nassau	24.30	24.72	25.58	25.08
Rheinland	25.49	26.20	27.00	26.47

Sehr hohe Indexzahlen haben noch das Rheinland und die Provinz Sachsen, während in Schlesien und Großberlin die durchschnittlichen Kosten für den Nahrungsmittelaufwand sich auf relativ niedrigem Niveau bewegen. In einigen außerpreussischen Gebieten betragen die Haushaltskosten in Mark:

	1911	1912	1913	1914
Bayern	23.31	24.46	26.11	25.55
Rheinisch-Westfalen	23.75	24.48	25.58	25.18
Württemberg	23.24	24.91	25.33	24.69
Elbe-Lothringen	25.08	26.37	27.34	26.41

Die Ermäßigung der Lebensmittelpreise erstreckt sich also auf sämtliche bezeichneten Provinzen und Landesteile.

Frankfurter Nachbörse.

Frankfurt a. M., 26. März. Kurse von 1¼ bis 2¼ Uhr. Kreditaktien 205½, Disconto-Commandit —, Dresdner Bank 168½, Petersb. Int. Handelsbank 209½, Staatsbahn 155½, Lombarden 21½, Baltimore und Ohio 90½, Schantung 143¼, a 1½, Paketfahrt —, Nordl. Lloyd —, Deutsch-Luxemburger 131 — a 131½, Phoenix 238½ a 239 —, Edison 248 —.

daß ein solches Interim der Schulverwaltung ausbleibend von höheren Beamten in die Zeitungen gebracht worden ist. Diese Übung war mir bisher unbekannt. Wir werden uns das Recht, über das Verhalten der Lehrer innerhalb der Schule zu wachen, nicht nehmen lassen. Ich frage den Herrn Vorredner, aus welchen Worten des Gesetzes er die Folgerung zieht, daß dieser zur Befriedigung der Lehrer untereinander führen kann. Ich habe das volle Vertrauen zu den Herren Direktoren und Lehrern, daß sie den Erfolg richtig verstanden haben und anwenden werden. — In der Nachmittags-Sitzung der Zweiten Kammer begründeten Redner des Zentrums, der Fortschrittlichen und der Liberalen Anträge dahingehend, die Regierung zu ersuchen, sie möge sich dafür verwenden, daß denjenigen Elbst-Verordnungen, welche bis zum Jahre 1890 wegen Verletzung der Wehrpflicht bestraft worden sind, die Strafe, so weit sie nicht bereits verjährbar, verjährt oder erlassen sei, im Hinblick auf die inzwischen verflossene Zeit und die eingetretene Änderung der Verhältnisse in Gnade erlassen werde.

Eine Reise des Grafen Oppersdorff nach Rom.

Berlin, 26. März. (Eig. Drahtbericht) Wie die „Tägl. Rundschau“ erfährt, wird Graf Oppersdorff in nicht ferner Zeit in Rom eintreffen, um in seiner Sache im Gewerkschaftsstreite, die durch den Tod des Kardinals Kopp in Verbindung geraten zu sein scheint, neuerdings vor der Kurie persönlich zu wirken.

Ein zweites Testament des Kardinals Rampolla.

○ Rom, 26. März. (Eig. Drahtbericht) Die Nachforschungen nach einem zweiten Testament des Kardinals Rampolla sind fruchtlos geblieben und nunmehr aufgegeben worden. In der Amtswohnung des Kardinals fand gestern eine Zusammenkunft der am Nachlaß interessierten Personen und ihrer Rechtsbeistände statt, um eine endgültige Verständigung herbeizuführen. Der Vertreter des päpstlichen Stuhles beantragte die Herausgabe aller Briefschaften politischen Charakters, was bewilligt wurde. Die Herzogin von Campobello, die namens ihrer Kinder, die Großneffen und Großnichten des Kardinals sind, Erbsprüche hatte, erklärte hierauf, weitere fruchtlose Nachforschungen nach einem Testament aufzugeben. Der wegen Unterschlagung verhaftete Kammerdiener Rampollas ist vorläufig freigelassen worden.

Ein Fahrwerk von einem Zug überfahren.

wb. Bregenz, 26. März. Gestern abend wurde vor dem Bahnhof Dählöden der Wagen des Bädermeisters Groß aus Beenz von einem Zug überfahren und zertrümmert. Die beiden Pferde wurden 100 Meter weit mitgeschleift, eines geriet unter die Lokomotive und wurde völlig zermalmt. Auf dem Wagen befand sich außer dem Bädermeister der Viehhändler Schmelz aus Dählöden. Beide Männer wurden in schwerverletztem Zustand in dem Zug nach Beenz mitgenommen, wo sie im Krankenhaus eingeliefert wurden. Der Bädermeister erlag bald seinen Verletzungen. An der Unfallstelle befindet sich ein Bahnübergang ohne Schranken.

Schwerer Unglücksfall in einer russischen Gummifabrik.

xx Petersburg, 26. März. (Eig. Drahtbericht) Bei Bereitung einer Salbe, die giftige Gase entwickelte, erkrankten in einer Petersburger Gummifabrik über 200 Arbeiterinnen.

Berliner Nachbörse.

\$ Berlin, 26. März. An der Nachbörse erhielt sich bei ruhigem Verkehr die Befestigung. Lebhafter wurden russische Banken umgesetzt. Industriewerte des Kassamarktes waren geteilt.

	205½	Kanada	211½	Rhein. Stahlw.	159½
Kreditaktien	205½	Orientbahn	200½	Rombach	159½
Hand.-Gesell.	112½	Meridional	—	Pal et al.	140½
Commerzbank	123½	Pennsylvania	—	Hamm-Süd.	183½
Darmstäd. Bank	260½	Henri	156½	Hans-Dampsch	285½
Deutsche Bank	197½	4½-Rosen(1902)	90 —	Lloyd	142½
Disk.-Komm.-B.	158½	Türkische	185 —	Dynamit-Tr.	178½
Dresdner Bank	110½	Amerik.-Friede	181½	Naphtha-Nob.	403 —
Nationalbank	108½	Bochumer	224½	Alf. Teichm.	247½
Schaffhausen	192½	Luxemburg	132 —	Dr. Uebersee	174½
Fein. Int. Hdbk.	143½	Gelsenkirchen	193½	Siemens	—
Loth.-Büchsen	21½	Harpener	183 —	Schuckert	149½
Schienenbahn	—	Hohenlehnw.	120½	Oes. L. elektr.	—
Lombarden	—	Laurahütte	153½	Untern	171½
Anstalt	—	Phönix	239 —	South-Westfr.	118½
Baltimore	90½				

Industrie und Handel.

w. Maschinenbauanstalt Humboldt in Köln-Kalk. In der gestrigen Aufsichtsratssitzung berichtete der Vorstand über den Verlauf des ersten Semesters des Geschäftsjahres 1913/14. Dasselbe zeigt ein befriedigendes Ergebnis, so daß, falls keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, angesichts des in der Höhe des im Vorjahre vorliegenden Auftragsbestandes für das laufende Jahr auf die gleiche Dividende wie im Vorjahre (8 Proz.) gerechnet werden kann.

* Die Syndikatschwierigkeiten in der Zementindustrie. In der Hauptversammlung der Breitenburger Portlandzementwerke äußerte der Vorsitzende, daß über die Zusammenfassung der Breitenburger Werke mit den Zementwerken der Rheinischen Zementwerke heute nur wenig gesagt werden könne, da das Verfahren noch schwebt. Man stehe aber noch im Kampfe; trotzdem brauchten noch nicht alle Hoffnungen aufgegeben zu werden, im Gegenteil, gewisse Einigungsbereitungen seien bis jetzt sogar von Erfolg gewesen, und es sei ein Zusammenarbeiten aller in Frage kommenden Faktoren festzustellen.

Verkehrswesen.

* Die Hamburg-Amerika-Linie stellt nach der „Frankf. Zig.“ ihren Schlepplendienst auf dem Rhein ein und geht mit zwei Rheinschiffen, von denen einer bereits in Fahrt ist, zu einem beschleunigten Dampferdienst über. Die beiden Dampfer führen die Namen „Frankfurt“ und „Mainz“.

* Die Lübeck-Büchener Eisenbahn schlägt die Verteilung von 9 Proz. (i. V. 8½ Proz.) Dividende vor.

Versicherungswesen.

* Bei der Stuttgarter M- und Rückversicherungs-A.-G. war im Monat Februar 1914 in sämtlichen Abteilungen folgende Geschäftsbewegung zu verzeichnen: Versicherungsscheine wurden 1015 ausgestellt; die Versicherungssumme stieg von 874 747 370 M. auf 802 359 872 M., die Jahresprämie von 2 377 456 M. auf 2 410 724 M.

* Schlesische Feuerversicherungsgesellschaft. Aus einem Reingewinn von 1 556 111 M. (i. V. 1 681 969 M.) sollen wieder 45 Proz. Dividende verteilt werden.

* Berlinische Feuerversicherungsgesellschaft. In der Generalversammlung wurde die Dividende auf 7½ Proz. festgesetzt. Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr wurden als günstig bezeichnet.

Weinbau und Weinhandel.

* Trier, 26. März. Die großen Frühjahrsmessungen waren schon bei Eröffnung zahlreich besucht. Der erste Tag erbrachte im ganzen einen Erlös von 14810 M.

Ein großer Teil von ihnen brach plötzlich ohnmächtig zusammen; 10 sind an Vergiftungserscheinungen gestorben. Die männlichen Arbeitsgenossen in der Fabrik veranfaßten daraufhin Barrikaden, indem sie behaupteten, daß die seit langem schon fehlerhaften Fabrikanlagen an dem Unglück schuld seien.

Ein Dampfer in die Luft geflogen.

wb. Honolulu, 26. März. Der den Verkehr zwischen den Inseln vermittelnde Dampfer „Rani“ ist auf der Höhe von Pearl Harbour in die Luft geflogen. Die gesamte, 200 Mann starke Besatzung wurde getötet. Der Dampfer hatte Explosivstoffe an Bord und ging gestern von Honolulu nach Kaula in See. Der Dampfer sank so rasch, daß die Boote nicht ausgelegt werden konnten. Man nimmt an, daß zwischen 30 bis 40 Personen, meist Eingeborene, umgekommen sind. Das Unglück wird nach neueren Meldungen einer Explosion des Kessels zugeschrieben.

22 = Reklamen. = 22

Ein Retter in der Not!

Ich war durch körperliche Ueberanstrengung sehr heruntergekommen und litt an Störungen des Verdauungsapparates. Meine vollständig erschöpften Nerven und „Rusteln“ wieder gekräftigt und das allgemeine Befinden wesentlich gebessert. In Wiesbaden habe ich ein Stärkungsmittel gefunden, auf das ich mich verlassen kann und das jedem Schwachen und Elenden ein Retter in der Not ist. Martha Klabath, Salenfer-Werke, Kronprinzendamm 10. Unterdruckt beglaubigt 7. 11. 18. Dr. Thinius, Kgl. Rat. Wiesbaden, das Patent, mehrere Wochen ausreicht, M. 3.— in Apotheken, Drogerien. P. 1

Für ernährungsbedürftige und leichtere Nerven Kranke. Sommer und Winter besucht. Kuranstalt Hofheim i. T. 1½ Stunde von Frankfurt a. M. Prospekte durch Dr. Schulze-Kahle, Nervenarzt.

Hohenlohe Suppenwürfel ergeben in wenigen Minuten Kochzeit die köstlichsten Suppen. Pilant und fein. 50 Sorten; 2-3 Teller nur 10 Pf.

Alttertüm r.

Kaufe zu hohen Preisen alt römische Porzellan, Kupfer, Silber, Eisen, Alttertüm r., wenn auch in sehr schlechtem Zustand. Off. u. M. 478 an den Tagbl.-Bedr.

Handelsregister Wiesbaden.

In das Handelsregister A. Nr. 1244 wurde eingetragen, daß die unter der Firma „Oscar Siebert Nachf. Titul. u. Ulrich“ mit dem Sitz in Wiesbaden bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst und das Geschäft auf den Kaufmann und Hoflieferant Philipp Ulrich zu Wiesbaden als alleiniger Inhaber übergegangen ist. Letzterer hat die Firma in „Philipp Ulrich, Hoflieferant“, geändert. Die neue Firma ist unter Nr. 1318 der Abteilung A. des Handelsregisters eingetragen.

In das Handelsregister A. Nr. 240 wurde bei der Firma „C. W. Kreidels Verlag“ mit dem Sitz in Wiesbaden eingetragen: Wilhelm Gecks, Verlagsbuchhändler zu Wiesbaden, ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die nunmehrige offene Handelsgesellschaft hat am 16. März 1914 begonnen. Die Prokura des Wilhelm Gecks zu Wiesbaden ist erloschen. Die Gesamtprokura des Ludwig Kling und Hugo Sadowsky zu Wiesbaden bleibt bestehen.

Schiffs-Nachrichten

über Bewegung und Ankunft der Dampfer vom 19. bis 23. März 1914.

Dampfer	Herkunft bzw. Reiseziel	Ankunft bzw. Weiterfahrt
Stoomvaart Maatschappij Nederland Amsterdam.		
Prinses Juliana	auf der Ausreise	am 19. in Singapore.
Vondel	„ „ „	„ 21. in Lissabon.
Vondel	„ „ „	„ 19. von Lissabon.
Groenland	„ „ „	„ 19. von Lissabon.
Timor	„ „ „	„ 20. in Genoa.
Koning d. Nederl.	„ „ „	„ 20. Permin passier.
Atlan	„ „ „	„ 20. in Genoa.
Karimond	„ „ „	„ 20. von Genoa.
Prinses Juliana	„ „ „	„ 21. in Lissabon.
Rembrandt	„ „ „	„ 21. in Lissabon.
Norddeutscher Lloyd in Bremen.		
Hauptagent für Wiesbaden J. Chr. Gießhähle, Wilhelmstraße 53.		
Lothringen	nach Australien	am 21. von Sydney.
Thüringen	„ „ „	„ 21. von Melbourne.
Prinzess Alice	„ „ „	„ 22. in Colombo.
Nordsee	„ „ „	„ 22. von Port Said.
Derfflinger	„ „ „	„ 22. von Aden.
Prinz Eitel-Friedr.	„ „ „	„ 22. in Kobe.
Berlin	„ „ „	„ 22. von Gibraltar.
Gaußmann	„ „ „	„ 23. in Genoa.
Tübingen	„ „ „	„ 23. in Yokohama.
Prinz Heinrich	„ „ „	„ 23. in Marseille.
Pr.-Reg. Luise	„ „ „	„ 23. in Alexandria.
Holland-Amerika-Linie.		
Passage- und Reisebureau Jörn & Schottenfels, Hotel Nassau.		
Matavia	nach Baltimore	am 22. v. Ponta Delgada.
President Lincoln	nach New York	„ 22. von Southampton.
Antonina	„ „ „	„ 21. in Hamburg.
Sibiria	nach Jamaika	„ 21. in Ponta Delgada.
Steinwald	nach Mexiko	„ 21. in Havana.
Macdonald	„ „ „	„ 22. in Patagonien.
Nassau	nach New York	„ 22. von Victoria.
Sudmark	nach Tsingtau	„ 22. von Hongkong.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 16 Seiten und die Beilage „Der Roman“.

Vertheilung: H. Geyersdorf

Gesamtheit für den politischen Teil: H. Geyersdorf, für den literarischen Teil: H. Geyersdorf, für den sportlichen Teil: H. Geyersdorf, für den wissenschaftlichen Teil: H. Geyersdorf, für den künstlerischen Teil: H. Geyersdorf, für den historischen Teil: H. Geyersdorf, für den geographischen Teil: H. Geyersdorf, für den ethnographischen Teil: H. Geyersdorf, für den zoologischen Teil: H. Geyersdorf, für den botanischen Teil: H. Geyersdorf, für den mineralogischen Teil: H. Geyersdorf, für den geologischen Teil: H. Geyersdorf, für den meteorologischen Teil: H. Geyersdorf, für den astronomischen Teil: H. Geyersdorf, für den physikalischen Teil: H. Geyersdorf, für den chemischen Teil: H. Geyersdorf, für den medizinischen Teil: H. Geyersdorf, für den juristischen Teil: H. Geyersdorf, für den theologischen Teil: H. Geyersdorf, für den philosophischen Teil: H. Geyersdorf, für den pädagogischen Teil: H. Geyersdorf, für den psychologischen Teil: H. Geyersdorf, für den soziologischen Teil: H. Geyersdorf, für den ökonomischen Teil: H. Geyersdorf, für den politischen Teil: H. Geyersdorf, für den literarischen Teil: H. Geyersdorf, für den sportlichen Teil: H. Geyersdorf, für den wissenschaftlichen Teil: H. Geyersdorf, für den künstlerischen Teil: H. Geyersdorf, für den historischen Teil: H. Geyersdorf, für den geographischen Teil: H. Geyersdorf, für den ethnographischen Teil: H. Geyersdorf, für den zoologischen Teil: H. Geyersdorf, für den botanischen Teil: H. Geyersdorf, für den mineralogischen Teil: H. Geyersdorf, für den geologischen Teil: H. Geyersdorf, für den meteorologischen Teil: H. Geyersdorf, für den astronomischen Teil: H. Geyersdorf, für den physikalischen Teil: H. Geyersdorf, für den chemischen Teil: H. Geyersdorf, für den medizinischen Teil: H. Geyersdorf, für den juristischen Teil: H. Geyersdorf, für den theologischen Teil: H. Geyersdorf, für den philosophischen Teil: H. Geyersdorf, für den pädagogischen Teil: H. Geyersdorf, für den psychologischen Teil: H. Geyersdorf, für den soziologischen Teil: H. Geyersdorf, für den ökonomischen Teil: H. Geyersdorf, für den politischen Teil: H. Geyersdorf, für den literarischen Teil: H. Geyersdorf, für den sportlichen Teil: H. Geyersdorf, für den wissenschaftlichen Teil: H. Geyersdorf, für den künstlerischen Teil: H. Geyersdorf, für den historischen Teil: H. Geyersdorf, für den geographischen Teil: H. Geyersdorf, für den ethnographischen Teil: H. Geyersdorf, für den zoologischen Teil: H. Geyersdorf, für den botanischen Teil: H. Geyersdorf, für den mineralogischen Teil: H. Geyersdorf, für den geologischen Teil: H. Geyersdorf, für den meteorologischen Teil: H. Geyersdorf, für den astronomischen Teil: H. Geyersdorf, für den physikalischen Teil: H. Geyersdorf, für den chemischen Teil: H. Geyersdorf, für den medizinischen Teil: H. Geyersdorf, für den juristischen Teil: H. Geyersdorf, für den theologischen Teil: H. Geyersdorf, für den philosophischen Teil: H. Geyersdorf, für den pädagogischen Teil: H. Geyersdorf, für den psychologischen Teil: H. Geyersdorf, für den soziologischen Teil: H. Geyersdorf, für den ökonomischen Teil: H. Geyersdorf, für den politischen Teil: H. Geyersdorf, für den literarischen Teil: H. Geyersdorf, für den sportlichen Teil: H. Geyersdorf, für den wissenschaftlichen Teil: H. Geyersdorf, für den künstlerischen Teil: H. Geyersdorf, für den historischen Teil: H. Geyersdorf, für den geographischen Teil: H. Geyersdorf, für den ethnographischen Teil: H. Geyersdorf, für den zoologischen Teil: H. Geyersdorf, für den botanischen Teil: H. Geyersdorf, für den mineralogischen Teil: H. Geyersdorf, für den geologischen Teil: H. Geyersdorf, für den meteorologischen Teil: H. Geyersdorf, für den astronomischen Teil: H. Geyersdorf, für den physikalischen Teil: H. Geyersdorf, für den chemischen Teil: H. Geyersdorf, für den medizinischen Teil: H. Geyersdorf, für den juristischen Teil: H. Geyersdorf, für den theologischen Teil: H. Geyersdorf, für den philosophischen Teil: H. Geyersdorf, für den pädagogischen Teil: H. Geyersdorf, für den psychologischen Teil: H. Geyersdorf, für den soziologischen Teil: H. Geyersdorf, für den ökonomischen Teil: H. Geyersdorf, für den politischen Teil: H. Geyersdorf, für den literarischen Teil: H. Geyersdorf, für den sportlichen Teil: H. Geyersdorf, für den wissenschaftlichen Teil: H. Geyersdorf, für den künstlerischen Teil: H. Geyersdorf, für den historischen Teil: H. Geyersdorf, für den geographischen Teil: H. Geyersdorf, für den ethnographischen Teil: H. Geyersdorf, für den zoologischen Teil: H. Geyersdorf, für den botanischen Teil: H. Geyersdorf, für den mineralogischen Teil: H. Geyersdorf, für den geologischen Teil: H. Geyersdorf, für den meteorologischen Teil: H. Geyersdorf, für den astronomischen Teil: H. Geyersdorf, für den physikalischen Teil: H. Geyersdorf, für den chemischen Teil: H. Geyersdorf, für den medizinischen Teil: H. Geyersdorf, für den juristischen Teil: H. Geyersdorf, für den theologischen Teil: H. Geyersdorf, für den philosophischen Teil: H. Geyersdorf, für den pädagogischen Teil: H. Geyersdorf, für den psychologischen Teil: H. Geyersdorf, für den soziologischen Teil: H. Geyersdorf, für den ökonomischen Teil: H. Geyersdorf, für den politischen Teil: H. Geyersdorf, für den literarischen Teil: H. Geyersdorf, für den sportlichen Teil: H. Geyersdorf, für den wissenschaftlichen Teil: H. Geyersdorf, für den künstlerischen Teil: H. Geyersdorf, für den historischen Teil: H. Geyersdorf, für den geographischen Teil: H. Geyersdorf, für den ethnographischen Teil: H. Geyersdorf, für den zoologischen Teil: H. Geyersdorf, für den botanischen Teil: H. Geyersdorf, für den mineralogischen Teil: H. Geyersdorf, für den geologischen Teil: H. Geyersdorf, für den meteorologischen Teil: H. Geyersdorf, für den astronomischen Teil: H. Geyersdorf, für den physikalischen Teil: H. Geyersdorf, für den chemischen Teil: H. Geyersdorf, für den medizinischen Teil: H. Geyersdorf, für den juristischen Teil: H. Geyersdorf, für den theologischen Teil: H. Geyersdorf, für den philosophischen Teil: H. Geyersdorf, für den pädagogischen Teil: H. Geyersdorf, für den psychologischen Teil: H. Geyersdorf, für den soziologischen Teil: H. Geyersdorf, für den ökonomischen Teil: H. Geyersdorf, für den politischen Teil: H. Geyersdorf, für den literarischen Teil: H. Geyersdorf, für den sportlichen Teil: H. Geyersdorf, für den wissenschaftlichen Teil: H. Geyersdorf, für den künstlerischen Teil: H. Geyersdorf, für den historischen Teil: H. Geyersdorf, für den geographischen Teil: H. Geyersdorf, für den ethnographischen Teil: H. Geyersdorf, für den zoologischen Teil: H. Geyersdorf, für den botanischen Teil: H. Geyersdorf, für den mineralogischen Teil: H. Geyersdorf, für den geologischen Teil: H. Geyersdorf, für den meteorologischen Teil: H. Geyersdorf, für den astronomischen Teil: H. Geyersdorf, für den physikalischen Teil: H. Geyersdorf, für den chemischen Teil: H. Geyersdorf, für den medizinischen Teil: H. Geyersdorf, für den juristischen Teil: H. Geyersdorf, für den theologischen Teil: H. Geyersdorf, für den philosophischen Teil: H. Geyersdorf, für den pädagogischen Teil: H. Geyersdorf, für den psychologischen Teil: H. Geyersdorf, für den soziologischen Teil: H. Geyersdorf, für den ökonomischen Teil: H. Geyersdorf, für den politischen Teil: H. Geyersdorf, für den literarischen Teil: H. Geyersdorf, für den sportlichen Teil: H. Geyersdorf, für den wissenschaftlichen Teil: H. Geyersdorf, für den künstlerischen Teil: H. Geyersdorf, für den historischen Teil: H. Geyersdorf, für den geographischen Teil: H. Geyersdorf, für den ethnographischen Teil: H. Geyersdorf, für den zoologischen Teil: H. Geyersdorf, für den botanischen Teil: H. Geyersdorf, für den mineralogischen Teil: H. Geyersdorf, für den geologischen Teil: H. Geyersdorf, für den meteorologischen Teil: H. Geyersdorf, für den astronomischen Teil: H. Geyersdorf, für den physikalischen Teil: H. Geyersdorf, für den chemischen Teil: H. Geyersdorf, für den medizinischen Teil: H. Geyersdorf, für den juristischen Teil: H. Geyersdorf, für den theologischen Teil: H. Geyersdorf, für den philosophischen Teil: H. Geyersdorf, für den pädagogischen Teil: H. Geyersdorf, für den psychologischen Teil: H. Geyersdorf, für den soziologischen Teil: H. Geyersdorf, für den ökonomischen Teil: H. Geyersdorf, für den politischen Teil: H. Geyersdorf, für den literarischen Teil: H. Geyersdorf, für den sportlichen Teil: H. Geyersdorf, für den wissenschaftlichen Teil: H. Geyersdorf, für den künstlerischen Teil: H. Geyersdorf, für den historischen Teil: H. Geyersdorf, für den geographischen Teil: H. Geyersdorf, für den ethnographischen Teil: H. Geyersdorf, für den zoologischen Teil: H. Geyersdorf, für den botanischen Teil: H. Geyersdorf, für den mineralogischen Teil: H. Geyersdorf, für den geologischen Teil: H. Geyersdorf, für den meteorologischen Teil: H. Geyersdorf, für den astronomischen Teil: H. Geyersdorf, für den physikalischen Teil: H. Geyersdorf, für den chemischen Teil: H. Geyersdorf, für den medizinischen Teil: H. Geyersdorf, für den juristischen Teil: H. Geyersdorf, für den theologischen Teil: H. Geyersdorf, für den

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung.

Verlag und Redaktion: Nikolaistraße 11. Filiale: Mauritiusstraße 12.

158 Morgen-Ausgabe.

Freitag, 27. März 1914.

68. Jahrgang.

Tageschau.

Die der „Temps“ meldet, soll in Durazzo (Albanien) völlige Anarchie herrschen und das Kriegsrecht proklamiert sein.

Der Reichstag hat gestern die Wahl des konservativen Abg. Doersch (Stendal-Dierburg) mit 176 gegen 149 Stimmen für ungültig erklärt.

Aus Paris wird gemeldet, daß Präsident Poincaré bei einem Bankett eine beachtenswerte Rede auf die Armee gehalten habe.

Anarchie in Albanien?

Aus Paris meldet der Draht: Der „Temps“ meldet, daß in Durazzo vollkommene Anarchie herrscht. Das Kriegsrecht soll in Durazzo proklamiert sein. Das Fürstenpaar von Albanien kann das Palais nicht verlassen.

Als dem Prinzen Wilhelm zu Wien die Krone des neuen Albaniens von den Großmächten angeboten worden war, ging das Gerücht, daß der Prinz wenig Lust zeigte, dem „Ruf“ Folge zu leisten, und in der Hauptsache seine Gemahlin, die Prinzessin zu Wien, es gewesen sein soll, die ihn veranlaßt habe, dem Wunsch der Mächte zuzustimmen und die Herrscherwürde über Albanien anzunehmen. Die wohlwollende Unterstützung der Großmächte, nicht zum wenigsten in pekuniärer Hinsicht, tat ein Uebriges, und so zog der neue Fürst von Albanien vor wenigen Wochen in seine Residenz Durazzo ein. Es war eine dornenvolle Aufgabe, die der Fürst in dem Lande der aus allerlei Nationen zusammengewürfelten Bevölkerung hatte, und obendrein traf der neue Landesherr beim Betreten der albanischen Küste eine besorgniserregende Gärung im Süden seines Landes an. Die dort ansässigen griechischen Epitoten wollten nichts wissen von der ihnen aufgezwungenen albanischen Herrschaft, und schon mehrfach haben kleinere Gefechte zwischen diesen griechischen Freischärlern und den Albanern stattgefunden. Gerade in den letzten Tagen wurden Meldungen verbreitet, daß sich die Lage im Süden Albaniens verschärfe, und der neue Herrscher, dem noch andere Schwierigkeiten im Lande bevorstehen, zumal die Kabinettsbildung immer noch nicht endgültig zustande gekommen ist, sah sich schließlich gezwungen, ernstlich den Gedanken zu erwägen, mit aller Entschiedenheit gegen die Aufständischen im Süden vorzugehen, um Ruhe und Ordnung im Lande herzustellen.

Nun plötzlich kommt aus Paris die überraschende Meldung, daß in Durazzo, der Residenz des Fürstenpaares, völlige Anarchie herrsche und das Kriegsrecht proklamiert sei. Der 1. April ist noch zu fern, als daß sich der „Temps“ einen Scherz erlauben könnte. Einzelheiten über die Ursache der Anarchie fehlen noch und es wäre zu wünschen, daß sich die Nachricht des „Temps“, der ja gern etwas voreilig ist, als irrig, oder wenigstens als nicht so gefährdend erweisen würde. Daß die Anarchie in Durazzo, dessen Bevölkerung dem neuen Herrscherpaar erst kürzlich begeisterte Ovationen gebracht hat, mit den Unruhen im Süden des Landes in Zusammenhang stehen könnte, ist nicht anzunehmen. Es wäre bedauerlich, wenn der neue Fürst sich noch größeren Schwierigkeiten in seinem Lande gegenüber fände, als es schon bisher der Fall war. Nach der Nachricht des „Temps“, daß es dem Fürstenpaar unmöglich sei, das „Palais“ zu verlassen, hat es den Anschein, als ob auch dem Leben des Herrschers Gefahr drohe. Es wäre auch die Anleihe, das schöne Geld der Großmächte, wahrscheinlich unwiederbringlich verloren, falls der Fürst — immer vorausgesetzt, daß sich die Pariser Depesche bestätigen sollte — gezwungen werden sollte, nach nur kurzer „Herrschaft“ den albanischen Boden wieder zu verlassen. Es gibt noch so mancherlei Gründe, die es als höchst wünschenswert erscheinen lassen, daß die „Temps“-Meldung auf einem Irrtum beruht, denn nach einem neuen Akt des Balkandramas hat wohl kein Mensch mehr Verlangen. Hoffen wir darum, daß die Nachricht von einer „Anarchie“, die ausgerechnet am Geburtstag des Fürsten Wilhelm in Durazzo ausgebrochen sein soll, sich in eine Meldung von „Aufstandskundgebungen“ anläßlich des Festtages umwandeln wird.

Die japanischen Gerichte und die Ausländer.

Von unserem Korrespondenten.

Es scheint den Europäern nun einmal unmöglich zu sein, sich in die seit einigen Jahrzehnten geänderte Lage der Dinge zu schiden und Japan als ein gleichwertiges Staatswesen zu betrachten. Wenigstens die in Japan lebenden Ausländer und ihre Presse lassen keine Gelegenheit vorübergehen, den Japanern in mehr als deutlicher Sprache ihre Minderwertigkeit vorzuhalten. So oft noch

ein Europäer sich ein Versehen oder ein Verbrechen zuschulden kommen ließ, das ihn mit dem hiesigen Gesetz in Konflikt brachte, erleben wir die alte Geschichte: mit einer Einmütigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, kritisiert die in englischer und deutscher Sprache hier erscheinende Presse das Vorgehen der japanischen Gerichte und versucht, Japan vor der Welt als ein in jeder Beziehung zurückgebliebenes Land hinzustellen. Trotzdem der unbefangene Beurteiler zugeben muß, daß die japanischen Gerichtshöfe gerade dem schuldigen Ausländer gegenüber die Milde in der Regel bis zur äußersten Grenze des Erlaubten treiben, trotzdem gerade Ausländern gegenüber von dem Vergnügungsrechte des Mitado ausgebliebener Gebrauch gemacht wird, trotzdem die japanischen Behörden dem Auslande jede Rücksicht entgegenbringen, die sich nur irgend mit der Gerechtigkeit dem eigenen Volke gegenüber vereinbaren läßt, Herrmann, der Direktor der Tokioer Siemens-Schubertwerke wird unter dem schweren Verdacht der Bestechung hoher Offiziere und der absichtlichen Fälschung von Beweismaterial verhaftet. Sofort schießt sich die hiesige europäische Presse herein, sich für den Mann, für dessen Unschuld sie keinerlei Beweise in Händen hat, mit einem bewundernswürdigen Eifer einzusetzen. Nichts an der Behandlung Herrmanns durch die japanischen Behörden ist ihr recht. In allem mittert sie einen hinterlistigen Angriff auf den Ausländer als solchen. Da ist die Verpfehlung des Untersuchungsrichters eine ungenügende, da verüßt es gegen die einen „Ehrenmann“ schuldige Hochachtung, daß man ihn im Selbstwagen vom Gefängnis ins Gerichtshaus transportiert, ja sogar mit Demonstrationen im Jahre der Kaiserkrönung wird offen gedroht. Und Japan schweigt und lebt den unter so schwerer Anklage stehenden Mann wirklich auf freien Fuß, gegen eine winzige Kaution, trotzdem seine Verhaftung wegen Vernichtung von Beweismaterial erfolgte, trotzdem der zweite Direktor der Firma, Wilhelm, das Land fluchtartig verlassen hat.

Die Untersuchung gegen den zweiten verhafteten Europäer, den Engländer Poolen (Meisters Korrespondent), ist noch nicht zu Ende geführt. Die schwere Anklage lautet auf Erpressungsversuch an der Firma Siemens-Schubert, der er mit Verschleierung der ihm von Karl Richter verkauften Papiere im Nichtbezugsfalle einer bestimmten Summe drohte. Man sollte meinen, daß sich die europäische Presse von diesem Gerichten wenigstens solange zurückziehen würde, bis der schwere Verdacht eines gemeinen Verbrechens von ihm als unhaltbar dargelegt ist. Keineswegs!

Seit Wochen wird in allen Tonarten über die „brutale“ Behandlung des dem „Zusammenbrüche nahen“ Mannes geleistet. Die Vorhaft wird zum Beistand aufgerufen. Und einem Abgesandten der Vorhaft gegenüber rühmt Poolen selbst die zuvorkommende Behandlung, die ihm seitens der japanischen Behörden zuteil wird! Tut nichts. Dann ist eben die Verhaftung selbst eine Brutalität, und die englischen „Daily News“ halten es für vereinbarlich mit der Würde eines großen Volkes, ihrem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß „Mr. Poolen im geheimen (!) einem barbarischen (!) Gesetze ausgeliefert“ werde. Freilich, den „Daily News“ darf man kaum Vorwürfe machen, denn sie schreiben schließlich nur, was ihnen von angeblich wohlinformierter Seite zugeht. Wären Herrmann und Poolen unter gleichen Umständen in Preußen bzw. in England auf freien Fuß gesetzt worden? Es ist mehr als fraglich. Sicher aber ist, daß kein Mensch sich über ihre verlängerte Untersuchungshaft aufzuhalten hätte, wäre diese von einem deutschen oder englischen Gerichtshof für auf befunden worden. Und sicher ist auch, daß kein deutscher oder englischer Gerichtshof auch nur einen Finger breit zurückgewichen wäre und sich eine Entlastung der Untersuchungs-Gefangenen hätte abnötigen lassen.

Japan, das selbst heute, nach dem russischen Kriege, immer noch den ardhien Wert darauf legt, von den übrigen Großmächten nicht als rückständig betrachtet zu werden, Japan, das Herrmann auf freien Fuß und wird Poolen daselbst Entgegenkommen bewiesen. Die hiesige Ausländer-Presse sollte sich aber doch endlich das Erwachen ins Gedächtnis rufen: Man schreie gepannt, zerbricht der Bogen! Sie sollte endlich aufhören, bei den japanischen Behörden durch Drohungen und Beschuldigungen („Japan barbarische Gesetze“) um jeden Preis ihr Ziel erreichen zu wollen. Denn es könnte die Zeit kommen, wo das Selbstgefühl der Japaner stark genug ist, um derartige Beschuldigungen mit einem Achselzucken abzuweisen und den gegen das japanische Gesetz verstoßenden Ausländer genau so zu behandeln wie den schuldigen Eingeborenen. Den Schaden werden letzten Endes die Ausländer zu tragen haben.

Russische Maßnahmen gegen die deutsche Landwirtschaft.

Kurze Zeit nach dem Besuche des russischen Ministerpräsidenten in Berlin wurde bekanntgegeben, daß die russische Regierung die Abwanderung von Landarbeitern nach Deutschland sperren würde, falls das Einfuhrsystem hier weiterhin anfechtbar wäre. Es wurden sogar alsbald die Grundzüge eines Gesetzesentwurfs veröffentlicht, der strenge Kontrollmaßnahmen für die Abwanderung enthielt und ohne weiteres dem beabsichtigten Zweck gerecht werden konnte. In der deutschen Landwirtschaft waren nach den Ermittlungen der Deutschen Feldarbeiterzentrale im Jahre 1911/12 mindestens 275 000 und 1912/13 sogar über 280 000 russische Wanderarbeiter beschäftigt, vornehmlich auf den großen Gütern, die neben Zuckerrohrbau hauptsächlich Körnerproduktion betreiben. Es liegt auf der Hand, daß der Ausfall der russischen landwirtschaftlichen

Arbeiter für die deutsche Landwirtschaft von unabsehbarer folgenreicher Bedeutung wäre, um so mehr, da sich keine Möglichkeit bietet, ihn durch verstärkte Bezüge von Arbeitern aus Oesterreich oder anderen Nachbarländern zu ersetzen. Freilich haben 1912/13 noch etwa 117 000 österreichische Saisonarbeiter, sowie 15 000 aus anderen Ländern in unserer Landwirtschaft Beschäftigung gefunden, aber erfahrungsgemäß erweist es sich als sehr schwierig, diese Zahlen zu erhöhen, weil die landwirtschaftlichen Löhne auch in den Nachbarländern kräftig in die Höhe gegangen sind.

Bleisch war befürchtet worden, daß die russische Drohung, die Abwanderung der Landarbeiter nach Deutschland zu erschweren oder gar unmöglich zu machen, schon für das laufende Erntejahr in die Tat umgesetzt werden würde. Davon hat man aber in Russland Abstand genommen, wohl mit Rücksicht auf den Umstand, daß eine solche Maßnahme mit dem geltenden Handelsvertrage schwerlich in Einklang zu bringen wäre. Sicherlich wird aber die russische Regierung bei der bevorstehenden Neuverhandlung des Handelsvertrages die Landarbeiterfrage wieder anstellen, falls die deutsche Reichsregierung sich nicht dazu entschließen sollte, die durch das Einfuhrsystem bedingten vertriehen Getreideausfuhrprämien zu beseitigen. Welche Bedeutung Russland unteren Einfuhrzöllen beilegt, mag man daraus ermessen, daß es zurzeit auf beilehnte Erhebung einer Zollvorlage bedacht ist, wonach an Stelle der bisherigen Zollfreiheit für die Getreideinfuhr recht beträchtliche Zölle treten sollen. Diese Maßnahme richtet sich lediglich gegen die deutsche Getreide- und insbesondere Roggeninfuhr. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß damit der deutschen Getreideinfuhr der Weg nach Russland versperrt ist. Das Interesse Russlands an den deutschen Einfuhrzöllen würde sich danach auf den Absatz im Auslande beschränken, an dem Russland als größter Absatzmarkt der Welt beteiligt ist. Wie es hier sein Getreide dem deutschen, durch Einfuhrzölle begünstigten Wettbewerb zu machen will, steht noch dahin. Deutschland wird jedenfalls unter den obwaltenden Verhältnissen gezwungen sein, mit einem ziemlich beträchtlichen Teile seiner Roggeninfuhr — 25 bis 35 v. H. der Gesamtinfuhr — an Stelle des bisherigen Exportes nach Russland andere Absatzgebiete zu erobern, eine Aufgabe, deren Lösung einige Verlegenheiten bereiten dürfte. Im Hinblick auf die vorläufigen Saatensandverträge aus allen großen Getreideerzeugungsländern der Erde erscheint es gegenwärtig keineswegs ausgeschlossen, daß wir im laufenden Jahre mit einer weiteren Ermäßigung der Preise für Brotgetreide in Deutschland zu rechnen haben, woran die russischen Zollmaßnahmen nicht ganz unschuldig wären. Die großen deutschen Getreidemärkte haben bereits begonnen, den veränderten Verhältnissen bis zu einem gewissen Grade Rechnung zu tragen.

Die soziale Fürsorge des Kaisers.

Die sozialpolitisch sehr interessante Renovation des Kaisers, deren seiner Cabinen Landarbeiter mit 1000 Mark zu versehen, bildet nur ein weiteres Glied in der Kette der vorbildlichen sozialen Fürsorgemaßnahmen des Monarchen für die Arbeiterklasse auf seinen Besitzungen. Gerade die bemerkenswerte jüngste Maßnahme Kaisers Wilhelm gibt erwünschte Gelegenheit, auf die großartige, wahrhaft musterhafte Art seiner Fürsorgepolitik, soweit sie seine Arbeiterklasse anbelangt, hinzuweisen. Es liegt dem Kaiser vor allem am Herzen, seinen Arbeitern nicht nur leistungsfähige, sondern auch gesunde, überaus in seinen Musteranlagen leuchtet als Grundgedanke Hygiene und Zweckmäßigkeit hervor. Es ist ein wahres Vergnügen, sich daraufhin die Landhausanlagen anzusehen, die der Kaiser seinen Landarbeitern erbaut hat. In Rominten beispielsweise ist eine ganze Landhauskolonie entstanden, die durch aus dem Eindruck einer reizenden Villenkolonie im norwegischen Stil hinterläßt. Alle diese Häuser präsentieren sich von innen und außen in so schmutzigen Gewande und entsprechen so sehr allen Anforderungen moderner Wohnhausanlage, daß hier kaum noch Wünsche unerfüllt bleiben. Aber damit nicht genug, hat der Kaiser für die Kinder seines Arbeiterpersonals Schulhausanlagen errichtet, deren Zweckmäßigkeit und wohlgefallenes Aussehen als vorbildlich für den ländlichen Schulbau überhaupt bezeichnet werden darf. Auch die geistige Anregung, die Fortbildung der Arbeiter, stehen den angelegten Arbeiter-Tagelöhner- und Bibliotheken zur Verfügung, die eine Ausweitung des Bestandes an den geistigen Schätzen aller Völker bieten. Daneben hat der Monarch Lichtbildapparate mit allem Zubehör für sein Gutspersonal angekauft, die ihnen an langen Winterabenden erwünschte Unterhaltung und Zerstreuung bieten sollen. Daß aber dem Kaiser das gesundesittliche Wohlergehen seiner Leute über alles geht, ist aus folgenden bezeichnenden kleinen Zügen wohl zu erkennen: überall da, wo es an einer zweckentsprechenden Badevorrichtung mangelt, hat der Kaiser seinen Leuten einen Apparat überweisen lassen, der zunächst den Eindruck eines Küchenfasses macht, und auch als solcher zu verwenden ist, aber innerhalb weniger Minuten in eine regelrechte Badewanne durch eine Umklappvorrichtung umzuwandeln ist und bequem gefüllt und entleert werden kann.

Prinz Heinrich über seine Amerikareise.

Prinz Heinrich von Preußen hat bei dem Aufenthalt des Dampfers „Kap Trafalgar“ in Southampton die Vertreter der Presse, die sich an seiner Begleitung an der Küste des Dampfers eingefunden hatten, empfangen und sich ihnen gegenüber in sehr abfälliger Form über Zweck und Ziel seiner Reise nach Südamerika ausgesprochen.

Schon vor Antritt der Prinzenreise mußte man bereits, daß die Südamerikafahrt des Bruders des deutschen Kaisers keinerlei politische Hintergründe habe. Allgemein war als Zweck der Fahrt lediglich die Erholung und Zerstreuung des prinzipaliter Maeres angegeben. Wer aber die gründliche, durchaus nicht an Oberflächlichkeit haftende Art des Prinzen Heinrich kannte, war sich von vornherein darüber klar, daß es nicht seinen Woffstogenheiten entspräche, eine solche große Reise ohne tiefere Beweggründe zu unternehmen. Und wie den Prinzen bei seiner ersten Amerika-reise nach den Vereinigten Staaten letzten Endes das Ver-fahren leitete, zum Nutzen des deutschen Handels und der Interessen des Reiches mit offenen Augen zu sehen und zu lernen, so darf man auch jetzt als gewiß annehmen, daß die Südamerikareise des Prinzen Heinrich nicht zuletzt von dem Bunde diktiert war, durch eigenen Augenschein sich von den Fortschritten der lateinischen Republiken zu über-zeugen, und durch das Gewiß seiner Verlässlichkeit die Bande zwischen der deutschen und der südamerikanischen Handelswelt enger zu gestalten.

Ganz klar geht dies aus der humoristischen Aeußerung des Prinzen in Southampton hervor, in der er sich als „Commiss Voyageur“ bezeichnete und erklärte, alles zu tun, was in seinen Kräften stünde, um die deutschen Handels-interessen in Südamerika zu fördern. Prinz Heinrich als „Commiss Voyageur“ der deutschen Handelswelt! So ver-ständlich und ungewöhnlich uns diese Selbstbezeichnung des Bruders des deutschen Kaisers anmutet, so sicher liegt sie in der Form gewählt war, so sicher liegt in ihr der Schlüssel zu den inneren Motiven der Südamerikafahrt. Das Angenehme wird mit dem Nützlichen verbunden, neben der Erholung und Zerstreuung fordert die Be-lehrung, die Erweiterung der Kenntnisse ihr Recht. Gerade darum ist man berechtigt, dem Ausgange dieser Prinzen-reise mit besonderen Erwartungen entgegenzusehen, kann sich doch der deutsche Handel keinen tatkräftigeren För-derer seiner Interessen in dem für uns als Absatzgebiet außerordentlich zukunftsreichen Südamerika wünschen als den Großadmiral unserer Flotte, den Bruder des deutschen Kaisers. Daß der Besuch des Prinzenpaares erheblich dazu beitragen wird, das Verhältnis der Auslandsdeutschen in Südamerika zur Heimat noch inniger und fester aus-zugehen, ist eine mindestens ebenso erfreuliche Hoffnung, die man an den Prinzenbesuch knüpfen darf.

Kurze politische Nachrichten.

Die Budgetkommission des Reichstags

hat gestern mit Zustimmung des Staatssekretärs des Aus-wärtigen und gegen die Konfervativen eine Resolution an-genommen, nach der in Zukunft die Ernennung zum Lega-tionssekretär oder Vizekonsul von dem Bestehen einer gleichartigen Prüfung abhängig gemacht wird, die Völker-recht, deutsche und auswärtige Volkswirtschaft, Colonial-wissenschaft, Geschichte und Sprachkunde umfaßt.

Englisch-französische Abmachungen.

Der Pariser „Excelsior“ veröffentlicht eine Unterredung seines Londoner Korrespondenten mit einem der hervor-ragendsten englischen Staatsmänner, dessen Name geheim gehalten wird. Es kann sich jedoch nur um Lord Roberts handeln. Der Staatsmann äußerte sich über die getroffene militärische Verständigung zwischen der englischen und der französischen Regierung und ließ durchblicken, daß tatsächlich derartige Abmachungen zwischen den beiden Regierungen getroffen worden sind. Die französische Regierung ver-öffentlichet nur aus dem Grunde nichts Genaues darüber, weil sie der englischen Regierung keine Ungelegenheiten mit der mächtigen englischen Arbeiterpartei im eigenen Lande bereiten will.

Eine Bankettrede auf die Armee.

Man meldet aus Paris: Präsident Poincaré hielt bei einem Bankett der Militärpresse eine Rede, in der er u. a. ausführte: Sie sind dazu da, darüber zu machen, daß die Armee ihre stille Aufgabe mit dem einmütigen Bei-stand der öffentlichen Meinung vollenden kann. Sie wissen, daß Frankreich in dem gegenwärtigen Zustand eine starke und selbstgezügte Armee braucht, um im Frieden seine Rechte und seine Ehre aufrecht zu erhalten. Das ist unsere Kraft, der wir die Achtung verdanken.

Basri Bey begnadigt.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Der frühere Deputierte Basri Bey, der Mitte Februar wegen Teil-nahme an der Verschwörung gegen Mahmud Schewket zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt wurde, ist jetzt be-gnadigt worden. Diese Begnadigung bedeutet ein Züge-händnis an die Niederlande, in deren hiesiger Gesellschaft Basri seinerzeit widerrechtlich verhaftet wurde.

Der Sturz von der Höhe.

Original-Erzählung von Fritz Michel - Mainz.

(7. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Das ist eine schwere Beschuldigung, Mutter, die doch erst bewiesen werden mußte!“ entgegnete Felix, sehr eben-falls in Erregung geratend.

„Den Beweis kann ich Dir klipp und klar erbringen, Felix — frage Martha!“ Frau Tauber deutete auf das hinhin zur Seite stehende Mädchen, das während ihren Er-öffnungen vergeblich versucht hatte, sie durch abmahnende Geberden zum Schweigen zu veranlassen.

„Um Himmelswillen, Tante, lassen Sie doch die unglück-seligen Geschäfte begraben sein!“ sagte Martha sehr mit be-sonderer Stimme. „Hätte ich geahnt, daß Sie von meiner vertraulichen Mitteilung jemals diesen Gebrauch machen, dann würde ich niemals —“

„Du wirst mir verzeihen, wenn ich indiskret bin!“ unterbrach die alte Dame die Sprecherin. „Aber Du wirst auch einsehen, daß mich die Verhältnisse zur Indiskretion zwingen! Es handelt sich um das Glück meines Einzigen! Ich kann Dich nicht zwingen, Felix, das gegenüber zu wie-derholen, aber Du wirst mir in einer vertraulichen Stunde mit-teilen, was Du mir erlaubst, daß ich ihm klaren Wein einfließen!“ Du weißt, fuhr sie dann zu dem Sohne gewendet fort, daß Martha schon seit Jahren in der Fa-milie Mangold verkehrt und daß sie an der alten Frau Mangold eine mütterliche Freundin gefunden hat. Als der hoffnungsvolle Sohn des Hauses damals freiwillig aus dem Leben schied, hat Martha die verzweifelte Mutter zu trösten gesucht und hat bei dieser Gelegenheit den Brief gelesen, den Fritz Mangold an seine Eltern gerichtet hat, ehe er sich totschuß. In diesem Briefe stand ausdrücklich, daß Helene Hellborn dem Tode die zuverlässigste Hoffnung auf ihre Hand gemacht hatte, daß sie ihn aber abgewies, als ein an-derer, der reiche Bankier Verbeim, sich auffällig um ihre Gunst bemühte. Und mit welcher Verzweiflung hat sie dem Freier den Korb gegeben. In's Geheime sagte sie ihm, daß sie nicht mit einem Manne zusammenleben könne, der ein übertriebenes Gebahren besitze und der ihrem Ideal des zünftigen Gatten zu wenig entspreche. Was konnte der Arme dafür, daß er schwerhörig und gerade kein Ausbund von männlicher Schönheit war? Das hatte sie doch vorher auch

Heer und Flotte.

Personalveränderungen in der Armee.

(Fortsetzung.)

Als Bataillonskommandeure wurden versetzt die Ma-jore * v. Röckh beim Stabe des Inf.-Reg. von Gersdorff (Kurhess.) Nr. 80 in das Inf.-Reg. Hamburg (2. Hanseat.) Nr. 76, * Graf v. Rielmann beim Stabe des Inf.-Reg. Prinz Carl (4. Großh. Hess.) Nr. 118 zum dritten Bataillon des Inf.-Reg. Herzog von Holstein (Holl.) Nr. 85. Zum Bataillonskommandeur wurde ernannt der Major * Frhr. v. Hügel beim Stabe des Inf.-Reg. Landgraf Friedrich I. von Hessen-Kassel (1. Kurh.) Nr. 81. Von den zur Dienst-leistung beim Großen Generalstab kommandierten Offi-ziere sind vom 1. April ab auf ein ferneres Jahr zur Dienstleistung beim Großen Generalstab kommandiert wor-den die Oberleutnants Sander im Inf.-Reg. Kaiser Wil-helm (2. Großh. Hess.) Nr. 116, * Vollmar im 2. Kass. Feld-art.-Reg. Nr. 68 Frankfurt; von dem Kommando zur Dienst-leistung beim Großen Generalstab wurde entlassen der Hauptmann * v. Dittfurth im Kaiser Franz-Garde-Reg.-Nr. 2 unter Versetzung als Stabshauptmann in das Leibgarde-Inf.-Reg. (1. Großh. Hess.) Nr. 115. Vom 1. April ab wurden auf ein Jahr zur Dienstleistung beim Großen Generalstab kommandiert die Oberleutnants * Vertrams und * v. Schwebler im 2. Kass. Inf.-Reg. Nr. 88, * Der-tel im 2. Kass. Feld-art.-Reg. (3. Großh. Hess.) Nr. 117, * v. Rühl im 2. Kass. Inf.-Reg. (1. Großh. Hess.) Nr. 116. Vom 1. April ab wurden zur Dienstleistung bei der Landesaufnahme mit der Maßgabe kommandiert, daß das Kommando einer Verletzung gleich ist der Ober-leutnant * Groß im 1. Kass. Inf.-Reg. Nr. 87, der Leut-nant * Heintzel im Inf.-Reg. General-Feldzeugmeister (Brandenb.) Nr. 3. Ernannt wurde der Hauptmann und Kompagniechef * Kettner im Inf.-Reg. von Gersdorff (Kurh.) Nr. 80 zum Adjutanten der 2. Division. Zu Majoren wurden befördert und zu den Stäben der betreffenden Truppenteile sind übergetreten die Hauptleute und Kom-pagniechefs * Schand im Inf.-Reg. von Gersdorff (Kurh.) Nr. 80, * Schröder im Inf.-Reg. Kaiser Wilhelm (2. Groß-herzog. Hess.) Nr. 116. Unter Beförderung zu Majoren wurden versetzt die Hauptleute und Kompagniechefs * No-bert im 5. Westfäl. Inf.-Reg. Nr. 58 zum Stabe des Inf.-Reg. Landgraf Friedrich I. von Hessen-Kassel (1. Kurh.) Nr. 81, * v. Troitz im Inf.-Reg. von Gersdorff (Kurh.) Nr. 80 zum Stabe des 4. Pott. Inf.-Reg. Nr. 136, * Frhr. v. Diersburg im Leibgarde-Inf.-Reg. (1. Großh. Hess.) Nr. 115 zum Stabe des Inf.-Reg. Hamburg (2. Hanseat.) Nr. 76. Der Charakter als Major wurde ver-lassen den Hauptleuten a. D. u. Bezirksamtsverwaltern * Die-dmann beim Landwehrbezirk Friedberg, * Hendenmann beim Landwehrbezirk Gießen. Versetzt wurde der Hauptmann * Frhr. v. Willms im Leib-Gren.-Reg. König Friedrich Wilhelm III. (1. Brandenb.) Nr. 8 mit dem 1. April als Komp.-Chef in das Inf.-Reg. von Gersdorff (Kurh.) Nr. 80. Zu Kompagniechefs wurden ernannt die Hauptleute und Stabshauptleute * Währen im Inf.-Reg. von Gersdorff (Kurh.) Nr. 80, Muffet im 1. Kass. Inf.-Reg. Nr. 87, * von Hanneken im Leibgarde-Inf.-Reg. (1. Großh. Hess.) Nr. 115, * Coulmann im Inf.-Reg. Kaiser Wilhelm (2. Großh. Hess.) Nr. 116. Als Kompagniechef wurde versetzt der Hauptmann und Stabshauptmann * Frhr. v. Böbra im 3. Thür. Inf.-Reg. Nr. 71 in das Inf.-Reg. von Gersdorff (Kurh.) Nr. 80. Als Stabshauptleute wurden versetzt die überabhängigen Hauptleute * Kuhn im Inf.-Reg. Prinz Carl (4. Großh. Hess.) Nr. 118 in das 1. Kass. Inf.-Reg. Nr. 87, * Noad (Mar.) im 5. Westf. Inf.-Reg. Nr. 148 in das Inf.-Reg. von Gersdorff (Kurh.) Nr. 80. Unter Beför-derung zu Hauptleuten, vorläufig ohne Patent, als Stabs-hauptleute wurden versetzt die Oberleutnants * Winnen-berg im Inf.-Reg. Prinz Carl (4. Großh. Hess.) Nr. 118 in das Inf.-Reg. Vogel von Falckenheim (7. Westf.) Nr. 56, * Lindenau an der Unteroffizierschule in Potsdam in das Inf.-Reg. Kaiser Wilhelm (2. Großh. Hess.) Nr. 116. Zum überabhängigen Hauptmann wurde befördert der Oberleut-nant * Hebold im 5. Großh. Hess. Inf.-Reg. Nr. 108, kom-mandiert zum Seminar für orientalische Sprachen in Ber-lin. * Kalmweit, Adjutant im Leibgarde-Inf.-Reg. (1. Groß-herzog. Hess.) Nr. 115, wurde in das Jäger-Reg. a. Pf. Nr. 10 versetzt. * Radomski, Lt. im Inf.-Reg. Prinz Friedrich der Niederlande (2. Westf.) Nr. 15, wurde zur Unteroffizierschule in Wiesbaden versetzt. Zu Oberleuten wurden befördert die Oberleutnants * Frhr. v. Barnekom, Komd. des Inf.-Reg. Fürst Blücher von Wahlstatt (Pomm.) Nr. 5, * v. Heitrich u. Steinrich, Komd. des Braunschweig. Inf.-Reg. Nr. 17, * v. Heßler, Komd. des Leib-Ärz.-Reg. Großer Kurfürst (Schles.) Nr. 1, * v. Pösch, Komd. des 1. Brandenb. Drag.-Reg. Nr. 2. Zu Oberleutnants wur-den befördert die Majore * v. Koppelow, Komd. des Jäger-Reg. a. Pf. Nr. 9, * Frhr. v. Nordes, Komd. des Jäger-

Reg. a. Pf. Nr. 12, * Frhr. v. Brangel, Pionier-Komd. in Stettin, * v. Roden, Komd. des Jäger-Reg. a. Pf. Nr. 11. (Fortsetzung folgt.)

Landtagsverhandlungen.

(Telegraphischer Bericht der „Wiesbadener Zeitung“.)

Abgeordnetenhaus.

h. Berlin, 26. März.

Am Ministertisch: Dr. Penke.

Zunächst wird die

Novelle zum Fürsorgegesetz

in 3. Fassung unverändert angenommen.

Fortsetzung der 2. Beratung des

Staats der Verwaltung der direkten Steuern.

Hierzu liegen verschiedene Anträge vor.

Es folgt zunächst eine allgemeine Besprechung. Abg. v. Hennings (kons.): Wir können ziemlich sicher mit einer jährlichen Zunahme der direkten Steuern von 5 Prozent rechnen. Erfreulicherweise hat sich auch die Lage der niedrigst besteuerten Zensiten verbessert. Wir sind ent-schieden dagegen, direkte Steuern auch im Reiche zu er-heben. Diese müssen vielmehr den Einzelstaaten verbleiben. Angesichts der immer steigenden Ausgaben müssen wir unsere Steuerquellen schützen. Wenn unsere Finanzlage es erlaube, dann wären wir die ersten, die die Auf-bebung der direkten Steuerzuschläge befürworten würden. Den Angriff, die Großgrundbesitzer hinterzögen Steuern, weisen wir als ungerecht zurück. Bei der Steuerrein-sehung darf auch das persönliche Moment nicht ausgeschaltet werden.

Finanzminister Dr. Penke: Es ist zur Zeit unmöglich, die Steuerzuschläge herabzusetzen oder sie ganz aufzuheben. Es trifft nicht zu, daß die Steuerzuschläge nur vorüber-gehender Natur sein sollten. Nur die Höheform sollte vor-übergehend sein. Bei der Beratung des Eisenbahnertrags hat sich ergeben, daß zur Zeit aus den Eisenbahnertrags-nissen die Zuschläge nicht entbehrlich gemacht werden können. Ob alle Hoffnungen, die die Öffentlichkeit an die Wirkung des Generalparlaments geknüpft hat, verwirktlich werden, steht noch dahin. Die Regierung muß insoweit bei der Aufstellung der Etats an den alten Sätzen hinsicht-lich der Steigerung der Ausgaben festhalten. Daraus ist es das Mehr an Einkommensteuer und Ergänzungsteuer eingestellt worden. Ich bin auch außerstande, für die nächste Zeit eine Steuernovelle dem Hause wieder vorzulegen, nachdem im vergangenen und vorvergangenen Jahr die vorgelegte Novelle nicht zur Verabschiedung gelangt ist. Durch das Beitragsgesetz und das Vermögenszuwachs-steuergefeß haben wir allerdings die begründete Ansicht, daß die Veranlagung in Zukunft besser sein wird. Die Steuerreform ist eine mehr wissenschaftliche geworden, der nur von einem Beamten geleitet werden, der wissenschaftlich gebildet ist. Die Regierung geht darauf aus, daß überall da, wo der Fortschritt der Veranlagungs-kommission nach Maßgabe seiner Beschäftigung sich der Veranlagung genügend widmen kann, dies auch im Neben-amt vorgenommen werden darf, daß aber da, wo ein be-sonderer Steuerkommissar eingesetzt ist, die Regierung die Veranlagung im Nebenamt nicht mehr zuläßt. Zu meinem lebhaften Bedauern hat die Kommission mehrere Steuer-kommissare gestrichen. Ich möchte Sie bitten, diesem Be-schluss nicht beizutreten.

Abg. Herold (Str.): Wir sind nicht dafür, die Steuer-auschläge zu einer dauernden Institution zu gestalten. Auch wir wünschen, daß die Einkommen möglichst genau gefast werden, meinen aber, daß die Landräte, die die Verhältnisse kennen, dies besser tun können, als besondere Kommissare, die immer einseitig arbeiten werden. In ganz großen Kreisen sind die Landräte zu überlastet, deshalb hat die Budget-Kommission auch nur 6 Kommissare gestrichen. Dieser Beschluß ist durchaus gerechtfertigt.

Generalsteuerdirektor Heineke: Der Finanzminister kann nicht verkennen, daß die preussischen Ausführungsbe-stimmungen zum Ergänzungsteuergesetz in Widerspruch stehen. Mit dem Reichsgesetz über den Wehrbeitrag und den dafür erlassenen Ausführungsbestimmungen ist es aus-geschlossen, daß der Minister bei der Veranlagung 1914 bis 1916 die mit der Kommissionsresolution geforderten Be-stimmungen zu Grunde legen kann.

Abg. Kordorff (freisinn.): Wir sind mit unserer Wir-tschaftspolitik auf dem richtigen Wege gewesen. Ich empfehle Ihnen den Antrag meiner Partei für eine Neuordnung der Steuern. Wenn eine Novelle zum Einkommensteuergesetz kommt, wird es eine Ehrenpflicht für dieses Haus sein, sie zu verabschieden. Alles allein kann der Landrat auch nicht. Wenn man in noch größerem Umfang eigene Steuerkom-

missionen hat, da sie doch im Stillen sicher gehofft hatte, daß er ihr Verwandtenkind, die ihm bei jeder Gelegenheit als Muster einer Frau gedienten Martha heimführe. Martha hatte sich eigentlich recht tadellos benommen. Schien es auch zu sein, als wäre sie bis in das Innerste erschrocken, als er ihr seine Verlobung mitteilte, so hatte sie sich doch mit über-rauschender Schnelle gefast und war sogar zu Gunsten Hei-nrichs eingetreten. Das konnte doch keine Verstellung sein! Warum fühlte er sich nur durch das ruhige, an Gleichgültig-keit freisende Gebahren des Mädchens innerlich verletzt? Die kühle leidenschaftlose Aufnahme seiner Neuigkeit hätte ihn doch eigentlich befriedigen sollen!

Das Hausmädchen war in die Stube getreten und hatte das Abendessen, bestehend in kaltem Aufschnitt und einigen Flaschen Bier, auf den Tisch gestellt. Martha wollte sich ver-abschieden, doch Frau Tauber hielt sie zurück und bat sie, an dem Abendbrot teilzunehmen. Ohne sich lange nötigen zu lassen, folgte das Mädchen der Einladung, wie es dies stets bei seinen Besuchen zu tun pflegte. Aber die rechte Gemütsheilung, wie sie sonst an dem traulichen, von der grünverhängten Gasflamme beleuchteten Tisch herrschte, wollte heute bei den drei Menschen nicht aufkommen. Als wäre es Abficht, das Thema zu vermeiden, sprach man kein Wort mehr von Felix' Verlobung und unterhielt sich vor-wiegend von dem bevorstehenden Musikfest. Hierbei kam Martha als aktive Teilnehmerin naturgemäß hauptsächlich zu Wort. Und sie entwickelte ihre Ansichten über den vor-aussichtlichen Verlauf der Aufführungen mit einer Sach-sigkeit und Ruhe, daß wohl kein Mensch auf den Gedanken hätte kommen können, daß ihr inneres Gleichgewicht gestört sei. Nur meinte Felix ein leises Vibrieren und eine seltsame Hast aus ihrer Stimme herauszuhören, als sie zu seiner und der Mutter namenlosen Heberausung fest sagte:

„Der Intendant der Königl. Oper in Berlin war bei der letzten Probe zugegen und hat mich gehört, als ich den Liebestod aus „Tristan und Isolde“ sang. Er ver-mittelte mich in ein Gespräch und hat sich sehr schmeichelhaft über meine Leistungen ausgesprochen. Und denk! Euch — heute morgen wurde mir daraufhin von der Intendantur das Anerbieten gemacht, unter sehr vorteilhaften Bedin-gungen dem Mittelbühnenverban der Königl. Oper beizutreten. Ich habe mich entschlossen, dem Rufe zu folgen!“

(Fortsetzung folgt.)

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Post“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Post“ Nr. 6656-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Bg. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtgebühren. M. 3.— vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, ausserhalb des Reichs. — Bezugs-Bestellungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die „Wiesbadener Tagblatt-Post“, sowie die Buchhandlungen in allen Teilen des Reichs; in der Provinz die Postämter, in den benachbarten Randorten und im übrigen die betreffenden Tagblatt-Verleger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Bg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Spalte; 20 Bg. in davon abweichender Spaltenbreite, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Bg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 M. für lokale Werklamen; 2 M. für auswärtige Werklamen. Ganze, halbe, viertel und viertel Seiten, durchlaufend, nach beiderseitiger Vereinbarung. Bei wiederholter Aufnahme unterbleibt der Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Abkürzung.

Anzeigen-Entnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausgabe bis 7 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Büdingenstr. 66, Fernspr.: Amt Uhlend 450 u. 451. Für die Entnahme von Anzeigen an ungedruckten Tagen und Wochen wird keine Gebühr erhoben.

Freitag, 27. März 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 146. • 62. Jahrgang.

Eine Kraftprobe.

§ Berlin, 26. März.

Nach lebhafter Debatte hat heute der Reichstag die Wahl des konservativen Abgeordneten Goelsch mit der immerhin ziemlich erheblichen Mehrheit von 176 zu 149 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen für ungültig erklärt. Damit ist der Wahlkreis Ostpreußen-Stendal frei geworden, und der Linken kann bei sachgemäher Ausnutzung des nationalliberalen Kandidaten ein neuer Wahlkreis gewonnen werden. Denn die Linksparteien haben hier zusammengekommen eine ganz entschiedene Mehrheit.

Die Wahlprüfung seitens des Plenums des Reichstages gestaltete sich zu einer Kraftprobe für die Haltbarkeit der Linksmajorität. Und diese Mehrheit hat die Kraftprobe gut bestanden. Für die konservative Partei handelt es sich nicht nur um den derzeitigen und vielleicht dauernden Verlust eines Mandats, sondern vor allem auch um eine politische wichtige Frage; würde es ihnen gelingen, die nationalliberale Fraktion dazu zu bewegen, dem Herrn Goelsch sein Mandat zu sichern und sich damit den Dank der Konservativen zu verdienen — das war die Frage, die auf dem Spiele stand und deren Beantwortung für das Verhältnis zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen von erheblicher Wichtigkeit war. Die Konservativen hatten es nicht an Drohungen fehlen lassen. Die „Kreuzzeitung“ hatte in einem Artikel von hanebüchener Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß die Konservativen bereit sein würden, die Nationalliberalen wieder liebend an ihr Herz zu drücken, wenn sie Herrn Goelsch entgegen dem wohlwollenden Beschlusse der Prüfungskommission sein Mandat retten würden; wenn dies aber nicht gelänge, dann Hagel und Gewitter über die Nationalliberalen und vor allen Dingen die Verdrängung, daß sie sich an die Sozialdemokraten verkauft haben!

Das Bedenkliche der Situation ist, daß die Nationalliberalen in ihrer entschiedenen Mehrheit — nur einige wenige enthielten sich der Stimme — sich von den Drohungen der Konservativen nicht haben einschüchtern lassen, sondern den Weg einer rein sachlichen Beurteilung gegangen sind, der notwendigerweise zur Ungültigkeitserklärung führen mußte. Dieses Moment wird vermutlich zu derartiger exaltierten Ausrufungen der Feindschaft der Konservativen gegen die Nationalliberalen führen, daß eine Annäherung der letzteren an die Rechte schon aus Gründen der Selbstachtung wesentlich und dauernd erschwert wird.

Der Reichstag hat recht gehandelt, als er die Wahl kassierte und damit seinen festen Willen bekundete, alle Beeinflussungen amtlichen Charakters, wie sie in Ostpreußen-Stendal vorlagen, nach Möglichkeit zu verhindern. Die Konservativen werden zwar wieder schmähen und schelten, aber die Wählerchaft wird ein gutes Verständnis dafür haben, daß der Reichstag durch die Ungültigkeitserklärung die Reinheit und das Ideale bei den Reichstagswahlen aufrechtzuerhalten und zu fördern bestrebt ist.

Politische Übersicht.

Bösartige Machenschaften.

© Berlin, 26. März.

Das Treiben gewisser Petersburger Blätter wird mit der Zeit gefährlich. Der offiziöse „Ruskoje Slovo“ gibt heute genauere Auskunft darüber, welche Tatsachen die Gerüchte über den Plan eines deutsch-russisch-französischen Bündnisses veranlassen. Danach hat Kriegsminister Suchomlinow im vergangenen Dezember während seines Aufenthalts in Deutschland eine Unterredung mit dem deutschen Kaiser über die politische Lage gehabt. Kaiser Wilhelm habe erklärt, er wisse wohl, daß Österreich eine schwere Krise durchmache und könne sich somit auf die Hilfe Österreichs im Ernstfalle nicht verlassen. Ein Bündnis zwischen Deutschland, Rußland und Frankreich sei nötig, um den gegenseitigen Rüstungen ein Ende zu machen. Die Teilung Österreichs könnte tatsächlich die Grundlage eines solchen Bündnisses bilden. Suchomlinow soll diese Frage bei seiner Weiterreise nach Paris mit französischen Politikern erörtert haben. Der „Ruskoje Slovo“ stellt dabei fest, daß Suchomlinow mit verantwortlichen Leitern französischer Politik nicht gesprochen hat. So das sogenannte Petersburger Blatt. Es hieße, diesem Unsinn zuviel Ehre antun, wollte man ihn auf seine mögliche Tatsächlichkeit hin erst näher untersuchen. Es liegt für jeden Einsichtigen ja außerhalb aller Vorstellung, daß der Kaiser sich so, wie es ihm in den Mund gelegt wird, geäußert und selber die „Teilung“ des Donauraums auf's Table

gebracht haben könnte. Aber der vollkommene Unsinn steht nun einmal in einem großen Petersburger Blatt, das sogar dem Ministerium des Auswärtigen wiederholt als Sprachrohr gedient hatte. Dies gerade gibt der Angelegenheit einen besonderen Anstrich und nötigt auch die deutsche Presse, sich mit so unerhörten Nachforschungen zu beschäftigen. Wenn der Zweck sein soll, Mißtrauen in Wien zu erregen, so kann man sicher darauf vertrauen, daß er an der Plumpheit des Versuchs scheitern wird. Indessen braucht das Wandern nicht ebenso eindrucklos zu sein, was die slavischen Elemente im Donauraum betrifft. Und wenn man die Geschichte dort schließlich auch nicht glauben kann, weil sie an Wahnsinn grenzt, so wird man sie doch gegen uns gehörig auszubenten versuchen.

Die Nichtbestätigung des Pfarrers Fuchs.

Es ist so gekommen, wie man es voraussehen konnte: der Evangelische Oberkirchenrat hat, wie mitgeteilt, die Beschwerde der Reinoldi-Gemeinde in Dortmund, die Pfarrer Fuchs (Rüsselsheim) zum Nachfolger von Traub gewählt hatte, zurückgewiesen und die Nichtbestätigung dieser Wahl seitens des Konsistoriums zu Münster aufrechterhalten. Pfarrer Fuchs hatte, wie erinnerlich, seinerzeit die Erklärung beifolgender Geistlicher in Sachen Katho gegen den Evangelischen Oberkirchenrat mit unterschrieben, hatte die Unterschrift auch auf ausdrückliche Anfrage des Konsistoriums in Münster hin noch nach seiner in Dortmund erfolgten Wahl nicht widerrufen und hat nun dafür die Zurückweisung vom Dienst in der preussischen Landeskirche erfahren. Pfarrer Fuchs sei die Antwort auf die Frage des königlichen Konsistoriums zu Münster, „ob er noch heute auf dem in seiner Erklärung bekundeten Standpunkt stünde“, schuldig geblieben. Eine solche bestimmte, unumwundene Erklärung auf seine Frage mußte aber das Konsistorium verlangen. Da sie verweigert worden sei, so sei es nicht zu beanstanden, wenn das westfälische Konsistorium nach dem vorliegenden Sachverhalt auch ohne Kolloquium sich für ausreichend unterrichtet erachtete, daß Pfarrer Fuchs nicht für den Dienst in der preussischen Landeskirche geeignet sei.

Dieses Urteil trägt den Stempel des öden Bürokratismus an der Stirn. Pfarrer Fuchs ist eine ausgezeichnete wissenschaftliche Kraft und ein hervorragender Seelsorger, der jeder Gemeinde zur Zierde und zum Segen gereichen würde. Aber weil er es gewagt hat, in Sachen Katho dem Evangelischen Oberkirchenrat zusammen mit den anderen beifolgenden Geistlichen in zwar der Form nach vielleicht scharfen, aber sachlich durchaus zutreffenden Worten die Wahrheit zu sagen, ist er ungeeignet zum Dienst in der preussischen Landeskirche. Und die arme Reinoldi-Gemeinde kommt darüber noch immer nicht zur Ruhe! Selten ist so klar zutage getreten wie hier, daß das bürokratische Interesse der Rücksicht auf die Gemeinde in der preussischen Landeskirche weit vorangeht!

Der Protest des Reinoldi-Presbyteriums.

Das Presbyterium der St. Reinoldi-Gemeinde in Dortmund hat auf die ablehnende Entscheidung des Oberkirchenrats zu dem Protest gegen die Nichtbestätigung des Pfarrers Fuchs hin folgende Erklärung erlassen: „Wenn wir es auch nicht für unsere Aufgabe erachten können, an der Entscheidung des Oberkirchenrats im einzelnen Kritik zu üben, so halten wir uns doch für verpflichtet, vor der Öffentlichkeit Zeugnis abzugeben, wie schmerzhaft wir es wieder wie früher bei den Verhandlungen im Falle Cesar und Traub bedauern müssen, daß die Entscheidung die religiösen Verhältnisse und Bedürfnisse unserer Gemeinde nicht genügend berücksichtigt und vor allem bei der gegebenen „Rede- und Sachlage von der Würdigung der religiös-theologischen und kirchlich praktischen Befähigung, Haltung und Wirksamkeit des gewählten Pfarrers absehen zu müssen glaubt“. Vor einem nächsten wir aber alle unsere Gemeindeglieder dringend warnen, diesen Fall nicht zu benutzen zur Förderung der Bewegung zum Austritt aus der Landeskirche. Wir bitten vielmehr inständig, mit uns weiter zu kämpfen, um endlich innerhalb unserer geliebten evangelischen Landeskirche den Geist christlicher Milde und protestantischer Duldsamkeit in allen ihren Gliedern herbeizuführen.“

Die Reise des Kaisers.

Der weitere Aufenthalt in Venedig.

* Venedig, 27. März. Gestern nachmittags machte der Kaiser in Venedig Besuche in einer vom Sindaco zur Verfügung gestellten Gondel, die von den vier besten Gondoliers Venedigs geführt wurde. Nachmittags 5 Uhr nahm der Kaiser den Tee an Bord der „Hohenzollern“ ein, wozu Damen der venetianischen Aristokratie Einladungen erhielten,

darunter auch die Gattin und Tochter des deutschen Konsuls Hochsteiner. Die Abfahrt der kaiserlichen Yacht nach Miramare erfolgte heute früh 8 Uhr.

Die Begegnung des Kaisers mit dem österreichischen Thronfolger.

* Triest, 27. März. Kaiser Wilhelm trifft heute vormittag im Hafen von Triest ein. Erzherzog Thronfolger Franz Ferdinand wird sich nach der Ankunft des Kaisers an Bord der „Hohenzollern“ begeben. Der Kaiser wird sodann einen Besuch im Schloß Miramare machen, wo mittags ein Frühstück stattfindet.

Zur Zusammenkunft in Korfu.

* Athen, 27. März. Die königliche Familie fuhr gestern abend nach Kalanaki, um von dort auf dem Panzerkreuzer „Novoroff“ die Reise nach Korfu anzutreten. König Konstantin wird zum griechischen Nationalfest am 7. April nach Athen zurückkehren und am Abend desselben Tages in Begleitung des Ministerpräsidenten Venizelos wieder nach Korfu reisen, wo am 9. April Herr v. Bethmann-Hollweg eintreffen wird. Der Minister des Auswärtigen Dr. Streitt wird sich später nach Athen begeben.

Die Reise des Reichslanzlers nach Korfu.

Berlin, 26. März. Der Reichslanzler von Bethmann-Hollweg wird am 6. April die Reise nach Korfu antreten und über die Osterfeiertage als Gast des Kaisers dort bleiben.

Der Termin der Reise der Kaiserin.

S. Berlin, 27. März. (Wig. Drahtbericht.) Die Kaiserin wird voraussichtlich zwischen dem 3. und 5. Mai die Reise nach Korfu antreten.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der deutsche Kronprinz traf Donnerstagmittag 12½ Uhr mit dem fahplanmäßigen D-Zug von Berlin in Halle ein und begab sich im Automobil nach Schloß Scopau des Kammerherrn v. Trotha.

Der Thronfolger von Rumänien, Prinz Ferdinand, ist mit Gemahlin und dem Prinzen Carol gestern abend 11 Uhr 20 Min. von Berlin nach Petersburg abgereist.

Staatsminister v. Breitenbach und Herr v. Breitenbach hatten gestern abend eine ausgedehnte Besprechung in die Räume des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten geladen. Unter den Geladenen befanden sich u. a. Staatsminister von Döllwitz, Kriegsminister v. Falkenhayn sowie eine Anzahl Parlamentarier.

* Bundesratsbeschlüsse. In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen: der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Abzug mit Kapitalgebern vom 26. Mai 1910; der Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen an die Pensionäre und Hinterbliebenen und der Entwurf der Bestimmungen über die Wehrbeitragsgesetzgebung. Die Zustimmung wurde erteilt den vom Reichstag angenommenen Entwürfen von den Gesetzen, betreffend die Feststellung des dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1913, und des Nachtrags zum Haushaltssetat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1913, und von den Gesetzen, betreffend die vorläufige Regelung der Reichshaushalte, der Haushalte der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1914. Angenommen wurden die Vorlage, betreffend die Änderung des Gesetzes vom 4. Dezember 1890 über die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen; die Vorlage, betreffend benachbarte Orte im Wechsel- und Schadverkehr, und betreffend die Orte, die im Sinne der §§ 499 und 504 der ZPO. als ein Ort anzusehen sind; die Vorlage über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an Familien für in das Reichsheer usw. eingestellte Söhne.

* Sozialdemokratischer Wahlsieg in Vorna-Pegau. Bei der gestrigen Reichstagswahl im 60. Wahlkreis Vorna-Pegau erhielt Knyff (Soz.) 14 321 und v. Liebert (Npt.) 12 731 Stimmen. Ungünstig waren 189 Stimmen. Einige Orte stehen noch aus. Doch können sie am Resultat nichts ändern. Knyff ist somit gewählt. — Bei der letzten Hauptwahl wurden für v. Liebert 8842 Stimmen, für Knyff (nail.) 6512, für Knyff (Soz.) 12 466 Stimmen abgegeben. Der Freikonservative v. Liebert hat also in der Stichwahl etwa 4089 Stimmen von den 6512 in der Hauptwahl auf den nationalliberalen Kandidaten abgegebenen Stimmen erhalten, während dem Sozialdemokraten gegen die Hauptwahl etwa 1895 Stimmen mehr zufielen, die dem linken Flügel der Liberalen — die nationalliberale Kandidatur wurde auch von den Fortschrittlichen unterstützt — jedenfalls mehr entgingen werden als etwaigen sozialdemokratischen Reserven. Da auch die für Liebert und Knyff abgegebenen Stimmen zusammen noch nicht die Stimmen der in der Hauptwahl abgegebenen liberalen Stimmen erreichen, sind offenbar auch noch einige hundert liberale Wähler ganz abseits geblieben. Bei den unsicheren Mehrheitsverhältnissen im Reichstag bedeutet der Wahlausgang für den schwarzblauen Block natürlich eine empfindliche Enttäuschung, wie sie denn auch in den Kommentaren der rechtsstehenden Presse zum Ausdruck kommt. — Bei der Reichstagswahl 1912 erzielte v. Liebert 7331 Stimmen, während der sozialdemokratische Kandidat 11 646, der nationalliberale 7127 Stimmen auf sich vereinigten. Bei der Stichwahl im Jahre 1912 siegte v. Liebert mit 14 081 über den sozialdemokratischen Kandidaten, der nur 13 058 Stimmen erhielt.

* Eine Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen in Breslau. Zwischen den Breslauer Krankenkassen und Ärzten ist vorgestern der Frieden geschlossen worden. Zur Deckung der Kosten für die abzufindenden Ärzte leistet jede Kasse für Mitglied und Jahr 5 Pf., die Ärzte 10 Pf. Die Erhöhung des Honorars für die Ärzte wurde angenommen. Die Kassen zahlen für Mitglied und Jahr 5 M. für ärztliche Behandlung an den Verband, für spezialärztliche Behandlung wurde die freie Arztwahl festgelegt. Das Abkommen tritt mit dem 1. April in Kraft. Der Verband zählt 22 Kassen mit über 100 000 Mitgliedern.

* Für 2 426 000 Mark. „Grünenthaler“ sind in den Jahren 1898 bis Ende 1913 von der Reichsbank eingezogen und durch vollwertige Noten ersetzt worden. Alljährlich mußte die Summe der eingelieferten „Grünenthaler“ vom Reingewinn abgesetzt werden, im Jahre 1913 waren es, wie der Verwaltungsbericht der Reichsbank angibt, wiederum 117 Stück „Grünenthaler“ wurden angehalten resp. eingeliefert 117 000 Mark. Die Reichsbank rechnet noch auf Jahre hinaus mit dem Aufkauf solcher von dem früheren Oberfaktor Grünenthal mit Hilfe von Stempeln und Ziffern selbstgestempelter und numerierter Notenbrände, die angenommen wird, daß viele Später solche der Form nach zwar echten, aber dennoch nicht gültigen Laufbankmarken in ihren Tresoren lagern oder sie in Dokumenten bei den Gerichten niedergelegt haben.

* Die Einwohnerzahl der Stadt Köln betrug am 1. März 552 780 gegen 551 589 am 1. Februar. Die Zunahme stellte sich daher auf 1200; davon entfielen 538 auf den Geburtenüberschuß und 662 auf den Wanderungsgewinn.

* Ein neuer Anlauf der Ansiedlungskommission. Die aus Lissa gemeldet wird, erwarb die Ansiedlungskommission die Pacht der Ziegelei in Ostrowo mit 180 Morgen Land für 140 000 M.

* Der 12. ordentliche Bundeskongress der technisch-industriellen Beamten findet am 12. und 13. April 1914 in Berlin statt. Neben inneren Verwaltungsangelegenheiten stehen Referate über die Organisation der Beamten und „Die sozialpolitische Lage“ auf der Tagesordnung.

* Gansband, Schanz und Kinnoselle. Gestern fand im Hansabund in Berlin eine Konferenz von Sachverständigen über die Schanz und Kinnoselle statt. An der Hand eines Referats des Herrn Generalsekretärs Dr. Neumann wurden die einschlägigen Bestimmungen durchgesehen und erhebliche Bedenken seitens der Sachverständigen geltend gemacht. Die Zeitung des Hansabundes wurde beauftragt, darauf hinzuwirken, daß gegenüber den gewerkschaftlichen Bestimmungen des Gewerkschafts eine mögliche Einheitlichkeit in der Bekämpfung dieses Gewerkschafts seitens der betroffenen Kreise erzielt wird.

Parlamentarisches.

Die Gesandtschaften in der Budgetkommission des Reichstags. Die Budgetkommission des Reichstags ging zur Beratung der einzelnen Gesandtschaften über. Direktor im Auswärtigen Amt Matthies begründete die Heraushebung des Gehalts des Gesandten in Addis Abeba mit der Fortführung der Eisenbahn und der damit zusammenhängenden Verbesserung der Lebensbedingungen in Abessinien. Ein Fortschrittler fragte, ob auch die anderen Staaten ihre Gesandtschaften dort vermindern. Die bisherige Entwicklung unserer diplomatischen Vertretung in Abessinien sei nicht besonders erfreulich gewesen. Im Gegensatz zu uns suchten sich dort offenbar die anderen Staaten Interessensphären zu sichern. Der Unterstaatssekretär bemerkte, Deutschland habe mehrere wirtschaftliche Beziehungen mit Abessinien im Jahre 1905 mit der bekannten Rosenfeld Mission angeknüpft. Damals wurde ein Handelsvertrag abgeschlossen. Unser Handel mit Abessinien hat sich seit der Zeit verdreifacht. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich dort allerdings nicht erheblich entwickelt. Die Lage wird sich erst ändern, wenn die Bahn nach Addis Abeba vollendet sein wird. Das ist für 1916 zu erwarten. Es sind noch etwa 200 Kilometer zu bauen. Die deutsche Politik in Abessinien beruht auf dem Grundsatz, daß das Land allen Mächten offenstehen muß und daß keine Sonderrechte einzelner Mächte anzuerkennen sind. Ein Fortschrittler betonte, daß das große Interesse Deutschlands in der Aufrechterhaltung der offenen Tür bestehe. Es wäre sehr bedauerlich, wenn vielleicht andere Mächte dort schon mit der Verteilung von Interessensphären begonnen hätten. Sollte das der Fall sein, so müßte Deutschland einen Ausgleich an anderer Stelle suchen. Ein Nationalliberaler schloß sich dem an. Das erstrebenswerte Ziel müsse allerdings die Integrität Abessiniens bleiben. Der Redner beklagte noch die mangelhafte Ausrüstung der Mission in Addis Abeba mit

Kanzleipersonal und geeigneten Räumen. Die Forderungen für die Gesandtschaft wurden bewilligt. Dann kam der Fall Schlieben zur Sprache, zu dem sich der Staatssekretär und Direktor Matthies vertraulich äußerten.

Erhöhung der Krankenkassenbeiträge für Postunterbeamte. Die Abgeordneten Hubrich, Dr. Strube, Bod und Wiesberts haben folgende Anfrage eingebracht: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß wegen unzureichender Mittel durch Verfügung des Reichspostamts vom Februar 1914 in fast allen Oberpostdirektionsbezirken neben einer wesentlichen Minderung der Kassenleistungen eine erhebliche Erhöhung der Mitgliederbeiträge zu den Krankenkassen für Unterbeamte eingetreten ist? Ist der Herr Reichskanzler zur Verhütung einer drohenden rückläufigen Entwicklung der Kassen bereit, zu veranlassen, daß der Zuschuß der Reichspost- und Telegraphenverwaltung zu diesen Kassen noch durch den Reichshaushalts-etat für 1914 eine ausreichende Erhöhung erfährt, um mit Hilfe der erhöhten Mitgliederbeiträge die Kassen in den Stand zu setzen, mindestens die sachungsmäßig festgesetzten Leistungen zu erfüllen?“ Die Fragesteller begnügen sich mit einer schriftlichen Antwort.

Die Reichstagskommission für das Submissions- und Lieferwesen beschloß mit 14 gegen 12 Stimmen, dem Plenum die Annahme eines Antrags auf reichsgesetzliche Regelung des Gegenstandes zu empfehlen. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrags ist eine Resolution vorgeschlagen. Diese ersucht den Reichskanzler, in den Verwaltungen, für die er zuständig ist, auf dem Wege der Verordnung die in dem Antrag niedergelegten Grundsätze durchzuführen und auch bei den einzelstaatlichen Regierungen darauf hinzuwirken, daß sie beobachtet werden.

Ein nationalliberaler Antrag, betreffend die Wohnpflicht der Beamten. Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses hat den Antrag gestellt: „Die Staatsregierung zu ersuchen, eine zeitgemäße Revision der Bestimmungen des allgemeinen Landrechts in Bezug auf die Wohnpflicht der Beamten dahin einzuleiten, daß, sofern nicht dienstliche Gründe das Wohnen im Orte des Amtes zwingend erfordern, sowohl den unmittelbaren wie den mittelbaren Staatsbeamten freisteht, außerhalb in vorzuziehender Wohnung zu nehmen, die mit dem Orte des Amtes in fortlaufender, kurzfristiger Verbindung stehen, sowie in entsprechender Weise Bestimmungen vorzuschreiben, durch welche auch den von den Gemeinden angestellten Lehrern die gleiche Wohnung gewährleistet wird.“

Ein Zentrumsantrag, betreffend die Errichtung einer Auslandshochschule. Zur zweiten Lesung des Auswärtigen Antrags hat das Zentrum im Abgeordnetenhaus: „Die Staatsregierung zu ersuchen, für einen besseren Ausbau der Auslandsstudien im Interesse des auswärtigen Dienstes, des Kolonialdienstes, des Handels und der Industrie Sorge zu tragen, ferner in Erwägungen darüber einzutreten, ob für diesen Ausbau eine Umgestaltung des Seminars für orientalische Sprachen zu einer deutschen Auslandshochschule geeignet erscheint.“

Heer und Flotte.

Der Nachfolger des Militärattachés v. Winterfeldt. Die Verlegung des deutschen Militärattachés in Brüssel und im Haag, Majors v. Klüber, nach Paris als Nachfolger des franken Oberstleutnants Detlof v. Winterfeldt soll verfügt werden. Major v. Klüber soll bei den Gesandtschaften in Belgien und in den Niederlanden durch den Hauptmann im Belgien Generalstab v. Rinkmann, der bis vor kurzem Kompaniechef im Regiment 173 in St. Rocco war und bereits zur Dienstleistung in Brüssel kommandiert ist, ersetzt werden.

Die diesjährigen großen Kaisermander werden, wie wir aus gut unterrichteten Kreisen erfahren, auf größtenteils oberbayerischem Gebiet um den Vogelberg herum sich abwickeln. Es beteiligen sich an denselben zum erstenmal ganz außerordentlich große Heeresmassen, nämlich 200 000 Mann. Als Organisation für die Truppenverladungen ist der Bahnhof Kitzingen zwischen Wehr und Stauffenberg ausersehen, welcher gegenwärtig bedeutend vergrößert wird. Etwa 7500 Wagen, also 600 Etrazüge, werden hier an der Verladungs-gentrale die Mannschaften, Pferde und Geschütze der sechs Armeekorps entladen und nach Schluß der Kaisermander auch wieder aufnehmen und in die Heimat befördern. Die sechs Armeekorps werden in zwei Armeen gegeneinander kämpfen; welche aus zwölf Divisionen (darunter vier bayerische) und zwölf Feldartilleriebrigaden (darunter ebenfalls vier bayerische) zusammengefaßt werden. Aus fünf Divisionen Reiterei

wird man zwei Kavalleriekorps aufstellen, während als Armeeführer die beiden Generalinspektoren der 7. und 4. Armeeinspektion, der frühere kommandierende General unferes 18. Armeekorps Generaloberst v. Eichhorn und Kronprinz Rupprecht von Bayern, fungieren werden. Es ist dies das erste Manöver in seiner Art. Das genaue Datum der im September stattfindenden Kaisermander wird erst im Lauf des Sommers festgelegt werden. Zwischen Nordburg und Fulda werden sich die zwei Armeen gegenüberstehen. Während das 2. und 3. bayerische Armeekorps und das 18. (Rheinische), 10. (Sächsisches) und 11. (Kurhessische-Thüringische), welche in engerer Wahl stehen, noch ein Armeekorps ausscheiden. Bei dieser gewaltigen Heerschaue wird der Kaiser von einer glänzenden Kanalkasse umgeben sein, und zwar nicht nur von dem größten Teil seiner Bundesfürsten, sondern auch von zahlreichen Vertretern ausländischer Mächte. Auch König Konstantin von Griechenland hat sein Erscheinen ganz bestimmt in Aussicht gestellt und wird bei dieser Gelegenheit das 2. Kassauische Infanterieregiment Nr. 88 aus Mainz, welches ihm im verflochtenen Jahre verliehen worden ist, zum erstenmal dem Kaiser im Paradeanzug vorführen.

Das atlantische Geschwader in Südamerika. Mittwochnachmittag ist in Corral das deutsche Linien Schiff „Kaiser“ eingetroffen. Die Linien Schiffe „König Albert“ und „Strasbourg“ wurden gestern in Talcahuano erwartet. Am 2. April wird das deutsche Geschwader in Valparaiso versammelt sein.

Der Kreuzer „Goeben“ gestrandet, aber wieder flott. Venedig, 27. März. Der Kreuzer „Goeben“ ist gestern nachmittag 5 Uhr bei der Hafenausfahrt, etwa 90 Meter von Alberoni, im offenen Meer bei starker Ebbe auf Grund geraten. Der Kreuzer „Dresden“ und der italienische Kreuzer „Garibaldi“ gingen zur Hilfeleistung ab, doch kam der „Goeben“ um 10 Uhr abends mit eigener Kraft frei.

Ein Fliegerunfall. Wehlau, 26. März. Ein mit zwei Offizieren aus Königsberg aufgestiegenes Militärflugzeug nahm heute vormittag eine Notlandung vor. Beim Anlassen des Propellers zum Wiederaufstieg wurde Leutnant Graener durch den Propeller am Kopf schwer verletzt. Er erlitt einen Schädelbruch. Von Königsberg ist ein Automobil der Fliegerabteilung abgegangen, um den bewußtlosen Leutnant Groener nach Königsberg zu bringen.

Post und Eisenbahn.

Die Übernahme der Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelms-haven von Preußen auf den oldenburgischen Staat für 23 Millionen Mark ist gestern vom oldenburgischen Landtag mit großer Mehrheit angenommen worden. Die Vergütung der Summe ist auf etwa 900 000 M. angenommen; der Überschuß von etwa 500 000 M. wird zur Deckung von Staats-schulden verwendet. Mit der Strecke Oldenburg-Wilhelms-haven hat Oldenburg die gesamten Eisenbahntrecken, die auf seinem Grund und Boden liegen, in seinen Besitz gebracht.

Der neue Abteilbahnhof Rummelsburg bei Berlin, dessen landespolizeiliche Abnahme gestern erfolgte, wird vom 1. Mai die Fernzüge der Preussischen und der Reichsbahn aufnehmen und ist daher mit allen Einrichtungen einer großen Zug-bildungsstation versehen.

Deutsche Schutzgebiete.

Ein deutsches Studienbündel für Angola. Ein großes deutsches Studienbündel für Angola hat sich gebildet, das demnächst eine Eisenbahnexpedition entsenden wird. Es handelt sich um den Weiterbau der Lobitoban-Bahn, an dem sich deutsches Kapital in größerem Maßstab beteiligen wird.

Die Enteignungsfrage in Duala. Der Verein Westafrikanischer Kaufleute in Hamburg hat an den Reichstag folgende Mitteilung gerichtet: „Der Verein Westafrikanischer Kaufleute hat mit lebhaftem Bedauern Kenntnis genommen von der Behandlung, die die Enteignungsfrage in Duala in der Budgetkommission erfahren hat. Die Mitglieder des Vereins, die über die in Betracht kommenden Verhältnisse genau orientiert sind, halten es für eine unerlässliche Pflicht der Regierung, im Wege der Durchführung der Enteignung für die Sanierung des Ortes Sorge zu tragen. Es erscheint dringend wünschenswert, daß die zum Zweck der Enteignung und Sanierung erforderlichen Maßnahmen mit umfänglicher Beschleunigung zur Durchführung gelangen. Im höchsten Grade bedenklich erscheint es dem Verein, wenn diese im allgemeinen Interesse gebotenen Maßnahmen auf Grund unberechtigter an den hohen Reichstag gerichteter Petitionen von Eingeborenen hinausgeschoben werden.“

Femilleton.

Residenz-Theater.

Donnerstag, den 26. März: Gastspiel des Operetten-Ensembles vom Stadttheater in Hanau (Direktion: Albrecht Steffert): „Der liebe Augustin.“ Operette in 3 Akten von Rudolf Bernauer und Ernst Welisch. Musik von Leo Fall.

Wie beliebt „Der liebe Augustin“ ist, zeigte gestern das quibefachte Haus. Aber Ansprüche macht der junge Mann, er will ein bißchen nett behandelt sein. Und das geschah nun von Seiten des Orchesters — das übrigens nicht aus Hanau stammt — durchaus nicht. Kapellmeister Weiskopf schien dieser unbegreiflichen Schar gegenüber maßlos — es ist ja auch nicht seine Schar, und in ein paar Stunden Probe läßt sich mit solch einer buntsamengewürfelten Gesellschaft wenig anfangen. Es wünschelte, krächzte und kratzte gar furchterlich, es klang manchmal, als würden die Instrumente noch gestimmt, und doch hatte bereits das Spiel begonnen!!!

Daß sich das Hanauer Ensemble trotzdem so tapfer hielt, ist lehrwundernswert, aber der Abend litt sichtlich unter diesem Orchester-Manko, und so kam auch die Darstellung nicht allseitig so abgerundet heraus, wie sie unter normalen Umständen wohl zu Gehör und Gesicht gekommen wäre.

Von den Darstellern verdient wieder Herr Dietel besonders genannt zu werden — ein lieber Augustin. Eise Trauner war eine nette Anna, und Frä. Kraus erfreute durch ihre hübschen stimmlichen Mittel und ihr temperamentvolles Spiel. Herr Gerhardt karikierte den Fürsten Nikola etwas stark, hatte aber schnell die Lacher auf seiner Seite. Abends produzierte er sich auch noch als gewandter Turner, als er in dem lebensgefährlich wackligen Ahnenschloß herumkletterte, eine Schauvorstellung, die eigentlich nicht für das Publikum bestimmt war und die recht lässig anmutete — wie ein Seitenstück zum Orchester.

Das Publikum nahm aber auch diese Sache mit Humor in Kauf und spendete dankbaren Beifall. Vielleicht gedachte es anderer Vorstellungen, die das Hanauer Ensemble uns bescherte, die wirklich hübsch waren, und es hofft auf bessere Tage, oder vielmehr Abende — wie die Kritik! B. v. N.

Aus Kunst und Leben.

Englische Rechtsanwältinnen vor dem Parlament. Die englischen Frauen, die die Rechte studieren, haben bei dem Parlament einen Antrag eingebracht und das Parlament hat auch die Absicht, sich mit diesem Antrag zu beschäftigen. Die Frauen sollen nämlich in Zukunft als Rechtsanwältinnen zugelassen werden, und diesem Wunsch steht nichts anderes entgegen als ein Gesetzentwurf, der aus dem Jahre 1843 stammt und der damals den Frauen verbot, als Anwältinnen vor dem Gerichtshof zu erscheinen. Da aber diese Bestimmung auf die heutigen Verhältnisse nicht mehr anwendbar ist, haben sich die Frauen, und unter ihnen auch viele berufene Männer, zusammengeschlossen, um das Parlament zu einer Änderung dieses Gesetzes zu bewegen. Die bekanntesten englischen Rechtskundigen weiblichen Geschlechts, die Oxford-Rechts-lehrerin Miss Colestine, Miss Kettelfort, Miss Ingram und Miss Webb, stehen in dieser Angelegenheit fest zusammen, in Zukunft nicht nur die Rechte studieren zu dürfen, sondern sie auch vor den Schranken des Gerichtes zu verteidigen.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. „Zeitgenossen“, das erfolgreiche Schauspiel von Georg Hermann, dem Verfasser des gleichnamigen Romans, erlebt in der kommenden Woche am Berliner Kleinen Theater die 100. Aufführung, nachdem das Werk auch am Königsberger Neuen Schauspielhaus über 100 Mal gespielt wurde. „Zeitgenossen“ ist von über 100 Bühnen erworben worden und auch für hier in Aussicht genommen.

Die Vorarbeiten für die „Hochschule für Bühnen-kunst“ in Düsseldorf (Direktion Dumont-Lindemann) sind soweit gediehen, daß sich das Direktorium und der vorbereitende Arbeitsausschuß bereits mit der Bildung des Lehrkörpers befassen können. Als Leiter der Hochschule ist der Schriftsteller Hans Brand (Hamburg) gewonnen worden. Der Dramaturg und Kunstkritiker Julius Vab (Berlin) hat sich der Hochschule gleichfalls als Dozent und Lehrbeauftragter verpflichtet.

Die Jury der Raimundpreisung in Wien hat beschlossen, für die abgelaufene Zeit von vier Jahren zwei Preise von je 2000 Kronen zu vergeben. Die Preise fielen Arthur Schnitzler für seinen „Jungen Medardus“ und Rudolf Holzer für sein Stück „Gute Mütter“ zu.

Lebende Kunst und Musik. Die erste tschechische Aufführung von „Rienzi“ hat im Pilsener Stadttheater stattgefunden. Die Aufnahme war nach tschechischen Zeitungsberichten begeistert.

Artur Nikisch wird in der nächsten Saison in der Scala zu Mailand den ganzen „Ring der Nibelungen“ dirigieren. Im kommenden Mai leitet er in demselben Hause einige Instrumentalkonzerte.

Der Berliner Stadthaushälter Stübgen, hieß gestern im Musée Social in Paris unter dem Vorhitz des Senators Ribot über französische und deutsche Städtebaugesetze einen Vortrag, dem zahlreiche Parlamentarier und Architekten beizuhören. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen Stübgens hielt Ribot eine Ansprache, in der er seine Bewunderung für die deutsche Kultur aussprach. Der ehemalige Minister Steigfried überreichte sodann unter lebhaftem Beifall der Versammlung Direktor Stübgen die Medaille des Musée Social.

Wissenschaft und Technik. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ und „Morgenpost“ ist Mundens Nordpolfahrt auf nächstes Jahr endgültig verschoben worden.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Der Kaiser und die Ruthenen. Wien, 26. März. In einer Audienz des Kaisers des Ruthenenflusses bewichtigte der Kaiser hervor, daß er den Ruthenen gegenüber seine väterliche Fürsorge jederzeit befehle habe und daß er hoffe, daß von der Wahlreform ausgehend, sich ein günstiges Nebeneinanderleben der Polen und Ruthenen entwickeln werde.

Belgien.

Die Studentendemonstrationen in Lüttich. Brüssel, 27. März. Die Studenten von Lüttich führen den Kampf um ihre akademische Freiheit noch weiter. Der Erzbischof von Mecheln, den die Studenten zum Schiedsrichter wählten, hat sich jetzt auf die Seite der unbesetzten Professoren gestellt. Der akademische Senat geht sehr streng gegen die Studenten vor. Am gestrigen Tag allein sind 48 Studenten exekutiert worden.

Frankreich.

Der Heeres- und Marinehaushalt in der Kammer. Paris, 26. März. Die Kammer beriet heute über die Vorlage, welche den Heeres- und den Marinehaushalt zu einmaligen Ausgaben zur Deckung der Bedürfnisse für die nationale Verteidigung ermächtigt. Es handelt sich um 1143 500 000 Franken für die Armee und 765 Millionen Franken für die Marine. Insbesondere für die Pulver- und Salpeterministerialvorlagen 14 Millionen bestand Denys Cochin auf der Notwendigkeit, die Schießpulver mit aus Nitroglycerin zusammen gesetztem Pulver fortzusetzen, und zwar aus Kanonen mit Kaliber 305 bis zur völligen Abnutzung derselben. General Gaudin, der Direktor der Abteilung für Schießpulver, rechtfertigte die angeforderten Kredite. Er erklärte, daß man die Kredite brauche, um neue Werkstätten zu bauen und die bestehenden zu vergrößern. Der Marineminister Gautier sagte, daß sich sein Ministerium Proben mit Nitroglycerin nicht widersetze. Admiral Le Bris, der Kommissar der Regierung, sagte, die Marine sei bereit, zwei Kanonen von Kaliber 305 zur Verfügung zu stellen, um auf der einen mit Nitroglycerin, auf der anderen mit Nitroglycerin Versuche anzustellen, sobald das Pulver im Auslande gekauft sei. Kriegsminister Rouleau erklärte an, daß diese Proben bringlich seien. Sie sollen in 8 bis 10 Monaten stattfinden. Benaget erklärte als Berichterstatter aus, daß die 764 Millionen geforderten Kredite für die Verbesserung der Kriegsmaterialien bestimmt seien. Im Anfang des Jahrhunderts ließ man unter dem Einflusse des Traumes einer allgemeinen Verbrüderung den Unterschied zwischen den deutschen und französischen Artilleriekräften zunehmen. Die letzte Vorlage sei zusammen mit dem Dreijahresgesetz und dem Gesetzesgesetz dazu bestimmt, das Land gegen Angriffs-Kriegsgefahr besser zu schützen. Kriegsminister Rouleau richtete einen dringenden Appell an die Abgeordneten, nicht nur für die Ausgaben zur Verbesserung der sanitären Verhältnisse unter den Truppen zu stimmen, sondern auch für die Ausgaben der schweren Artillerie, für die Grenzbefestigungen, Schanzwerfer usw. Hiermit war die allgemeine Beschuldigung beendet. Mehrere Sozialisten erhoben Einspruch dagegen, daß die Vorlage nicht von den Angaben über die finanziellen Mittel und Wege begleitet sei, wie dies bei der deutschen Militärvorlage der Fall war. Der Kriegsminister antwortete: Die Regierung beabsichtigt, die Mittel durch den erworbenen Reichtum aufzubringen zu lassen. Sie wird die Vorlage sogleich nach Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten einbringen. Die Vorlage wurde darauf im ganzen Umfange mit 294 gegen 95 Stimmen angenommen.

Der Gesundheitszustand der Truppen. Paris, 27. März. Der Gesundheitsausschuß der Kammer hat seine Untersuchung über die Zustände in den Kasernen beendet und den Kriegsminister ersucht, eine Reihe von unerlässlichen Verbesserungen in den alten Kasernen vorzunehmen. — Die „France Militaire“ veröffentlicht eine Statistik über den Gesundheitszustand der Armee im Januar 1914, wonach die Zahl der Kranken bei weitem größer war, als seit langem. In den Spitälern allein waren 21 900 Kranke untergebracht, also 30 pro Tausend, während in dem vorhergegangenen Monat nur 14 auf das Tausend entfielen.

Der Rostock-Ausschuß. Paris, 27. März. Der Rostock-Ausschuß wird heute mit der Erörterung der der Kammer zu unterbreitenden Schlussfolgerung beginnen. Die Ansichten über die Rostocke, die dabei beobachtet werden soll, sind geteilt. Jaurès hält dafür, daß der Ausschuss eine vollständige Darstellung geben soll, während Defebvre es als zweckmäßig erachtet, eine Reihe von Fragen festzustellen, welche der Ausschuss gleich beantworten einfaß mit ja oder nein zu beantworten hätte. Der Ausschuss wird zwischen diesen beiden Methoden zu wählen haben. — Man glaubt, daß die Kammer am nächsten Mittwoch die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses erörtern und daß am Donnerstag die Parlamentssession geschlossen wird.

Ein Brief Rochettes. Paris, 27. März. Das unwahrscheinliche Gerücht, das gestern Abend in der Kammer und auf den Redaktionen der großen Blätter zirkulierte, hat sich bestätigt. Rochette, der Nützliche und seit vielen Jahren von der Polizei geführte Schwindelbankier, hat an den Präsidenten der Untersuchungskommission, Jaurès, einen Brief geschrieben, in dem er mitteilt, daß die geheime Personlichkeit, die dem Advokaten Bernard im Voraus die Versicherung gab, daß die Forderung auf Verlegung des Prozesses von den Justizbehörden bewilligt werden würde und hinter der die öffentliche Meinung Caillaux und Monis, ja den Präsidenten selbst vermutete, niemand anderes gewesen sei als Rochette selbst. Einmal Tages erschien Rochette bei Dumesnil und überreichte ihm ein finanzhistorisches Buch über die Placierungen und Emissionen, die die französische Regierung von 1899 bis 1910 vorgenommen hatte. Rochette erklärte dem erkrankten Direktor des „Rapport“, daß er beabsichtige, einen Anhang zu diesem Werk zu schreiben und zu beweisen, daß alle Placierungen französischen Geldes verfehlt gewesen seien, und daß sie einen Verlust von über 10 Milliarden für das französische Nationalvermögen bedeuteten, während im Gegenteil zu der gleichen Zeit England und Deutschland durch andere Placierungen ihr Nationalvermögen um 17 Milliarden erhöht hätten. Dumesnil war darüber außerst erregt und erklärte, daß er dem Finanzminister Caillaux Mitteilung davon machen

würde. Caillaux sah offenbar ein, daß diese Enthüllungen Rochettes in der Hand eines geschickten Advokaten eine furchtbare Waffe gegen die Regierung werden würden, und widersetzte sich der Verlegung des Prozesses nicht. Rochette ersuchte davon und konnte deshalb mit aller Bestimmtheit dem Advokaten versichern, daß eine Forderung auf Verlegung des Prozesses Erfolg haben würde. Am Schluß des Briefes versichert er aufs nachdrücklichste, daß er niemals in direkter oder indirekter Weise irgendwelchen schriftlichen oder mündlichen Verkehr mit Caillaux oder Monis gepflogen habe, und daß beide der Affäre vollkommen fernstünden. Daß der Brief tatsächlich von Rochette herrührt, unterliegt dem „Rapport“ zufolge keinem Zweifel.

Frau Caillaux vor dem Richter. Paris, 26. März. Bei ihrem heutigen Verhör vor dem Untersuchungsrichter wiederholte Frau Caillaux, daß sie nicht die Absicht hatte, Calmette zu töten, sie habe lediglich Briefe von ihm fordern wollen, die in seinem Besitz waren. Sie sei allerdings entschlossen gewesen, für den Fall, daß Calmette sich weigern sollte, die Briefe herauszugeben, zu schießen und habe sich den Revolver für alle Fälle gekauft. Auf ihre an Calmette gerichtete Frage, ob er den Zweck ihres Besuches kenne, habe dieser verneinend geantwortet. Die Angeklagte sagte weiter, die einzige Erklärung für ihr Verhalten sei, daß sie völlig von Sinnen gewesen sei.

Die Spielbanken nicht Staatsmonopol. Paris, 26. März. Der mit der Präsidentschaft des Senats über die Spielbanken beauftragte Senatsausschuß hat den Antrag des konservativen Senators Gaudin de Villaine, die Spielbanken als Staatsmonopol zu erklären, abgelehnt.

Berurteilung von Arbeiterführern. Paris, 26. März. Das Justizpolizeigericht hat in der Angelegenheit des „Soudou Solat“ den Sekretär des Verbandes der Arbeiterbörse Puyot zu einem Jahr Gefängnis, 14 Sekretäre verschiedener Arbeitervereine in Paris und in der Provinz zu Gefängnisstrafen von 6 bis 8 Monaten verurteilt.

Die Eisenbahnanleihe für Äquatorialafrika. Paris, 26. März. Die Kammer nahm einen Gesetzentwurf an, wodurch die Regierung von Französisch-Äquatorialafrika ermächtigt wird, eine Anleihe von 175 Millionen für Eisenbahnbau aufzunehmen.

England.

Die Krise im Kriegsrat. London, 26. März. (Unterhaus.) Lord Curzon (Unionist) fragte, ob Feldmarschall French und Generalleutnant Erhart, die führenden Mitglieder des Armeerats, um ihre Entlassung ersucht hätten. Schatzkanzler Lloyd George erwiderte in Vertretung Asquiths, dieser werde am Schluß der Sitzung eine Erklärung abgeben. Auf die Frage Robert Cecil (Unionist), weshalb der Premierminister nicht zugegen sei, antwortete Lord George, daß sich Asquith nach dem Buckingham-Palast zum König begeben habe. Lloyd George kündigte ferner an, die Beratung der Gometeilell werde am 31. März wieder aufgenommen. (Feldmarschall French und Generalleutnant Erhart hatten mit dem Kriegsminister Cecil die dem General Gough übergebene Erklärung unterzeichnet, für deren Schluß das Kabinett die Verantwortung ablehnte. Schriftl.)

Asquiths Antwort verweigert. London, 27. März. Ministerpräsident Asquith hat die von ihm angekündigte Erklärung über die Stellung der Generale French und Erhart auf heute verschoben. Durch diese Verzögerung der Antwort des Ministerpräsidenten sind eine Unmenge Gerüchte in Umlauf gesetzt worden, die besonders in den Wandelgängen des Parlaments aufkochen. Unter anderem heißt es, daß der gesamte Kriegsrat seine Entlassung gefordert habe.

Der König in London zurück. London, 26. März. Der König und die Königin sind heute nachmittag von Chester zurückgekehrt. Ministerpräsident Asquith wurde sofort nach dem Buckinghampalast befohlen.

Italien.

Der Eisenbahnerstreik. Rom, 27. März. Die Bewegung unter den Eisenbahnarbeitern nimmt im ganzen Lande zu. Von überall her kommen Nachrichten von stürmischen Versammlungen der Eisenbahnarbeiter, in denen man sich zum größten Teil fast einstimmig für einen Streik erklärt. Es scheint, als ob ein solcher schon seit langem zielbewußt und methodisch vorbereitet worden ist. Die Eisenbahner verlangen 50 Millionen Lire zur Aufbesserung ihrer Gehälter. Man nimmt an, daß der drohende Ausfall einer der Hauptgründe zur Demission des Kabinetts Giolitti gewesen ist. Das Kabinett Salandra scheint entschlossen zu sein, den Forderungen der Eisenbahner Widerstand zu leisten. Gleichwohl ist man bereit, eine Vorlage auszuarbeiten, in der man den Wünschen der Arbeiter in gewisser Hinsicht entgegenkommen will. Man will es jedoch auf den offenen Kampf ankommen lassen, wenn die Arbeiter die ihnen gemachten Konzeptionen als zu unbedeutend ablehnen.

Russland.

Der große Streik in Petersburg. Petersburg, 26. März. In vielen Fabriken Petersburgs hat wegen der Maßnahmen gegen die Arbeiterpresse heute morgen ein Protestausstand begonnen. — Nach amtlichen Meldungen erreichte die Zahl der Aufständigen im Lauf des Tages eine Höhe von über 45 000. In verschiedenen Stadtvierteln entstanden Ansammlungen von Arbeitern, die revolutionäre Rufe ausstießen. Sie wurden jedoch sofort durch die Polizei zerstreut.

Balkanstaaten.

Aburde Mobilisierungsgerüchte aus Rumänien. Bukarest, 27. März. Ein ausländisches Blatt wußte zu melden, daß Rumänien vor einer neuen Mobilisierung stehe. Das Kriegsministerium habe weitgehende Verfügungen erlassen. Die Einberufung sei durch Trommelschlag verkündet. Die „Agence Roumaine“ erklärt diese Meldung für absurd.

Das ein rumänisch-griechisches Verhältnis. Paris, 27. März. Hier ankommende Meldungen aus Athen besagen, daß man in dortigen offiziellen Kreisen der rumänischen Information von der Auflösung des Verhältnisses zwischen dem griechischen Kronprinzen und der Prinzessin Elisabeth von Rumänien keinerlei Glauben schenkt. Im Gegenteil wird der Kronprinz in 14 Tagen nach Bukarest reisen, um seine offizielle Verlobung mit der Prinzessin zu feiern.

Die Lage im Epirus. Wien, 26. März. Wie die „Athenische Korrespondenz“ aus Salonika meldet, entspricht die Nachricht, daß Korika von den aufständischen Epiroten einge-

schlossen sei, nicht den Tatsachen. Die Heiligen Vataillonen, deren Stärke in der ausländischen Presse weit überschätzt wurden, seien größtenteils bei Chimara konzentriert. Zwischen Abteilungen der „Heiligen Vataillonen“ und Albanesen fanden in den letzten Tagen wiederholt Zusammenstöße statt.

Türkei.

Ein Engländer im Ministerium des Innern. Konstantinopel, 26. März. Das englische Mitglied der Kommission der Finanzreformen Graves ist zum Generaldirektor der Inspektoren des Ministeriums des Innern ernannt worden. Der Posten ist infolge einer Neuorganisation des Ministeriums neu gebildet worden.

Vereinigte Staaten.

Die Panamakanal im Senat. Washington, 26. März. Der Senat begann heute die Beratung der Bill, durch welche die Geführensfreiheit amerikanischer Küstenschiffe im Panamakanal aufgehoben wird. Im Repräsentantenhaus wurde der Beginn der Beratung der Bill durch Obstruktionsschmäuder verzögert.

Frauenwahlrecht in Massachusetts. R. Boston, 27. März. Das Repräsentantenhaus des Staates Massachusetts hat heute mit 134 gegen 99 Stimmen ein Amendement zur Staatsverfassung angenommen, wonach das Wort „männlich“ in den Bestimmungen über die Wahlberechtigten weggelassen werden soll. Das gleiche Amendement ist im Senat bereits angenommen worden.

Mexiko.

Die Ausländer in Torreon befinden sich wohl. El Paso, 26. März. Von Torreon ist weiter keine Nachricht eingelaufen als die Mitteilung, daß sich die Ausländer wohl befinden.

Eine neue Niederlage der Aufständischen. Washington, 26. März. Die mexikanische Gesandtschaft hat folgende Nachricht aus Mexiko erhalten: Die Aufständischen sind gestern abends bei Gomez Palacio geschlagen und zurückgeworfen worden. Sie hatten schwere Verluste, als sie versuchten, sich zu nähern.

Hefige Kämpfe bei Saltillo. Mexiko, 26. März. Bei Arriaga, nahe Saltillo, haben heftige Kämpfe stattgefunden, in denen 347 Aufständische gefallen sein sollen. Auch aus der Gegend westlich von Monclova werden Kämpfe gemeldet.

Südamerika.

Prinz Heinrich in Rio de Janeiro. Rio de Janeiro, 26. März. Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen sind nach einer vorzüglich verlaufenen Reise bei bester Gesundheit hier eingetroffen und bei ihrer Ankunft am Bord des Dampfers „Kap Trafalgar“ von dem Unterstaatssekretär Paoli und dem Bürgermeister von Rio de Janeiro begrüßt worden. Die Gemahlin des Präsidenten Hermes da Fonseca übersandte der Prinzessin ein Blumenarrangement. Um 1/2 Uhr vormittags stattete der Präsident dem Prinzen einen Privatbesuch ab. Der Präsident begab sich unmittelbar darauf, begleitet von dem Minister des Äußeren Lauro Muller, am Bord des Dampfers „Kap Trafalgar“, um dem Prinzen einen Besuch abzustatten. Nach einem Ausflug nahmen der Prinz und die Prinzessin mit dem Präsidenten und seiner Gemahlin an einem Diner im Ministerium des Äußeren teil. Später empfing der Prinz und die Prinzessin die Mitglieder der deutschen Kolonie und des Klubs „Germania“. Das „Journal de Commercio“ schreibt: „Der Besuch des Prinzen wird ein neuer Beweggrund für die Annäherung der beiden Nationen sein, die durch aufrichtige Freundschaft und zahlreiche intellektuelle und wirtschaftliche Beziehungen verbunden sind.“

Der Belagerungszustand über Rio verlängert. Rio de Janeiro, 26. März. Der Belagerungszustand ist bis zum 30. April verlängert worden.

Die Krise in Peru. Lima, 26. März. Der erste Vizepräsident, Roberto Leguia, hat auf die Präsidentschaft der Republik verzichtet. Es wird ein neuer Staatsrat gebildet werden, um das Datum der Wahlen für die Präsidentschaft anzusehen. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

Japan.

Vertagung des Parlaments. Tokio, 26. März. Das Parlament ist bis Dezember vertagt worden. Fushimi, Yamagata, Matsukata und Okuma wurden vom Kaiser in Audienz empfangen, um über die Nachfolge Yamamoto zu beraten.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Kaufmännischer Nachwuchs.

Über diesen Gegenstand verbreitete sich gestern Abend Stadtvorordner Heinrich Glücklich, der Vorsitzende des Kaufmännischen Vereins Wiesbaden, in einer Zusammenkunft desselben. Herr Glücklich lehnte sich in seinen Ausführungen an den vor einigen Monaten stattgehabten Pressenkampf in der „Frankfurter Zeitung“, der zwischen Angehörigen der Kaufmannschaft einerseits und der selbständigen Kaufmannschaft andererseits ausgefochten wurde. Veranlassung zu dieser Pressfehde war bekanntlich ein Inserat, womit für einen leitenden Posten geeignete Bewerber gesucht wurden, und es wurde hierin gewünscht, daß sich auch kommunale und Staatsbeamte als Bewerber melden möchten. Dieses Inserat hat in kaufmännischen Kreisen eine große Erregung hervorgerufen, weil durch das Übergreifen der akademischen Berufe in den Kaufmannstand es dem heranwachsenden kaufmännischen Nachwuchs immer schwerer würde, in leitende Stellungen zu kommen. Hinzu kam noch der bekannte Erfolg des Kriegsministeriums. Handel und Industrie möchten, mehr als bisher, verabschiedete Offiziere aufnehmen. Nebenher sprach sich dahin aus, daß der moderne Handlungsgeld ein strebsamer, wohlgezügelter Mensch sei, der sich alle Mühe gebe, das Höchste zu leisten, was von ihm verlangt wird. Die hohe Achtung, die das Ausland dem deutschen Kaufmann entgegenbringe, basiere mit in erster Linie auf der Tüchtigkeit des deutschen Handlungsgeldes. Um so schmerzlicher müsse es diesen Stand berühren, wenn er sieht, daß die hochbezahlten leitenden Stellungen an Juristen, kommunale Beamte und Offiziere vergeben werden. Herr Glücklich verteilte den Standpunkt, daß es selbstverständlich auch bei den anderen Berufen, Beamten, Offizieren usw. Leute gibt, die ein ausgeprochenes kaufmännisches Talent besäßen, und es wäre ein Unlück, wenn man diesen den Eintritt in den Kaufmannstand nur deshalb verweigern wolle, weil sie vielleicht eine 2- oder 3-jährige Lehre nicht durchgemacht hätten. Im

Gegenüber, für den Kaufmannstand könne es nur von Vorteil sein, wenn geistig hervorragende Menschen den kaufmännischen Beruf ergreifen, und sei dies auch erst in späteren Jahren. Allerdings müsse man verlangen, daß diese Beamten und Offiziere sich dann auch wirklich als Kaufleute fühlten. Indessen, was dem einen recht, müsse dem anderen billig sein. Mit dem gleichen Recht, mit welchem kommunale und Staatsbeamte und Offiziere in die Kaufmannschaft eintreten, müsse es auch dem Kaufmann gestattet sein, in die Verwaltungen der kommunalen und der Armeeverwaltungsämter einzutreten. Aber in dieser Hinsicht beständen turmhoch Schwierigkeiten. Wenn — so führte der Vortragende weiter aus — bei Vergebung leitender Posten die kaufmännischen Gehilfen oft übersehen würden, so läge dies an einer gänzlich unangebrachten Bescheidenheit der jungen Kaufleute. Er forderte deshalb von dem kaufmännischen Nachwuchs nicht allein berufliche Tüchtigkeit, sondern auch ein großes Maß Allgemeinbildung, ein entschiedenes, sicheres Auftreten und gesellschaftliche Fähigkeiten; des weiteren eine gewisse Gewandtheit in der freien Rede, Eigenschaften, ohne die man heutzutage nicht vorwärts kommen könne. Der deutsche Kaufmann müsse mehr aus sich herausgehen, er müsse sich seiner Bedeutung bewußt werden, denn ohne die Intelligenz unserer Kaufleute, die mit ihren geschäftlichen Verbindungen die Welt umspannen, wäre Deutschland niemals so groß und mächtig geworden, wie es heute ist. — Die interessanten Ausführungen ernteten reichen Beifall. Demselben verließ Herr Kaufmann Josef Stamm, der an diesem Abend die Versammlung leitete, auch noch mündlichen Ausdruck. In der nachfolgenden lebhaften Aussprache, an welcher sich die Herren Stamm, Jakob Stadt und Goslar, sowie Handelschullehrer Schopen beteiligten, wurde noch manches Interessante über die Bildungsbestrebungen des Kaufmannstandes zutage gefördert; insbesondere Beifall fanden hierbei die Ausführungen des Herrn Schöper. Herr Stamm schloß den lehrreichen Abend mit dem Wunsche, daß die Ausführungen des Herrn Glücklich, die jeder Kaufmann uneingeschränkt unterschreiben könne, von allen beherzigt und in die Tat umgesetzt werden möchten.

— Am Kranzplatz ist man gegenwärtig mit der Erweiterung der Kochbrunnenanlagen und der Ausgestaltung des durch den Abbruch der „alten Nase“ freigewordenen Platzes beschäftigt. Von der vor einiger Zeit errichteten monumentalen Aus schmückung scheint zunächst Abstand genommen worden zu sein. Dafür erhält die Kochbrunnenanlage einen würdigen Abschluß nach der Altstadt und gleichzeitig ein vorteilhaftes Entree vom Kranzplatz aus. Von Kuchelsteinmauern und Säulen flankiert, wird der Platz mit einem Halbkreis von sogenannten Nizzaplätzen umsäumt, über dessen Hintergrund Blumenkästen angebracht werden, deren blühende Pflanzen im Frühjahr und Sommer eine reizvolle Dekoration darstellen. In der Mitte des Halbkreises, zu dem wegen der Steigung des Terrains einige Stufen führen, wird ein geräumiges Tor den Eingang zu den Anlagen am Kochbrunnen vermitteln. Insgesamt werden auf dem Platz 10 Bänke aufgestellt finden. Der Platz davor wird mit Mosaikpflaster ausgemauert.

— Straßenverbesserungen. In der Hermannstraße zwischen Pismardring und Balkramstraße wird demnächst der südliche Gehweg in Gehsteigpflaster umgelegt. — In der Rosenstraße zwischen Bierstädter- und Gartenstraße wird im nächsten Monat mit dem Umbau des östlichen Gehwegs in Mosaikpflaster begonnen. — In der Vertramstraße zwischen Pismardring und Hellmündstraße wird in demselben Monat der nördliche Gehweg in Gehsteigpflaster umgebaut.

— Fleischschlag. Der Vorstand der Fleischzernung schreibt uns: Da die Einkaufspreise für Schweine einen weiteren Rückgang zu verzeichnen haben, ist der Verkaufspreis für Schweinefleisch wiederum dementsprechend von den hiesigen Hühnern herabgesetzt worden. Wir glauben, daß die Konsumenten es lieber sehen würden, wenn das „dementsprechend“ hier, z. B. durch einen Einheitspreis, zum ziffernmäßigen Ausdruck käme.

— Schaufenster. Die Lehrdame der Beratungsstelle für Gasherdverwertung sprach gestern Abend im großen Saal der „Wartburg“ vor gut besetztem Hause über „Das Gas in der Küche“. Bei ihren Ausführungen gewann man sofort den Eindruck, daß hier nicht allein die Beamtin, sondern auch die erfahrene Hausfrau sprach. Der Kontakt zwischen ihr und dem meist aus Damen bestehenden Publikum war deshalb schnell hergestellt. Die erteilten Ratsschläge fanden ein aufmerksames Ohr und wirkten überzeugend. Den Worten folgte bald der praktische Beweis, daß man auf Gas besser und billiger als auf dem Kohlenherd kochen, braten, grillen, baden und sterilisieren kann. So wurde z. B. auf einem einfachen Automaten-Gasherd ein köstliches Mittagessen für vier Personen mit einem Aufwand von nur 4 bis 5 Pf. für Gas schnell zubereitet. Die sonst für das Anrichten der Speisen entfallenden Kosten wurden durch Vorführung von Lichtbildern angenehm ausgefüllt.

— Gefellenprüfung im Fleischerhandwerk. Bei der gestern unter der Leitung des Obermeisters Matten abgehaltenen Gefellenprüfung im Fleischerhandwerk bestanden folgende Lehrlinge die Prüfung: Julius Hermann aus Bohenhausen in Oberhessen; Willi Kaufmann aus Mainbernheim in Unterfranken; Reinhard Heinrich aus Fronhausen (Kreis Marburg); Fritz Klein aus Wülfelsbach; Ernst Höger aus Breckenheim bei Mainz; Wilhelm Bunn aus Mainz; Jean Pullmann aus Groß-Zimmern (Kreis Dieburg); Joseph Roll aus Weidenbach (Kreis Weizsäcker); Richard Burckhardt und Rudolf Gerlach, beide aus Wiesbaden.

— Telegraphenverkehr. Bei dem Telegraphenamt tritt am 1. April in den Dienststunden für das Publikum keine Änderung ein. Das Telegraphenamt bleibt nach wie vor für die Annahme von Telegrammen und Besprechungen Tag und Nacht geöffnet.

— Das Kleinpflaster, ein Mittel gegen den Automobilraub. Das Kleinpflaster hat sich im Regierungsbezirk Wiesbaden auf den Bezirksstraßen weiter sehr gut bewährt; seine Haltbarkeit ist bedeutend größer, als ursprünglich angenommen war. Auch eine erhebliche Verbilligung der Unterhaltungskosten der durch häufigen Verkehr belasteten Straßen wird erzielt. Dazu kommt vor allem der Vorzug, daß der Automobilraub auf Kleinpflaster nur in geringem Maß auftritt. Im Jahre 1914 werden auf folgenden Strecken der Bezirksstraßen des Regierungsbezirks die Decken in Kleinpflaster und mit bituminösem Bindematerial ausgeführt: Eine 1140 Meter lange Strecke zwischen Eisene Hand und Hahn, 672 Meter vor Erbenheim, 700 Meter zwischen Vinburg und Staffell, 423 Meter im Ortsbereich des Ortes Herzbach, 600 Meter zwischen Niederbrechen und Dauborn, 2500 Meter der Schellstraße oberhalb Oberscheid, 1738 Meter im Ortsbereich von Offenbach (Dillkreis), 680 Meter im Ortsbereich von Eich-

born, 788,8 Meter auf der Umgebungsstraße bei Hattersheim, 568,1 Meter im Ortsbereich von Unterriedelbach, 545,2 Meter zwischen Hattersheim und Hofheim, 360 Meter zwischen Homburg und Oberursel. Mit bituminösem Bindematerial werden 1180 Meter der Straßenstrecke zwischen Bad Homburg und Oberursel ausgeführt.

— Ein schwerer Betriebsunfall hat sich gestern nachmittag in der „Maschinenfabrik Wiesbaden“ bei Dohheim ereignet. Der 15 Jahre alte Schlosserlehrling Julius Kunze aus Dohheim kam mit der rechten Hand in eine Feilschmaschine, wobei ihm drei Finger abgequetscht wurden. Die Sanitätswache legte dem Verwundeten einen Notverband an und brachte ihn nach dem hiesigen städtischen Krankenhaus.

— Kleine Notizen. Die Nr. 13 der „Anstellungs-Nachrichten“ liegt in der Geschäftsstelle des „Wiesbadener Anzeigers“ zur unentgeltlichen Einsicht offen. — Samstag, den 28. d. M., abends 8½ Uhr, findet im „Ranfurter Hof“, Berggasse 37, die Generalversammlung des „Murer-Eins“ statt. — In dem lokalen „Historische Strassenamen“ in der heutigen Morgen-Ausgabe ist in der fünften Zeile von unten statt August-Wilhelm-Straße August-Wilhelm-Straße zu lesen. — Die Wiesbadener Tanzschule (Zubörer Fritz Sauer und Frau) veranstaltet am Samstag, abends 9 Uhr, im großen Saal der „Wartburg“ wieder eine ihrer beliebten Reunions. Herr Sauer wird dabei mit seinen Partnerinnen die modernsten Tänze nach den Erfahrungen seines letzten Berliner Auftritts vorführen.

Vorbericht über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

— **Auktions.** Der „Mainzer Männergesangsverein“ konzeriert am nächsten Sonntagabend 8 Uhr im Kurhaus. Seine außerordentlichen Erfolge in mehreren früheren Konzerten an derselben Stelle und der Name seines Leiters Wilhelm Weiss von hier bürgen für einen besonderen Genuß auf dem Gebiet des Männergesangs. Der Verein tritt in einer Stärke von 150 Sängern auf und singt u. a. „Sehnsucht“ von Schubert und „Tiroler Nachtwache“ von Heuberg, außerdem eine Anzahl der schönsten deutschen Volkslieder.

— **Konzert.** Das fünfte Teckkonzert zum Besten der Wiederherstellung der Anglo-Amerikanischen Kirche findet im „Hotel Nassau“ am kommenden Mittwoch statt. Das Programm ist wieder sehr reichhaltig.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

— Die am Montag, den 23. März, im Vereinslokal, Turnhalle Hellmündstraße 25, im „Altkatholischen Kirchenchor“ vorgenommene Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: **Präsident** W. Kimmell, 1. **Vorsitzender**, Julius Weher, 2. **Vorsitzender**, Hermann Zimmermann, Schriftführer, Karl Becker, Kassierer, Heinrich Voller, Rosenmar, Andreas Siegel, Fritz, 3. **Vorsitzender**, Frau E. Waser, Beisitzer. Der Chor steht, wie früher, unter der bewährten Leitung des Chormeisters Hermann Stiller.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Die Beamtenfreundlichkeit der „Süddeutschen“.

— **Diebstahl.** 26. März. Die schon oft gerühmte eigenartige Haltung der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft gegenüber ihren Schaffnern und Wagenführern, die man am treffendsten mit Beamtenfreundlichkeit überlegen möchte, wird durch eine vor drei Tagen erfolgte Verfügung über die außerdienstliche Benutzung der Straßenbahn durch die genannten Unterbeamten wieder kennzeichnend illustriert. Bisher bestand die Anordnung, daß das Bahnpersonal außerdienstlich die Uniform in Uniform zu jeder Zeit benutzen konnte. Für Fahrten in Zivilkleidern, die einmal monatlich gestattet waren, mußte eine vorherige Bescheinigung bei der Betriebsverwaltung erteilt werden. Das Personal hat nun in einer Eingabe, auch die Benutzung in Zivilkleidern auf Grund des beiseitigen Führerscheins ohne besonderen Ausweis und ständig zu gestatten. Statt einer Antwort auf dieses Gesuch kam jetzt eine Verfügung der Direktion heraus, wonach zukünftig auch die unentgeltliche Benutzung der Straßenbahn in Uniform für das Bahnpersonal aufgehoben und nur die einmalige Benutzung in jedem Monat zu außerdienstlichen Fahrten gestattet wird. Diese kann nur nach Ausstellung einer besonderen Erlaubnisurkunde erfolgen. Das Gesuch der Straßenbahner wurde im übrigen seiner besonderen Antwort gewürdigt. Das Vorhaben der Direktion befremdet um so mehr, als die Linien der Gesellschaft bekanntlich eine außerordentlich gute Rentabilität aufweisen. — In Verbindung damit ist vielleicht noch erwähnenswert, daß die aus den Kreisen der Unterbeamten gegründete Bau-Gesellschaft zur Errichtung von Mietwohnungen bisher ihre Ziele nicht hat durchführen können, weil ihr das Kapital für die erste Spende vom Bau der geplanten Einfamilienhauskolonie noch fehlt. Der Plan wird durch diesen Umstand wahrscheinlich zunächst werden. Eine beamtenfreundliche Verwaltung hätte hier gewiß Gelegenheit genommen, die Berufsfreudigkeit ihrer Angestellten durch etwas mehr Entgegenkommen zu heben, zumal die soziale Lage des Bahnpersonals einer derartigen Unterstützung durchaus bedürftig erscheint.

Nassauische Nachrichten.

— **Aus der neuen Seelbühnenvorlage.** Die gestern dem Abgeordnetenhaus zugegangen ist, ist für unseren Bezirk wenig zu erwähnen. Zur Herstellung von zweiten und weiteren Gleisen sind u. a. für Westerburg — Erbach im Westerwald 238 000 M. für Grundbesitz vorgezogen. Schließlich fordert der Entwurf 650 000 M. zum Erwerb des Eigentums des Cronberger Eisenbahnunternehmens unter Ermächtigung der Staatsregierung zum Umlauf von 12 000 000 M. Aktien der Cronberger Eisenbahn in Staatsguthabensbescheinigungen der Sprossigen konsolidierten Anleihe zum gleichen Nennwert.

Eine 10 000-Mark-Stiftung.

— **k. Höchst a. M., 26. März.** Von einem ungenannten Wohltäter ist der Stadt eine Darlehensstiftung von 10 000 M. zum Besten der städtischen Beamten, Lehrer und Angestellten überwiesen worden. Von dem Kapital sollen den städtischen Beamten usw. im Bedarfsfall Darlehen bis zu 1000 M. gewährt werden, eventuell sollen von der Hälfte des Stiftungskapitals bei der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Anteile erworben und dieselben den auf eine Wohnung bei der Genossenschaft reflektierenden städtischen Angestellten lehnweise überlassen werden. Von den Zinsen der Stiftung sollen den städtischen Beamten usw. in Krankheitsfällen Unterstützungen gewährt werden. Die Statutenordneten nahmen die Stiftung mit Dank an.

— **r. Winkel, 26. März.** Einen bedauerlichen Verlust erleidet unsere Gemeinde. Herr Oberbahnassistent Jäkel, welcher schon 14 Jahre auf Station Strich-Winkel Dienst tat und hier wohnhaft ist, wurde zum Vorsteher befördert und nach Camp versetzt.

— **11. März a. M., 26. März.** Auf der hiesigen Station wurde heute vormittag gegen 5½ Uhr der Hühnerfresser Ferdinand Gail aus Oberlaunstein von einem auf der Durchfahrt nach Wiesbaden befindlichen Güterzuge, wobei er überfahren und getötet wurde. Die Leiche wurde sogleich versammelt zwischen den Gleisen aufgefunden. Allem Anschein nach bemutete der Verunglückte von Oberlaunstein aus den durchgehenden Güterzug, um den bereits früher vorausgefahrenen Stadtgüterzug, den er verläßt, zu empfangen.

Beleider befand sich beim Passieren des durchgehenden Güterzugs gerade auf hiesiger Station und Gail ist, als er dieses wahrnahm, offenbar abgelenkt, um zu seinem Zuge zu gelangen, wobei er von dem Stadtgüterzug erlegt wurde. Näheres wird die sofort eingeleitete Untersuchung ergeben.

— **k. Höchst a. M., 27. März.** Im Stadtpark hat sich gestern morgen gegen 11 Uhr der Fabrikarbeiter Karl Schäfer erschossen. Das Motiv dürfte eine kürzlich wegen Streitigkeiten mit den Nachbarn erhaltene zweiwöchige Freiheitsstrafe sein. — Bei der Staatsberatung erstattete namens des Finanzausschusses Dr. Kordorfer Bericht. Die hierbei erledigten Positionen erfordern eine Mehrausgabe von insgesamt 570 000 M. In der Debatte wurde betont, daß hier die Errichtung eines kostspieligen Krematoriums mit Rücksicht auf die in Frankfurt befindliche Feuerbestattungseinrichtung unnötig sei.

Aus der Umgebung.

Ein Kaiserdenkmal.

— **ht. Bad Homburg v. d. H., 26. März.** Der Kaiser hat angeordnet, daß für den geplanten Denkmal im Kaiser-Wilhelm-Jubiläumspark roter Main-Sandstein Verwendung finden soll. In den architektonisch bebauten Stein soll eine Porträt-Plakette des Kaisers eingelassen werden. Der Stein findet in der Mitte des Parks, gegenüber dem vierstöckigen Park-Ausstellung.

Präsident Zimmermann.

— **wb. Speyer, 27. März.** Heute nacht ist, wie die „Pfälzer Ztg.“ meldet, nach nur mehrtägigem Leiden der Domkapitular Präsident Dr. Zimmermann im 76. Lebensjahre gestorben. Dr. Zimmermann war lange Zeit Mitglied der Zentrumsfraktion des bayerischen Landtags. Er hat sich vor allem durch die Restaurierung der Kaisergräber große Verdienste erworben.

— **w. Frankfurt a. M., 27. März.** Die Eröffnung der Ausstellung „Mutter und Säugling“ findet am Freitag, den 3. April, statt.

— **m. Kreuznach, 26. März.** Nach einer Berichtigung vom Landrat v. Raffe (Kreuznach) hat Herr v. Krupp-Halbach zwar einen kleineren Betrag, einen Bruchteil der angegebenen Summe von 100 000 Mark, für die Herstellung der Ebernburg gezeichnet, jedoch ohne irgendwelche Bestimmungen usw.

— **w. Wiesbaden, 26. März.** Aus Furcht vor Strafe hat der Musikleiter Eisenhart von der 8. Kompagnie des Infanterie-Regiments „Kaiser Wilhelm“ Nr. 118 einen Selbstmordversuch gemacht, indem er sich mit seinem Dienstgewehr eine Platzpatrone in den Mund schoß. Er wurde schwer verletzt ins Lazarett gebracht. Sein Zustand ist sehr ernst.

Sport und Spiel.

— **sr. Jodei Frank Sharpe.** In Remscheid ist im Krankenhaus Jodei Frank Sharpe im Alter von 55 Jahren gestorben. In seiner Jugendzeit war er einer der berühmtesten Jodeis. Leider aber befiel sich an seinen Namen auch eine der traurigsten Begebenheiten im deutschen Sportsport. Es war im Jahre 1900, wo er im Deutschen Derby den heißen Favoriten, den aus Österreich herübergekommenen Capo Gallo des Herrn A. Treber, zu feuern hatte. Man sagt, daß Sharpe für hohe Summen bestochen worden sei, den Senit an Sharpe zu verhindern. Jedenfalls wird er betrunken in den Sattel, ritt Capo Gallo total gegen Ober und endete schließlich als Vieh, während Sagen gegen Attila und Griffin gemann. Die Angelegenheit wurde dem Österreichischen Jodelklub angezeigt und die Untersuchung inbete mit der lebenslangen Disqualifikation des berühmten Reiters. Sharpe hatte seine Tätigkeit als Jodei in England begonnen. 1893 kam er an den Stall des Freiherren v. Oppenheim, 1896 ging er nach Österreich. Sein letzter großer Erfolg bildete der Sieg von Capo Gallo im Wiener Derby 1900.

— **sr. Nistrudermath Oxford-Cambridge.** Am Samstag geht auf dem berühmten Themse-Gowes von Putney nach Mortlake das klassische Nistrudermath zwischen den Nistrudermath-Schiffen der beiden englischen Universitäten Oxford (dunkelblau) und Cambridge (hellblau) zum 71. Male vor sich. Nach den Trainingsberichten zu urteilen, haben die „Hellblauen“ in diesem Jahre eine sichere Chance, das Rennen zu gewinnen und ein Sieg ist ihnen wohl zu ahnen, da während der letzten fünf Jahre Oxford in ununterbrochener Reihenfolge triumphieren konnte. In den bisherigen Kämpfen siegte Oxford 30 Mal, Cambridge 30 Mal, während eine Begegnung, am 24. März 1874, unentschieden endete.

Neues aus aller Welt.

— **Ein Schiffszusammenstoß.** Dover, 26. März. Der Hamburger Dampfer „Hav. Finisterre“ stieß gestern im Ärmelkanal mit der norwegischen Bark „Aegion“ zusammen, die nach Cardiff bestimmt war. Die Bark wurde an der Backbordseite beschädigt und nach Dover geschleppt. Der Dampfer setzte seine Reise fort. Es ist unbekannt, ob es Beschädigungen erlitten hat.

— **Drei Lehrer im Raragebiet verunglückt.** Graa, 26. März. Drei Volksschullehrer, die sich auf einem Ausflug ins Raragebiet befanden, sind von dort nicht wieder heimgekehrt. Man befürchtet, daß sie in einen Schneesturm geraten und verunglückt sind. Eine Rettungsexpedition ist unterwegs.

— **Stauungen von einem See bedroht.** Christiania, 27. März. In Stauungen verdrängt eine ganze Straße mit einer Allee von großen Bäumen dadurch, daß der Finnensee über seine Ufer trat. Die schönsten Teile der Stadt sind in Gefahr, ebenso die Eisenbahnstrecke in der Nähe der überflutungsstelle. Ein glücklicher Zufall ist es, daß kein Menschenleben dabei verloren ging.

— **Neues Hochwasser der Mosel.** Trier, 27. März. Weil die Mosel nach heftigen Regengüssen wieder gestiegen ist, wurde die Schifffahrt eingestellt.

— **Die Asienische Vorkatastrophe.** Berlin, 27. März. Gestern Abend wurde die Leiche des letzten Opfers der Katastrophe auf der Obersee, die des Fräuleins Seidelbrecher, gefunden und geborgen.

— **Die Deutscher auf Kuba.** Havana, 26. März. Hier sind drei Fälle von Deutscher Vorkatastrophe. Die Erkrankten wurden isoliert.

— **Ein sibirischer Kriegsdampfer in Senot.** Paris, 26. März. Aus Paris wird gemeldet: Der sibirische Kriegstransportdampfer „Maipo“, der sich auf offener See bei Velle Isle befindet, sandte drahtlose Signale. Ihm wurde von dem deutschen Dampfer „Sierra Corbado“ und einem englischen Schiffe rechtzeitig Hilfe gebracht. Das sibirische Schiff, das eine 106 Mann starke Besatzung an Bord hat, wird nach Velle geschleppt werden.

Letzte Drahtberichte.

Kaiser Wilhelm vor Schloss Miramar.

— **wb. Triest, 27. März.** Der deutsche Kaiser ist am Bord der „Hofenzollern“ kurz vor 11 Uhr auf der Reise vor dem Schloss Miramar eingetroffen, wo er von dem Saluti der dort vor Anker liegenden österreichisch-ungarischen Eskader begrüßt wurde.

Sprechstunde der Redaktion: 10 bis 1 Uhr; in der politischen Redaktion
von 10 bis 11 Uhr

Kursberichte vom 27. März 1914.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

1 Pf. Sterling	20.40
1 Franc, 1 Lira, 1 Peseta, 1 Lb.	2.80
1 österr. Kr.	2.80
1 N. d. W.	1.70
1 österr.-ungar. Krone	2.80
100 fl. öst. Konv.-Münze	105 fl. W.
1 skand. Krone	1.125

1 fl. hell	1.70
1 alter Gold-Rubel	3.20
1 Rubel, alter Kredit-Rubel	2.10
1 Peso	4.00
1 Dollar	4.20
1 fl. süddeutsche W.	12.00
1 Mk. Bko.	1.80

Berliner Börse.

Bank-Aktien.	In %	Div.	In %
Berliner Handelsbank	102.50	10 Rheinische Stahlw.	159.20
Commerz- u. Disc.	112.80	12 Kiebsche Montan	196.50
Darmstädter Bank	129.20	10 Rombacher Hüttenw.	158.25
Deutsche Bank	251.	Wittener Stahlhütten	131.25
D. Erl. u. Wechselb.	118.25		
Disconto-Commandit	197.25		
Dresdner Bank	158.30		
Meininger Hyp.-Bank	138.		
Mittelb. Creditbank	117.		
Nationalb. f. Deutschl.	110.50		
Oesterr. Kreditanst.	198.20		
Priesterberg Intern. Bk.	158.10		
Reichsbank	102.50		
Schaffh. Bankverein	102.50		
Bahnen- u. Schiffahrt.			
Canada-Pacific	202.45		
Baltimore und Ohio	89.60		
Deutsche E.-B.-G.	111.50		
Hamb.-Am. Paketf.	140.50		
Hansa-Dampfschiff.	223.70		
Niederwaldbahn	21.75		
Nordd. Lloyd	122.30		
Oesterr.-Ung. Staatsb.	21.60		
Oesterr. Südb. (Lomb.)	21.60		
Orient. E.-B.-G.	21.60		
Pennsylvania	159.		
Südd. Eisenbahn-G.	144.10		
Schantung-Eisenb.	144.10		
Bräueren.			
Schulz & Co.	268.		
Leipz. Bierbr. Riebeck	170.		
Wiesbad. Kronenbr.	11.75		
Bau- u. Tiefbau-Unternehm.			
Beton- und Monierb.	164.25		
Deutsche Erdöl-Ges.	244.25		
Ostb. u. Königs	230.		
Neue Boden-A.-G.	85.		
Bergwerks-Unternehmungen.			
Amst. & Co.	160.40		
Baroper Walzwerk	92.		
Buchener Gußstahl	222.60		
Buders Eisenwerk	112.10		
Concordia Bergbau	130.50		
Deutsche-Luxemb.	394.80		
Donnersmarckhütte	189.75		
Eisenhütten Thale	215.75		
Eichw. Bergwerk	220.		
Gelsenk. Bergwerk	146.		
Harpener Bergbau	182.60		
Hörsch-Eisen u. Stahl	310.10		
Ilse Bergbau	475.50		
Königs- u. Laurahütte	179.20		
Lauchhammer kon.	155.50		
Lomb.-Brauerei	205.50		
Mühlb. Bergwerk	170.75		
Obersch. Koksw.	241.		
Phönix-Bergb. u. Hüt.	238.30		
Rhein-Nass. Bergb.	214.		

Frankfurter Börse.

Staats-Papiere.	In %	Div.	In %
a) Deutsche			
1. D. R.-Schatz-Anw.	100.		
2. D. R.-Ant. 1875	88.50		
3. D. Reichs-Anleihe	78.15		
4. Pr. Kons. ant. 1918	98.60		
5. Pr. Schatz-Anw. 1917	99.15		
6. Preuss. Konsols	86.30		
7. D. v. 1913	78.05		
8. D. v. 1913	96.75		
9. D. v. 1913	97.20		
10. D. v. 1913	98.20		
11. D. v. 1913	98.20		
12. D. v. 1913	98.20		
13. D. v. 1913	98.20		
14. D. v. 1913	98.20		
15. D. v. 1913	98.20		
16. D. v. 1913	98.20		
17. D. v. 1913	98.20		
18. D. v. 1913	98.20		
19. D. v. 1913	98.20		
20. D. v. 1913	98.20		
21. D. v. 1913	98.20		
22. D. v. 1913	98.20		
23. D. v. 1913	98.20		
24. D. v. 1913	98.20		
25. D. v. 1913	98.20		
26. D. v. 1913	98.20		
27. D. v. 1913	98.20		
28. D. v. 1913	98.20		
29. D. v. 1913	98.20		
30. D. v. 1913	98.20		
31. D. v. 1913	98.20		
32. D. v. 1913	98.20		
33. D. v. 1913	98.20		
34. D. v. 1913	98.20		
35. D. v. 1913	98.20		
36. D. v. 1913	98.20		
37. D. v. 1913	98.20		
38. D. v. 1913	98.20		
39. D. v. 1913	98.20		
40. D. v. 1913	98.20		
41. D. v. 1913	98.20		
42. D. v. 1913	98.20		
43. D. v. 1913	98.20		
44. D. v. 1913	98.20		
45. D. v. 1913	98.20		
46. D. v. 1913	98.20		
47. D. v. 1913	98.20		
48. D. v. 1913	98.20		
49. D. v. 1913	98.20		
50. D. v. 1913	98.20		
51. D. v. 1913	98.20		
52. D. v. 1913	98.20		
53. D. v. 1913	98.20		
54. D. v. 1913	98.20		
55. D. v. 1913	98.20		
56. D. v. 1913	98.20		
57. D. v. 1913	98.20		
58. D. v. 1913	98.20		
59. D. v. 1913	98.20		
60. D. v. 1913	98.20		
61. D. v. 1913	98.20		
62. D. v. 1913	98.20		
63. D. v. 1913	98.20		
64. D. v. 1913	98.20		
65. D. v. 1913	98.20		
66. D. v. 1913	98.20		
67. D. v. 1913	98.20		
68. D. v. 1913	98.20		
69. D. v. 1913	98.20		
70. D. v. 1913	98.20		
71. D. v. 1913	98.20		
72. D. v. 1913	98.20		
73. D. v. 1913	98.20		
74. D. v. 1913	98.20		
75. D. v. 1913	98.20		
76. D. v. 1913	98.20		
77. D. v. 1913	98.20		
78. D. v. 1913	98.20		
79. D. v. 1913	98.20		
80. D. v. 1913	98.20		
81. D. v. 1913	98.20		
82. D. v. 1913	98.20		
83. D. v. 1913	98.20		
84. D. v. 1913	98.20		
85. D. v. 1913	98.20		
86. D. v. 1913	98.20		
87. D. v. 1913	98.20		
88. D. v. 1913	98.20		
89. D. v. 1913	98.20		
90. D. v. 1913	98.20		
91. D. v. 1913	98.20		
92. D. v. 1913	98.20		
93. D. v. 1913	98.20		
94. D. v. 1913	98.20		
95. D. v. 1913	98.20		
96. D. v. 1913	98.20		
97. D. v. 1913	98.20		
98. D. v. 1913	98.20		
99. D. v. 1913	98.20		
100. D. v. 1913	98.20		
b) Ausländische.			
1. Belgische Rente	78.20		
2. Bulg. Tabak v. 1902	87.		
3. Französ. Rente	64.80		
4. Griech. E.-B. v. 1900	51.50		
5. D. v. 1900	78.20		
6. D. v. 1900	99.70		
7. D. v. 1900	99.70		
8. D. v. 1900	99.70		
9. D. v. 1900	99.70		
10. D. v. 1900	99.70		
11. D. v. 1900	99.70		
12. D. v. 1900	99.70		
13. D. v. 1900	99.70		
14. D. v. 1900	99.70		
15. D. v. 1900	99.70		
16. D. v. 1900	99.70		
17. D. v. 1900	99.70		
18. D. v. 1900	99.70		
19. D. v. 1900	99.70		
20. D. v. 1900	99.70		
21. D. v. 1900	99.70		
22. D. v. 1900	99.70		
23. D. v. 1900	99.70		
24. D. v. 1900	99.70		
25. D. v. 1900	99.70		
26. D. v. 1900	99.70		
27. D. v. 1900	99.70		
28. D. v. 1900	99.70		
29. D. v. 1900	99.70		
30. D. v. 1900	99.70		
31. D. v. 1900	99.70		
32. D. v. 1900	99.70		
33. D. v. 1900	99.70		
34. D. v. 1900	99.70		
35. D. v. 1900	99.70		
36. D. v. 1900	99.70		
37. D. v. 1900	99.70		
38. D. v. 1900	99.70		
39. D. v. 1900	99.70		
40. D. v. 1900	99.70		
41. D. v. 1900	99.70		
42. D. v. 1900	99.70		
43. D. v. 1900	99.70		
44. D. v. 1900	99.70		
45. D. v. 1900	99.70		
46. D. v. 1900	99.70		
47. D. v. 1900	99.70		
48. D. v. 1900	99.70		
49. D. v. 1900	99.70		
50. D. v. 1900	99.70		
51. D. v. 1900	99.70		
52. D. v. 1900	99.70		
53. D. v. 1900	99.70		
54. D. v. 1900	99.70		
55. D. v. 1900	99.70		
56. D. v. 1900	99.70		
57. D. v. 1900	99.70		
58. D. v. 1900	99.70		
59. D. v. 1900	99.70		
60. D. v. 1900	99.70		
61. D. v. 1900	99.70		
62. D. v. 1900	99.70		
63. D. v. 1900	99.70		
64. D. v. 1900	99.70		
65. D. v. 1900	99.70		
66. D. v. 1900	99.70		
67. D. v. 1900	99.70		
68. D. v. 1900	99.70		
69. D. v. 1900	99.70		
70. D. v. 1900	99.70		
71. D. v. 1900	99.70		
72. D. v. 1900	99.70		
73. D. v. 1900	99.70		
74. D. v. 1900	99.70		
75. D. v. 1900	99.70		
76. D. v. 1900	99.70		
77. D. v. 1900	99.70		
78. D. v. 1900	99.70		
79. D. v. 1900	99.70		
80. D. v. 1900	99.70		
81. D. v. 1900	99.70		
82. D. v. 1900	99.70		
83. D. v. 1900	99.70		
84. D. v. 1900	99.70		
85. D. v. 1900	99.70		
86. D. v. 1900	99.70		
87. D. v. 1900	99.70		
88. D. v. 1900	99.70		
89. D. v. 1900	99.70		
90. D. v. 1900	99.70		
91. D. v. 1900	99.70		
92. D. v. 1900	99.70		
93. D. v. 1900	99.70		
94. D. v. 1900	99.70		
95. D. v. 1900	99.70		
96. D. v. 1900	99.70		
97. D. v. 1900	99.70		
98. D. v. 1900	99.70		
99. D. v. 1900	99.70		
100. D. v. 1900	99.70		

Varl. Letzt,		In %
7. 7 1/2	erg. -Märk. Bank	189.20
9 1/2 9 1/2	ert. Handeig.	182.90
	Ult.	183.
6 1/2 6 1/2	Jo, Hyp.-B.L.A.B.	111.
	Bresslauer D.-Bk.	—
6. 6.	Comm. u. Disc.-B.	—
	Ult.	112.30
6 1/2 6 1/2	Darmstädter Bk.	123.
	Ult.	123.
12 1/2 12 1/2	Deutsche B. S. I. X	260.20
	Ult.	261.10
5. 5.	do. Asiat. B. Tai.	121.20
6. 6.	do. Eff. u. W. Th.	122.40
7. 7.	Deutsch. Hyp.-B.	138.70
6. 6 1/2	Dt. Natb. in Brem.	114.
9. 9.	Dt. Überseebk. Th.	162.
6. 6.	do. Ver.-Bank	117.
10. 10.	Disconto-Ges.	197.30
	Ult.	197.10
8 1/2 8 1/2	Dresdner Bank	158.50
	Ult.	158.50
7 1/2 7 1/2	Eisenbahnbank	159.
10. 10.	Eisenbahn-R.-Bk.	179.
9. 9.	Frankfurter Bank	203.50
9 1/2 9 1/2	do. H.-Bk.	219.80
8. 8.	do. Hyp.-K.-B.	153.20
9. 9.	Gothaer G.-V.-B. Th.	163.
9. 9.	Leipz. Intern. Bankf.	184.
7 1/2 7 1/2	Mittelb. u. Met.-G.	135.50
5 1/2 5 1/2	Mitteld. Edler Gr.	88.20
7. 7 1/2	Mitteld. Kreditbk.	116.70
7. 7.	Mitteld. Privb. Mco.	125.50
6 1/2 6 1/2	Natbik. f. Dtschl.	116.50
11. 12.	Nürnb. Vereinsbk.	180.50
7 1/2 7 1/2	Oest.-Ung. Bk. Ki.	142.
7. 7 1/2	Oest. Länderb.	135.80
10 1/2 10 1/2	do. Cred.-A. ö. B.	—
	Ult. S. B.	205.20
7. 7.	Pilitz-Bank	128.80
9. 9.	do. Hypot.-Bank	186.
8. 8.	Preuss. F.-C.-B. Th.	150.
6. 6.	do. Hyp.-A.-B.	114.30
5 1/2 5 1/2	Reichsbank	135.
7. 7.	Rhein. Credit.-B.	132.70
6. 9.	do. Hypot.-Bank	193.
7. 7.	Rh.-Westf. Disc.-G.	111.50
5. 5.	Schaffh. Bankver.	102.25
	Ult.	102.85
6. 6.	Südd. Disconto-G.	116.80
8. 8 1/2	do. Bodenkr.-B.	177.
5 1/2 5 1/2	Schwab. Hyp.-B.	105.50
7 1/2 7 1/2	Wiener Bank-V.	139.50
7. 7.	Wirtb. Bankanst.	139.60
5 1/2 6 1/2	do. Notab. S.	115.60
7. 7.	do. Vereinsbk. ff.	139.60
9. 9.	Banque Ottomane Fr.	125.